

ao

aktuelle
ostinformationen



Foto: Wikipedia/dudek1337

Polen rückt nach rechts!

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

unser Nachbarland Polen hat 2015 einen neuen Präsidenten und ein neues Parlament gewählt und ist dabei gewaltig nach rechts gerückt. Mit den Gründen für diese etwas überraschende Entwicklung beschäftigen sich die Beiträge von Theo Mechtenberg und Marek Ostrowski. Aus ihren Analysen erhellt, wie stark nicht nur in Polen, sondern ebenfalls in vielen anderen europäischen Gesellschaften immer noch nationalstaatlich orientiertes Denken und Tun vorherrscht. Dabei kommt die weit verbreitete EU-Skepsis und –Kritik nicht nur von den radikalen Protagonisten nationalistischer und linker Parteien, sondern ist längst in der Mitte europäischer Gesellschaften salonfähig geworden.

In zwei weiteren Beiträgen widmen sich Mechtenberg und Mikołaj Mirowski den Besonderheiten des ukrainischen Nationalismus einst und jetzt sowie den Besonderheiten der russischen Geschichte und Zivilisation. Obschon der russisch-ukrainische Konflikt angesichts des Kriegs in Syrien und der damit verbundenen Flüchtlingskrise momentan nicht im Fokus politischen Handelns und veröffentlichter Meinung steht, haben wir es doch mit einer weiter schwelenden Krise zu tun, die bei weitem noch nicht gelöst ist und den Kern europäischer Verantwortung und Werteorientierung betrifft. Daran zu erinnern und angesichts anhaltender – an den Kalten Krieg gemahnender – Propagandakampagnen für angemessene Information, Analyse und Aufklärung zu sorgen, bleibt erste europäische Bürgerpflicht.

Diese Problematik behandelt im Übrigen auch der Artikel von Hubert Luszczynski, der sich angesichts bald nicht mehr vorhandener Zeitzeugen mit dem Verhältnis von historischer Verantwortung, Gedenkstättenarbeit und Menschenrechtserziehung auseinandersetzt.

Dem bisher seit drei Jahren vom GESW erfolgreich beantragten, organisierten und durchgeführten deutsch-tunesischen Jugendaustausch ist der Beitrag über die Austauschmaßnahmen der Jahre 2014 und 2015 in Vlotho und Sousse gewidmet. Dass gerade der im Mai 2015 in Sousse stattgefundenen Austausch angesichts zweier islamistischer Anschläge im März und Juni dieses Jahres, dem in Tunis und Sousse auch zahlreiche Europäer zum Opfer fielen, nur unter extrem schwierigen Bedingungen erfolgen konnte, ist offensichtlich. Dass wir andererseits gerade aufgrund dieser Bedrohungen bemüht sind, den Austausch im Rahmen dieses vom Auswärtigen Amt bezuschussten Programms fortzuführen und damit die zivilgesellschaftlichen Ansätze in Tunesien zu stärken, ist ebenso klar.

Last but not least: Unser ehemaliger Kollege Michael Walter sowie einige Teilnehmende berichten über eine ganz besondere Studienreise, die eine Gruppe junger Leute aus Baden-Württemberg per Bus und Bahn in den Iran führte. Didaktischer Ansatz, erfolgreiche Durchführung und das dabei erreichte ganzheitliche Lernen im Rahmen politischer Jugendbildung lassen hoffen, dass der Organisator auch in Zukunft solche und ähnliche Projekte anbieten wird. Vielleicht findet er – trotz aller damit verbundener Strapazen – auch Nachahmer?

Zbigniew Wilkiewicz

.....
Jahresabonnement „aktuelle ostinformationen“: € 8,00 (inkl. Porto) Einzelheft: € 4,00 (inkl. Porto)
Wir bitten Sie, den Abonnementsbetrag für die „aktuellen ostinformationen“ auf folgendes Konto zu überweisen:
Sparkasse Herford (BLZ 494 501 20), Konto-Nr. 250 003 514.
Diese Publikation wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bezuschusst.
.....

Inhalt

Beiträge

<i>Theo Mechtenberg</i> Ein Wahljahr voller Überraschungen	4
<i>Zbigniew Wilkiewicz</i> Demokratie leben und gestalten – Jugendaustausch mit Tunesien	15
<i>Hubert Luszczynski</i> Und wenn es uns als Zeitzeugen nicht mehr gibt	31
<i>Theo Mechtenberg</i> Überlegungen zum ukrainischen Nationalismus	38

Berichte

<i>Michael Walter</i> Durch den Iran per Bus und Bahn	45
--	----

Dokumentation

<i>Mikołaj Mirowski</i> Russland in der Fall des ewigen Geheimnisses	60
<i>Marek Ostrowski</i> Der müde Kontinent	67

Rezensionen

<i>Georgi Gospodinov: Physik der Schwermut</i>	72
<i>Szilárd Rubin: Der Eisenengel</i>	74
<i>László Krasznahorkai: Die Welt voran.....</i>	75
<i>Liliana Corobca: Der erste Horizont meines Lebens</i>	76
<i>Bora Ćosić: Die Tutoren.....</i>	77
<i>Martin Beischl: Die Europapolitik kroatischer Parteien</i>	79
<i>Leonid Luks: Die Rückkehr des Imperiums?</i>	82
<i>Heinz A. Richter: Der Krieg im Südosten. Makedonien 1915-1918</i>	84
<i>Bernhard Nowak: Der Tanz der Koperwasy</i>	86

Beiträge

Theo Mechtenberg

Ein Wahljahr voller Überraschungen

2015 wurde in Polen gleich zweimal gewählt: Im Mai waren die Bürger und Bürgerinnen aufgerufen worden, ihre Stimme für einen der Präsidentschaftskandidaten abzugeben, und im Oktober hatten sie über die Zusammensetzung des Parlaments zu entscheiden und beeinflussten damit die Regierungsbildung. Es waren Wahlen voller Überraschungen. So war im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen erwartet worden, dass Jarosław Kaczyński, der Vorsitzende von „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), gegen Bronisław Komorowski, den seine Wiederwahl anstrebenden amtierenden Präsidenten antreten würde. Damit hätte es eine Neuauflage von 2010 gegeben. Damals war Jaroslaws Zwillingbruder Lech am 10. April mit rund 100 hochrangigen Politikern und herausragenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bei der Flugzeugkatastrophe von Smolensk ums Leben gekommen. Als Sejm marschall hatte Komorowski entsprechend der Verfassung die Amtsgeschäfte des Präsidenten bis zur vorgezogenen Neuwahl übernommen, bei der er als Vertreter der „Bürgerplattform“ (PO) kandidierte und in der Stichwahl gegen Jarosław Kaczyński den Sieg erringen konnte.

Der überraschende Verlauf der Präsidentschaftswahl

Doch zu dieser Neuauflage kam es nicht. Gegen alle Erwartungen trat Kaczyński nicht zur Wahl an. Statt seiner bestimmte die Partei den 43jährigen Europaabgeordneten Andrzej Duda. Der hatte zwar Lech Kaczyński als Berater in der Staatskanzlei gedient, war aber ansonsten politisch nicht in Erscheinung getreten. Was mag Jarosław Kaczyński bewogen haben, auf eine Kandidatur zu verzichten und statt seiner einen politischen Newcomer ins Rennen zu schicken? Rechnete er sich gegen Komorowski keine Gewinnchancen aus und wollte er daher nicht wiederum am Ende als Verlierer dastehen? Oder war seine Entscheidung kühl kalkuliert, um die zu erwartende Wahlkampfstrategie der Gegenseite zu durchkreuzen? Denn hätte Kaczyński kandidiert, dann wäre wohl das bewährte Wahlkampfes der Bürgerplattform wirksam geworden, sich auf den stark nationalkonservativ geprägten, für gewöhnlich aggressiv auftretenden Kaczyński einzuschießen und vor der Gefahr zu warnen, ihn an die Macht zu bringen. Zudem wäre eine Wahlniederlage von Andrzej Duda für PiS leichter verkraftbar gewesen als die ihres Vorsitzenden.

Es sah anfangs alles danach aus, dass Duda weit abgeschlagen die Wahl verlieren würde, führte doch Komorowski in den Umfragen anfangs mit 70% weit vor seinem Herausforderer. Es schien alles darauf hinzudeuten, dass die Gesellschaft mit Komorowskis bisheriger Amtsführung höchst zufrieden war und für einen Wechsel keinen Grund sah. Entsprechend klang denn auch sein auf den Erhalt des Status quo abzielender Wahlslogan „Eintracht und Sicherheit“. So verleiteten die Prognosen dazu, die Wahl als einen Selbstläufer zu betrachten, der keinen besonderen Einsatz erfordere.

Warum sollte man gegen jemanden die Waffen schmieden, dessen Niederlage ohnehin feststand? Es würde ausreichen, ihm keine sonderliche Beachtung zu schenken, ihn als Herausforderer nicht ernst zu nehmen.

Anders Andrzej Duda und sein mit 10 Millionen Zł. finanziell gut ausgestattetes Wahlkampfteam. Er war Tag für Tag vom frühen Morgen bis in den späten Abend aktiv, suchte die Nähe zu den Bürgern, war im Internet präsent und gab sich, anders als man dies von seinem Parteivorsitzenden gewohnt war, gegenüber dem politischen Gegner moderat. Landauf, landab zeichnete er ein düsteres Bild vom gegenwärtigen Polen, von dem sich das künftige Polen unter seiner Präsidentschaft mit umso helleren Farben abhob: Eine positive Entwicklung gäbe es nur auf dem Papier, die nach 1989 entstandene Mittelklasse schrumpfe dahin, die Verarmung nähme zu. Demgegenüber standen seine sozialen Versprechungen: Absenkung des Rentenalters, Erhöhung des Kindergeldes, steuerliche Erleichterungen. Dabei handelte es sich um reine Wahlpropaganda, denn die Umsetzung derartiger Vorhaben fällt nicht in die Zuständigkeit des Präsidenten, sondern ist Sache des Sejms und der Regierung. Hinzu kommt, dass die Kosten solcher sozialen Wohltaten von Experten auf jährlich über 250 Milliarden Zł. beziffert und damit als unbezahlbar eingeschätzt wurden. Aber das störte offenbar die Wähler nicht. Sie hörten derlei Versprechungen gern, und Komorowskis Vorsprung schwand dahin. Am Abend des 10. Mai zeigte sich, dass Duda in der Gunst der Wähler knapp vor Komorowski lag. Entscheiden musste nun die zwei Wochen später angesetzte Stichwahl. Allein schon die Tatsache, dass Komorowski sich ihr gegen alle Erwartungen stellen musste, kam für ihn sowie für die „Bürgerplattform“ einer Niederlage gleich.

Für Komorowski war die Zeit knapp, verlorenes Terrain zurückzugewinnen. In der Fernsehdebatte am 17. Mai gab er sich erstmals kämpferisch, attackierte seinen Widersacher, griff auf das bewährte Wahlkampfmuster der „Bürgerplattform“ zurück und beschwor die Gefahr eines eng mit PiS verbundenen Präsidenten. Dagegen lockte Duda mit einem reichlich mit sozialen Verheißungen versehenen Bild eines künftigen Polen unter seiner Präsidentschaft. Die Medien sahen Komorowski als den Sieger dieser letzten Debatte und erwarteten, dass er die Stichwahl für sich entscheiden würde. Doch auch diese Erwartung war trügerisch. Am Abend des 24. Mai hieß Polens neuer Präsident Andrzej Duda. Vereidigt wurde er am 6. August. In seiner Antrittsrede kündigte Duda an, seine sozialpolitischen Wahlversprechungen verwirklichen zu wollen. Damit übte er faktisch Druck auf die von PO geführte Regierung aus, die sich diesem Ansinnen schon aus haushaltspolitischen Gründen widersetzen musste. Doch auch diese Blockade ließ sich in Hinblick auf die bevorstehenden Parlamentswahlen von der oppositionellen PiS nutzen, indem sich die regierende PO dem Vorwurf aussetzte, einem vom Präsidenten wie von PiS angestrebten „sozialen Polen“ im Wege zu stehen.

Paweł Kukiz – der Königsmacher

Bronisław Komorowski und Andrzej Duda waren nicht die einzigen Persönlichkeiten, die sich um die Präsidentschaft beworben hatten. Außer ihnen waren noch neun weitere

Kandidaten zur Wahl angetreten, unter ihnen als einzige Frau Magdalena Ogórek von der „Vereinigten Linken“ (SLD). Ihnen wurde jedoch kein entscheidender Einfluss auf den Ausgang der Wahl vorher gesagt. Doch es kam anders als man allgemein dachte. Ausgerechnet der parteilose und politisch völlig unbekannt Rockmusiker Paweł Kukiz sorgte für eine ziemliche Überraschung. Auf ihn entfielen 20,8% der abgegebenen Stimmen. Mit seiner Wahlempfehlung war Kukiz damit für die Stichwahl zwischen Duda und Komorowski gleichsam das Zünglein an der Waage.

Das überraschend erfolgreiche Abschneiden von Kukiz gibt Rätsel auf. Wie konnte einer, der als Politiker bislang nicht in Erscheinung getreten war, der über keine sonderlichen finanziellen Mittel, über keine Organisation verfügte, bei der Präsidentschaftswahl den dritten Platz erobern? Und dies ohne ein Programm, sieht man einmal von seinem Vorschlag ab, das geltende Verhältniswahlrecht durch ein Mehrheitswahlrecht zu ersetzen.

Es gibt zu diesem Phänomen eine Parallele: 2011 errang Janusz Palikot bei den Parlamentswahlen gleichsam aus dem Stand 10% der Stimmen. Aber er war ein bekannter, wenngleich höchst umstrittener Politiker. Und er konnte mit seiner antiklerikalen, gegen den politischen Einfluss der katholischen Kirche gerichteten Botschaft mit der Zustimmung eines Teils der Gesellschaft rechnen. Doch sein Erfolg war nicht von Dauer. Heute, vier Jahre nach seinem Wahlerfolg, spielen er und seine Bewegung keine Rolle mehr. So erzielte Palikot, der auch zur Präsidentschaftswahl angetreten war, das klägliche Ergebnis von lediglich 1,42 % der abgegebenen Stimmen. Wird – so fragte man sich nach der Präsidentschaftswahl – Paweł Kukiz ebenso schnell wieder in der politischen Versenkung verschwinden wie der kirchenfeindliche Palikot?

Die eigentliche Bedeutung des Wahlerfolges von Kukiz liegt darin, Duda den Weg zur Präsidentschaft geebnet zu haben. Ohne Kukiz und seine Botschaft „hinweg mit dem politischen Establishment“, so die Analysten, hätte Komorowski aller Wahrscheinlichkeit nach die Wahl bereits am 10. Mai für sich entschieden. Wie ein Mantra wiederholte Kukiz im Internet und auf den Plätzen seine Forderung nach Veränderung, nach einem radikalen Systemwandel, nach Ablösung der herrschenden Klasse, sei es die von der „Bürgerplattform“, sei es die von „Recht und Gerechtigkeit“. Doch dies mit dem Unterschied, dass die für den Erhalt des Status quo Eintretende PO die Regierung stellte und Komorowski als amtierender Präsident das Gesicht dieses Establishments abgab, während sein um 20 Jahre jüngerer Konkurrent ein bislang politisch unbeschriebenes Blatt war und aus seinem Munde, entsprechend der Politik von PiS, gleichfalls der Ruf nach Veränderung zu vernehmen war. So kam es, dass Komorowski jene Stimmen der Protestwähler fehlten, die ihm wahrscheinlich zum Sieg im ersten Wahlgang verholfen hätten und die in der Stichwahl Duda zugutekamen, zumal Kukiz seine Gefolgschaft ermutigt hatte, für Duda als dem Vertreter des geringeren Übels zu stimmen.

Polens junge Generation im Protest gegen das politische Establishment

Eine Überraschung war auch das Wahlverhalten der jungen Generation. Während bei der Parlamentswahl 2011 die jüngste Wählergruppe (18 – 35 Jahre) vor allem die „Bürgerplattform“ gewählt hatte, votierte sie bei der jetzigen Präsidentenwahl mit über 40% der abgegebenen Stimmen für Kukiz. Und über 50% der jüngeren Wähler gingen erst gar nicht zu den Urnen.

Wie erklärt sich dieses Wahlverhalten aus Desinteresse und Protest? Soziologische Untersuchungen legen auf diese Frage eine doppelte Antwort nahe: Die Kluft zwischen der politischen Klasse und der jungen Generation beruhe auf einer wechselseitigen Entfremdung. So habe die regierende „Bürgerplattform“ die Interessen der Jugend weitgehend aus den Augen verloren, während diese außerhalb der politischen Strukturen und Institutionen ihr Leben verbringe. Ihre Welt sei durch Smartphone und soziale Netzwerke digital bestimmt. Zu ihrem Lebensgefühl passe es nicht, ein Wahlbüro aufzusuchen, einen Zettel mit einem Kreuz zu versehen und diesen anschließend in einen Behälter zu werfen.

Zudem hätte für große Teile der heutigen Jugend und jungen Erwachsenen das durch die historische Erfahrung geprägte nationale Bewusstsein an Kraft verloren. Nicht nur die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs und die Jahrzehnte kommunistischer Unterdrückung seien für sie in eine weite Ferne gerückt, auch die mit der Wende des Jahres 1989 errungene politische Freiheit und staatliche Souveränität würden auf sie keine identifizierende Wirkung mehr ausüben. Sie sähe daher in den 25 Jahren gelungener Transformation, auf die denn auch Komorowski mit Stolz verwies, keine Erfolgsgeschichte, sondern erlebe ihre vom Präsidenten wie von der Regierung kaum thematisierten negativen sozialen Folgeerscheinungen. Ihre Einstellung zur „Solidarność“ sei daher keineswegs positiv, da ihre Vertreter heute das politische Establishment bildeten, gegen das sich ihr Protest richtet. Auf diesem Hintergrund übe eine nationale Gestalt wie der unter den Kommunisten inhaftierte oppositionelle Bronisław Komorowski, dazu immerhin ein Verwandter von „Bór“ Komorowski, dem legendären Anführer des Warschauer Aufstandes, keine Faszination mehr aus. Da wecke bei ihnen, wenn überhaupt, eher das frische Gesicht eines Andrzej Duda ihr Vertrauen. Dies alles erklärt zwar das politische Desinteresse der jungen Generation, nicht aber ihren Protest. Der beruhe auf ihrer prekären sozialen Situation. Polens Jungwähler arbeiten vielfach auf der Grundlage von „Müllverträgen“, ohne geregelte Arbeitszeit, ohne Krankenversicherung, ohne bezahlte Überstunden, in ständiger Abrufbereitschaft. Und zu diesen prekären Arbeitsverhältnissen kommen über 23% arbeitslose Jugendliche.

Inzwischen gibt es mit dem 23. Mai einen „Tag des Prekariats“, an dem sich in diesem Wahljahr in Warschau ein Protestmarsch formierte. An ihm nahmen auch akademisch gut ausgebildete Hochschulabsolventen teil, die entweder keine Anstellung finden oder Tätigkeiten weit unter ihrer Qualifikation ausüben. Ihre Frustration ist groß, weil sich ihre Karrierehoffnungen nicht erfüllen und sie an Stelle ihres erträumten Lebens mit

Familie und eigener Wohnung ihre Füße immer noch unter Mutters Tisch stellen müssen.

Noch ist es angesichts dieser prekären Lage bei einem Protest an der Wahlurne geblieben. Noch ist keine mit der spanischen Podemos, der italienischen Movimento M-15 oder der griechischen Syriza vergleichbare Partei als Sammelbecken des polnischen Prekariats in Sicht. Doch erste Bemühungen in diese Richtung zeichnen sich ab. Schon mehren sich die Stimmen, die vor dem Aufkommen einer „gefährlichen Klasse“ warnen und eine radikale, antidemokratische Entwicklung befürchten.

Zwei gescheiterte Referenda

Beide Präsidenten, Bronisław Komorowski wie Andrzej Duda, strebten 2015 ein Referendum an, als wären die Bürgerinnen und Bürger mit zwei Wahlen in einem Jahr nicht schon genug beansprucht. Nach der polnischen Verfassung haben sie das Recht dazu, vorausgesetzt der Senat stimmt dem Vorhaben mehrheitlich zu (Art. 125.2). Allerdings sind die Hürden für eine solche Volksbefragung reichlich hoch. So soll diese nur „Fragen von besonderer Bedeutung für den Staat“ umfassen (Art. 125.1), und die Gültigkeit eines Referendums erfordert die Teilnahme von mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten (Art. 125.3).

Das erste Referendum war für den 6. September angesetzt. Angeordnet hatte es Präsident Komorowski, nachdem er im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl seinem Konkurrenten knapp unterlegen war. Er griff damit ausgerechnet den Vorschlag von Paweł Kukiz auf, der im Kampf gegen das „politische Establishment“ eine Reform des Wahlsystems gefordert hatte. Das geltende Recht sieht an den Woiwodschaften orientierte Mehrpersonenwahlkreise vor, in denen, je nach Bevölkerungszahl, für den Sejm drei bis siebzehn Abgeordnete gewählt werden. Stattdessen sollten, so der Vorschlag des Präsidenten, Einpersonenwahlkreise gebildet werden, was die Anzahl der Abgeordneten erheblich reduzieren würde. In die gleiche Richtung zielte sein Vorstoß, die Parteien nicht weiterhin aus dem Staatshaushalt zu finanzieren. Dass Komorowski in der Nacht nach seiner im ersten Wahlgang erlittenen Niederlage diese beiden Desiderate von Kukiz, ergänzt um eine den Steuerzahler im Zweifelsfall begünstigenden Auslegung des Steuerrechts, zum Inhalt eines Referendums machte, lässt sich wohl nur aus der Absicht erklären, in der Stichwahl das Wählerpotential von Kukiz für sich zu gewinnen. Doch diese ohnehin recht fragwürdige Kalkulation ging nicht auf. Zum Präsidenten wurde nicht er, sondern Andrzej Duda gewählt.

Die Ankündigung des Referendums, für das Komorowski die Zustimmung der mehrheitlich der „Bürgerplattform“ angehörenden Senatoren erhielt, galt daher, bei Licht besehen, weniger der Entscheidung, ob sich die Bürgerinnen und Bürger Einpersonenwahlkreise, die Beibehaltung bzw. Abschaffung staatlicher Parteienfinanzierung und eine Begünstigung der Steuerzahler wünschen, sondern mehr dem Kampf um das Präsidentenamt. Zudem sind Zweifel angebracht, ob dieses Referendum überhaupt den Kriterien der Verfassung entsprach. Abgesehen davon, dass

eine etwaige Reform des Wahlsystems eine Verfassungsänderung erfordert hätte, wäre der Wechsel von Mehrpersonen- zu Einpersonenwahlkreisen ein tiefer Eingriff in das politische System, dem eine breite gesellschaftliche Diskussion hätte voraus gehen müssen, die in der relativ kurzen Frist der Sommermonate kaum möglich gewesen war. Gleiches gilt für die Frage einer möglichen Abschaffung staatlicher Parteienfinanzierung.

Im Übrigen waren die Antworten auf die Fragen nach Beibehaltung der staatlichen Parteienfinanzierung und – dies vor allem – einer den Steuerzahler begünstigenden Auslegung des Steuerrechts von vornherein abzusehen. So forderten denn auch 82,63 % der Befragten, dass der Staat künftig die Parteien nicht mehr finanzieren solle, und 94,51 sprachen sich für eine Auslegung des Steuerrechts zugunsten des Steuerpflichtigen aus. Es handelte sich demnach nicht um Probleme, die ein Referendum gerechtfertigt hätten. Am Ende zeigte sich, was viele erwartet hatten: Das Referendum vom 6. September scheiterte an der geringen Beteiligung von gerade einmal 7,8%. Die Kosten für diese unnötige Volksbefragung in Höhe von 84 Million Zł. hätte man sich getrost sparen können.

Was die Durchführung eines Referendums betrifft, so wollte Andrzej Duda seinem Vorgänger im Amt offenbar nicht nachstehen. Bald nach seinem Amtsantritt stellte er beim Senat den entsprechenden Antrag auf Abhaltung der von ihm gewünschten Volksbefragung zum Zeitpunkt der Parlamentswahlen am 25. Oktober 2015. Diese Doppelung begründete er mit dem Argument, dadurch zusätzliche Kosten zu sparen. Doch entscheidend für diese Terminierung dürfte wohl die damit verbundene Chance auf eine für die Gültigkeit des Referendums erforderliche über fünfzigprozentige Beteiligung gewesen sein.

Die von Duda zur Entscheidung vorgelegten Fragen betrafen eine mögliche Befreiung sechsjähriger Kinder von der Schulpflicht, eine Rücknahme der von der regierenden „Bürgerplattform“ beschlossenen schrittweisen Erhöhung des Renteneintrittsalter auf 67 Jahre (bei Männern bis 2020, bei Frauen bis 2040) sowie den Schutz staatlichen Waldbesitzes vor Privatisierungen. Diese Forderungen entsprachen im Übrigen den Forderungen der Kaczyński-Partei und zählten zu ihren Wahlzielen. Allein diese Tatsache machte im Grunde dieses Referendum überflüssig und diskreditierte zudem den Präsidenten, der sich mit seiner Initiative in den Dienst von PiS gestellt hatte, statt sich als Präsident aller Polen zu erweisen.

Doch zu diesem Referendum ist es gar nicht erst gekommen. Der Senat hat den Antrag mit der Mehrheit der Abgeordneten der „Bürgerplattform“ abgelehnt.

Schlechte Wahlprognosen für die „Bürgerplattform“

Mit der Niederlage von Bronisław Komorowski im Kampf um das Präsidentenamt schwand zugleich die Hoffnung der „Bürgerplattform“, die im Herbst anstehenden Parlamentswahlen für sich entscheiden zu können. Monatelang lag „Recht und

Gerechtigkeit“ in der Wählergunst deutlich vor ihr. Der Abstand betrug zeitweilig über zehn Punkte.

Dieser Vorsprung lässt sich kaum aus einem politischen Versagen der regierenden PO erklären. Zwar zeigte auch sie die für eine längere Regierungszeit üblichen Abnutzungserscheinungen und politischen Defizite wie beispielsweise die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Doch mit den jährlich wachsenden Wirtschaftsdaten ließe sich durchaus eine positive Bilanz ziehen. Um dennoch die schlechten Wahlaussichten der „Bürgerplattform“ zu erklären, verweisen die Analysten vor allem auf zwei Ereignisse: auf den mit dem Abgang von Donald Tusk notwendig gewordenen Wechsel in der Führung von Partei und Regierung sowie auf die führende Politiker von PO diskreditierende Abhöraffaire.

Als Donald Tusk ein Jahr vor den Parlamentswahlen und nach sieben Jahren Regierungsverantwortung von seinem Amt als Ministerpräsident zurücktrat, um in Brüssel die EU-Präsidentschaft anzutreten, wurde diese persönliche Auszeichnung zwar kurzzeitig als nationale Ehrung wahrgenommen, jedoch ohne dass diese Berufung eine positive Auswirkung auf seine Partei gehabt hätte. Im Gegenteil. Sein Abgang bedeutete für PO und Regierung ohne Frage einen herben Verlust, der durch seine Nachfolgerin Ewa Kopacz nicht kompensiert werden konnte.

Wohl mehr noch als dieser Führungswechsel hat der „Bürgerplattform“ die sich über zwei Jahre hinziehende Abhöraffaire geschadet. Wie die Ermittlungen inzwischen ergaben, hatte ein Geschäftsmann mit Hilfe zweier Kellner die Gespräche von Ministern, Abgeordneten und Geschäftsleuten in den von ihnen frequentierten Restaurants aufzeichnen lassen und in der Zeitschrift „Wprost“ publik gemacht. Für die regierende „Bürgerplattform“ waren diese teils frivolen, teils intrigenhaften Aussagen so belastend, dass Präsident Komorowski die Regierung zum Rücktritt aufforderte. Den wusste zwar Donald Tusk durch die von ihm im Sejm gestellte und gewonnene Vertrauensfrage abzuwenden, doch damit war die Affäre keineswegs ausgestanden, zumal 2015 auch noch geheime Ermittlungsakten ans Licht kamen. Ministerpräsidentin Kopacz sah sich daraufhin genötigt, drei Minister und Vizeminister sowie weitere ranghohe Politiker zu entlassen, doch der durch diese Affäre angerichtete politische Schaden war damit nicht aus der Welt.

Statt angesichts der schlechten Wahlprognosen alle Kräfte zu mobilisieren, wie dies Andrzej Duda mit Erfolg vorgemacht hatte, verlor die „Bürgerplattform“ den Glauben an einen Wahlsieg und verfiel in Resignation.

Sympathien der katholischen Kirche für die Partei „Recht und Gerechtigkeit“

Das Verhältnis der Kirche zur Regierung war in jüngster Zeit durch ihre entschiedene Ablehnung der gesetzlichen Regelung künstlicher Befruchtung sowie der sich gegen familiäre Gewalt richtenden Istanbul Konvention in einer Weise belastet, dass diese Auseinandersetzung Züge eines Kulturkampfes annahm. Hinzu kamen die durch einen

Hirtenbrief unterstützten öffentlichen Attacken gegen den so genannten „Genderismus“, in dem man seitens der Kirche eine Bedrohung der geistigen Fundamente von Ehe und Familie sah. Auch dafür wurde die von PO geführte Regierung verantwortlich gemacht, die ein gesellschaftliches Klima schaffe, das derlei schädliche westliche Einflüsse begünstige.

Damit zeigte sich eine Nähe der polnischen Kirche zur nationalkonservativen Kaczyński-Partei, so dass es keiner offiziell kirchlichen Verlautbarung bedurfte, „um deutlich zu machen, wer sich von den Parteien im Wahlkampf der Sympathie der Kirche erfreuen konnte. Dennoch gab es Äußerungen von Klerikern, die als Wahleinmischung gewertet werden müssen. So etwa die von Pater Rydzyk, dem Direktor von Radio Maryja und seinem großen Medienimperium. Am 22. Oktober, wenige Tage vor der Wahl, sagte er ausgerechnet in dem unter dem Motto „Fürchtet euch nicht“ stehenden Krakauer Zentrum Johannes Paul II.: „Es kommen schreckliche Dinge zu uns. Welche Ideologie erreicht Polen. Sie sagen: Genderismus, neue Linke, aber es geht um einen Kampf gegen die Familie. Das, was zu uns kommt, ist furchtbar. Wenn wir uns dem nicht widersetzen, ist es um Polen geschehen. Man muss Polen retten. Indem wir Polen retten, retten wir die christliche Zivilisation.“ Und dem folgte der Aufruf: „Geht zu den Wahlen und wählt andere. Wählt nur gut!“

Die Flüchtlingsproblematik bestimmt den Wahlkampf

Das den Wahlkampf überschattende Thema war die Frage, wie sich Polen angesichts des nach Europa drängenden Flüchtlingsstroms verhalten sollte. Nach Angaben des Zentrums zur Untersuchung der Öffentlichen Meinung (CBOS) sprachen sich im September lediglich 6% der Befragten dafür aus, Flüchtlinge aufzunehmen und in Polen anzusiedeln. Immerhin 50% bekundeten ihre Bereitschaft, Flüchtlingen für eine kurze Zeit Asyl zu gewähren. 38% wollten dagegen überhaupt keine Flüchtlinge ins Land lassen.

Neben diesen nüchternen Daten spielten, wie bereits im Präsidentschaftswahlkampf, Äußerungen im Internet eine nicht zu unterschätzende Rolle. Noch hatten Flüchtlinge aus Kriegsgebieten in kaum nennenswerter Zahl die polnische Grenze überschritten, und schon mehrten sich die Stimmen, die in dem Flüchtlingsstrom eine nationale Bedrohung sahen: Gewalttaten wurden beschworen, Kirchen würden entweiht, man sah die Vorstädte in Flammen aufgehen, befürchtete die Einführung der Scharia; vereinzelt wurde sogar dazu aufgerufen, die Flüchtlinge ins Gas zu schicken.

Recht und Gerechtigkeit (PiS) wusste diese Stimmungslage zu nutzen. Am 16. September, fünf Wochen vor den Wahlen, ergriff Jarosław Kaczyński auf der eigens der Flüchtlingsproblematik gewidmeten Sondersitzung des Sejm das Wort. Falls die Regierung dem Druck aus Brüssel nachgebe und sich bereitfinde, Flüchtlinge in größerer Zahl aufzunehmen, drohe Polen die Missachtung unserer Gesetze und Sitten. Man werde versuchen, uns mit Gewalt eine uns fremde Lebensweise aufzuzwingen. So gäbe es bereits in Schweden 54 Zonen, in denen nicht schwedisches Recht, sondern

praktisch die Scharia herrsche (eine Behauptung, die der schwedische Botschafter in Warschau später richtig stellte) Man fürchte sich bereits, die mit einem Kreuz versehene schwedische Fahne zu hissen, junge Mädchen würden wegen zu kurzer Röcke öffentlich zurechtgewiesen, Kirchen in Italien als Toiletten benutzt. Und er fragte die Abgeordneten: „Wollt ihr einen Staat, in dem ihr nicht mehr Herr im eigenen Hause seid?“

Die Schuld an dieser nicht nur Polen, sondern ganz Europa bedrohenden Entwicklung gab er allein Deutschland, das die Migranten „wie ein mächtiger Magnet“ aus ökonomischen Gründen anziehe und herzlich willkommen heiße. Also sei diese Problematik kein polnisches, sondern ein allein deutsches Problem.

Ministerpräsidentin Ewa Kopacz konterte: PiS habe mit den Worten ihres Vorsitzenden ihr wahres Gesicht gezeigt – das Gesicht einer antieuropäischen, fremdenfeindlichen Partei, die ständig auf Streit aus sei und auf der Suche nach Feinden. Sie sah in Kaczyńskis Auftritt sogar einen ersten Schritt, Polen aus der EU herauszuführen, „was die Polen wissen sollten“.

Kopacz hatte sich lange gesträubt, einer Quotenregelung zuzustimmen, ehe sie sich schließlich doch bereitfand, entsprechend dem Juncker-Plan eine begrenzte Zahl von Flüchtlingen in Polen aufzunehmen. Sie verteidigte ihre Position, indem sie erklärte, Polen werde nicht das „schwarze Schaf“ Europas, sondern mit den anderen europäischen Staaten solidarisch sein und – nach Maßgabe seiner Möglichkeiten – seinen Pflichten nachkommen.

Jarosław Kaczyński nimmt erneut das Ruder in die Hand

Dass sich der Vorsitzende von Recht und Gerechtigkeit und mit ihm die rechten Hardliner seiner Partei aus dem Wahlkampf um das Präsidentenamt herausgehalten hatten, trug entscheidend zu den positiven Prognosen bei, deren sich PiS in den Monaten vor der Parlamentswahl erfreuen konnte. Doch mit seinem Auftritt in der Sejmdebatte zur Flüchtlingsproblematik gab Kaczyński seine bisherige Zurückhaltung auf. Die Art und Weise, in der er sich, wie gewohnt aggressiv, an diesem Tag präsentierte, stand im deutlichen Gegensatz zu der von Duda und Szydło praktizierten eher moderaten Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, von der man sich, nicht ohne Grund, einen Wählerzuspruch aus der gemäßigten, traditionell der Bürgerplattform zuneigenden gesellschaftlichen Mitte erhoffte.

Mit seinen integrations- und fremdenfeindlichen Attacken hatte sich Kaczyński zudem in Gegensatz zu Präsident Andrzej Duda gebracht, der sich öffentlich für eine begrenzte Aufnahme von Flüchtlingen ausgesprochen, eine Moschee besucht und unter Hinweis auf die seit Jahrhunderten in Polen lebenden Tataren ein Zusammenleben von Polen und Bekennern des Islams für durchaus möglich gehalten hatte, vorausgesetzt, diese würden sich an die geltende Rechtsordnung halten.

In der letzten Phase des Parlamentswahlkampfes zeigte sich somit, dass Kaczyński keineswegs die Absicht hat, Duda und Szydło das Feld zu überlassen und selbst ins zweite Glied zurück zu treten. Er nahm vielmehr energisch die Zügel wieder in die Hand. Ohne sich mit der Kandidatin seiner Partei für das Amt der Ministerpräsidentin abzustimmen, entschied er eigenmächtig darüber, wer für den Sejm kandidieren werde und wer nicht. Während er nicht einmal Szydłos engsten Mitarbeiter nominierte, füllte er die Liste mit den Namen ihm treu ergebener Weggenossen. Ähnlich wie 2011 ging es ihm in erster Linie darum, für die Zeit nach den Wahlen die Entscheidungshoheit zu behalten und eine eventuelle innerparteiliche Opposition gegen sich von vorn herein zu verhindern, und dies selbst um den Preis der politischen Qualifikation seiner künftigen Fraktion.

Überwältigender Wahlsieg von „Recht und Gerechtigkeit“

Auch der Ausgang der Sejm- und Senatswahlen vom 25. Oktober 2015 war reich an Überraschungen. Ein großer Sieg von „Recht und Gerechtigkeit“ war zwar aufgrund der Prognosen erwartet worden, nicht aber dass er so überwältigend ausfallen würde. Auf PiS entfielen 37,58 Prozent der abgegebenen Stimmen und damit lag die Kaczyński-Partei mit mehr als 13 Prozentpunkten vor der „Bürgerplattform“, die 24,09 Prozent für sich verbuchen konnte. Außer diesen beiden Parteien überwandene noch „Kukiz 50“ und die gleichfalls neu entstandene Partei „Modernes Polen“ die vom Wahlgesetz vorgeschriebene Prozhürde. Weil eine ganze Reihe anderer Parteien an ihr scheiterten, also ihre Stimmen nicht zählten, verfügt nun PiS im 460 Sitze umfassenden Sejm über 235 Abgeordnete und damit über die absolute Mehrheit. Diese besitzt PiS auch mit 61 von 100 Sitzen im Senat. Dass eine Partei in beiden Kammern die absolute Mehrheit hat, ohne Koalitionspartner die Regierung bilden kann und dazu auch noch aus den eigenen Reihen den Präsidenten stellt, hat es bislang in der Dritten Republik nicht gegeben. Und dass weder die „Vereinigte Linke“ (SLD) noch die Bauernpartei (PSL) im Sejm vertreten sind, ist gleichfalls ein Novum.

Ob freilich diese Machtfülle, mit der die Wähler „Recht und Gerechtigkeit“ ausgestattet haben, ausschließlich von Vorteil ist, kann bezweifelt werden. Weil die Kaczyński-Partei nunmehr die alleinige Verantwortung für die Geschicke des Landes trägt, fehlt ihr die Möglichkeit, die Nichterfüllung von Wahlversprechen mit einer Rücksichtnahme auf den Koalitionspartner zu entschuldigen. Man wird daher gespannt sein dürfen, wie PiS das von ihr verheißene „soziale Polen“ angesichts beschränkter Haushaltsmittel zu verwirklichen gedenkt.

Schon während des Wahlkampfes wurde spekuliert, ob sich Jarosław Kaczyński mit der Rolle des Parteivorsitzenden zufrieden gibt oder ob er nach gewonnener Wahl nach kurzer Zeit Beata Szydło als Ministerpräsident ablösen wird, wie er dies vor fast 10 Jahren bereits praktiziert hat. Damals erklärte Kazimierz Marcinkiewicz nach nicht einmal einem Jahr im Amt seinen Rücktritt, um so den Weg für Kaczyński frei zu machen. Viele erwarten auch diesmal das gleiche Manöver.

Mit dem Wahlsieg von PiS verbindet sich zudem die Hoffnung der Kirche, mit Hilfe der neuen Regierung die von ihr verfolgten Ziele, zumal in der Familienpolitik, zu erreichen. Zu ihren Desideraten zählt unter anderem die Rücknahme der von der Vorgängerregierung erlassenen Gesetze zu in vitro. Kommt es dazu, dann ist eine Verschärfung weltanschaulicher Auseinandersetzung innerhalb der Gesellschaft vorprogrammiert.

Die von PiS im Wahlkampf gegen Auflagen der EU verkündeten nationalen Interessen lassen ein schwieriges Verhältnis zu Brüssel wie auch zu Berlin erwarten. Dies gilt aktuell für die Bewältigung der Flüchtlingskrise, die nur gemeinsam mit allen Mitgliedsstaaten der EU zu meistern ist. Sie wird ein erster Prüfstein für die Kooperationsbereitschaft der neuen Regierung sein. Angesichts der Äußerungen von Kaczyński während der der Flüchtlingsproblematik gewidmeten jüngsten Sejmdebatte ist wohl mit einer ähnlichen Haltung wie der des ungarischen Ministerpräsidenten Orban zu rechnen. Und möglicherweise steht auch, ähnlich wie vor einem Jahrzehnt, das zwar auf Versöhnung basierende, ernste Meinungsunterschiede jedoch nicht ausschließende deutsch-polnische Verhältnis erneut vor einer Bewährungsprobe.

Zbigniew Wilkiewicz

Demokratie leben und gestalten – Jugendaustausch mit Tunesien 2014/2015

Im September und Oktober 2014 führte das GESW in Kooperation mit der L'association Tunisienne de l'animation culturelle, jeunesse et loisirs im Rahmen des vom Auswärtigen Amt (AA) geförderten Projekts „Demokratie leben und gestalten“ einen zweiwöchigen Austausch mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch, der zunächst in Vlotho und dann in Sousse stattfand.

Organisation und Zielgruppe

Die Organisation der Maßnahme gestaltete sich schwierig, da die endgültige Bewilligung durch das AA und Bundesverwaltungsamt erst spät eintraf, so dass für die frei ausgeschriebene Werbung der deutschen Teilnehmenden (TN) nur relativ wenig Zeit blieb. Durch kurzfristige Absagen von deutschen Bewerbern blieb es auf deutscher Seite schließlich bei acht, statt den erstrebten zehn TN. Auf tunesischer Seite waren es schließlich die zehn vorhergesehenen TN, die an der Maßnahme in Vlotho teilnahmen. In der Regel handelte es sich auf beiden Seiten um Studierende, die mitten im Studium oder kurz vor ihren universitären Abschlüssen standen. Für einige Tunesier war es der erste Aufenthalt in Europa und Deutschland, drei TN aus Deutschland hatten hingegen tunesische bzw. arabische Wurzeln. Überdies hatten sie gute Arabischkenntnisse, was die informelle Kommunikation innerhalb der Gesamtgruppe sehr erleichterte.

Die übrigen deutschen TN zeichneten sich ebenfalls durch eine hohe Motivation und interkulturelle Kompetenz aus, so dass sich die Gesamtgruppe schnell fand und zu einer Einheit wuchs. Dies war sicherlich auch der Offenheit der tunesischen TN geschuldet, die in drei Vorbereitungstreffen in Hammam Sousse für das Seminar ausgewählt und vorbereitet worden waren. Im Vorfeld des Seminars war es über face-book zu einer ersten Vernetzung der TN gekommen.

Die deutschen TN hatten alle ein Motivationsschreiben eingereicht, aus dem hervorging, warum sie an der Maßnahme teilnehmen wollten und was sie dafür qualifizierte. Sie wurden im Vorfeld des Seminars mit Informationen zu Tunesien und mit Arbeitsaufträgen für den im GESW stattfindenden ersten Teil der Begegnung versorgt. Die meisten der deutschen TN sind politisch interessiert und ehrenamtlich aktiv. Zum Teil verfügen sie über weitreichende historisch-politische Kenntnisse, auch im Hinblick auf den „arabischen Frühling“.

Im Unterschied dazu zeigten sich die tunesischen TN anlässlich der ersten intensiven Vorstellungsrunde weniger politisch interessiert oder engagiert. Einige hoben allerdings hervor, dass sie in NGOs aktiv sind. Die Englischkenntnisse waren bei allen TN ausreichend, wobei es natürlich erhebliche Unterschiede gab. Wenn nötig, wurde konsekutiv übersetzt, zum Beispiel im Düsseldorfer Landtag oder im Rathaus von

Hammam Sousse. Ansonsten sprachen und referierten die involvierten deutschen und tunesischen Partner Englisch, manchmal auch Französisch.

Inhalte und pädagogische Ansätze

Während die Empfänge im Düsseldorfer Landtag und im Rathaus der Stadt Vlotho dem klassischen Seminarmuster folgten – Stadterkundungen mit englischsprachiger Führung, Grundinformationen über den Landtag in NRW und über die Stadt Vlotho sowie Gespräche und Diskussionen mit einem Abgeordneten und dem Bürgermeister – wich die grundsätzliche pädagogische Konzeption unseres Seminars vor diesem Muster ab. Den deutschen TN wurde bereits im Vorfeld des Seminars avisiert, dass sie selbstständig im Verbund mit den tunesischen Gästen arbeiten sollten. So wurde z. B. die Berlin-Rallye in gemischten Kleingruppen absolviert, wobei die deutschen TN den Tunesiern ihre Hauptstadt vorstellen und erklären sollten. Dass dabei die bereits historische Teilung der Stadt sowie zahlreiche Gedenkorte, in denen auf die düstere Vergangenheit des nationalsozialistischen und kommunistischen Berlin verwiesen wird, von großer Bedeutung waren, war dem übergreifenden Thema unseres Seminars „Demokratie leben und gestalten“ geschuldet. Die Vorbereitung auf die historische und wieder – gerade in Osteuropa und im arabischen Raum – aktuelle Bedrohung durch diktatorische, menschenverachtende Gewaltsysteme und Bewegungen wurde dabei zu Seminarbeginn im GESW in Vlotho in drei Modulen erarbeitet, in denen die Grundlinien der nationalen und sozialen Herausforderungen in Deutschland, Europa und dem arabischen Raum vorgestellt und diskutiert wurden. Das Referenzmodell bildete dabei die Entwicklung der EWG/EG/EU und der Sozialen Marktwirtschaft nach den Epochenjahren 1945 und 1989. Dabei wurde vor allem auch auf die gesellschaftlichen Umbrüche und Revolutionen in den Staaten des real existierenden Sozialismus, die Überwindung der Teilung Europas und Deutschlands und das für den Westen geltende Wertemodell abgehoben. Gleichzeitig wurde deutlich gemacht, dass dieser Prozess nicht als abgeschlossen gelten kann, und dass es für die EU weiterhin erhebliche wirtschaftliche und nunmehr auch sicherheitspolitische Herausforderungen gibt, die zukünftig mehr Einigkeit und Geschlossenheit der Gemeinschaft erfordern werden.

Didaktisch wurde ein reger Austausch zwischen Deutschen und Tunesiern und deren Aktivierung angestrebt. Wie der harmonische Seminarverlauf an beiden Veranstaltungsorten sowie die schriftliche und mündliche Seminauswertung ergaben, wurde dieses Ziel offenbar erreicht.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgte das im Oktober in Hammam Sousse und in Sousse durchgeführte Seminar. In gemischt-nationalen Gruppen wurde in Hammam Sousse eine Stadtrallye durchgeführt und ausgewertet. Neben Exkursionen nach Tunis, wo das Arabische Institut für Menschenrechte und das tunesische Parlament besucht wurden, gab es in Hammam Sousse und Sousse zahlreiche Begegnungen und Diskussionen mit Repräsentanten/innen tunesischer NGO. Überdies erhielten die deutschen TN durch ihren Besuch bei tunesischen Gastfamilien einen tieferen Einblick in den tunesischen Alltag.

Den Seminarhöhepunkt stellte anlässlich der tunesischen Parlamentswahlen am 26. Oktober 2014 sicherlich die offizielle Akkreditierung unserer Seminargruppe als Wahlbeobachter dar. Hier bot sich die Gelegenheit, in zahlreichen Wahllokalen das Wahlprozedere intensiv zu beobachten und auf den ordnungsgemäßen Vollzug der Wahlen zu achten. Natürlich wurde dieser Programmpunkt bei der Seminarbewertung am höchsten bewertet.

Gesamtbewertung

Ähnlich wie in Vlotho zeichneten sich die TN auch in Tunesien durch hohe Motivation, aktive Teilnahme an den Seminarinhalten und ein vorbildliches Sozialverhalten untereinander aus. So wurde das Seminarziel – Demokratie zu gestalten und zu leben – nicht nur diskursiv, sondern auch im Seminaralltag in beeindruckender Weise erreicht. Alle TN sprachen sich in den Seminarbewertungen für eine Fortsetzung des Projekts aus.

Anhang

Referenten und Inhalte im Arabischen Institut für Menschenrechte (<http://www.aihr-iadh.net>)

Jallila Boukari (jalilaboukari@gmail.com) vertritt im Institut das Thema „Frauen und Schule“. Sie gab einen Überblick über die Aktivitäten des Instituts und hob auf seine internationale Vernetzung ab. Eine besondere Herausforderung stellen die zahlreichen nach der Revolution entstandenen NGOs dar, die eine entsprechende Unterstützung durch das Institut erhalten. Dies gelte auch für die Arbeit mit den zahlreichen Flüchtlingen aus Libyen, die sich in 6 tunesischen Gouvernements konzentrieren.

Hajer Chehbi Habchi (chehbi.hajer@gmail.com) leitet im Institut ein regionales Projekt über die Arbeit der tunesischen Gewerkschaften. Bei dieser von der EU geförderten Maßnahme, an der sich auch Marokko und der Libanon beteiligen, geht es in erster Linie um die Frage nach der Partizipation von Frauen, die auf der Entscheidungsebene der Gewerkschaften stark unterrepräsentiert seien. Zwar sei Tunesien im Hinblick auf die Emanzipation der Frauen in der arabischen Welt führend, allerdings gebe es in der patriarchalisch geprägten Gesellschaft noch immer starke Widerstände gegen eine Gleichberechtigung der Frauen in Führungspositionen.

Maja Ben Khaled (benkhaledmaja2@gmail.com) zeichnet für das Projekt Reform des Schulsystems und Menschenrechte verantwortlich. Ausgehend von der Tatsache, dass die meisten jungen Menschen in Tunesien unpolitisch sind und sich politisch wenig engagieren, unterzog man das tunesische Schulsystem einer gründlichen Evaluation, bei der die Frage im Mittelpunkt stand, inwiefern Menschenrechtsfragen in den Curricula eine entsprechende Rolle spielen. Aufgrund feststellbarer Defizite wurden konkrete Projekte ins Leben gerufen, bei denen Toleranz, Gewaltfreiheit und Konsensfähigkeit gestärkt werden sollen (z.B. Streitschlichter). Die Zahl der Projekte schnellte von landesweit 7 auf 25 hoch.

In der Diskussion hoben die Referentinnen hervor, dass die tunesischen NGO insgesamt reifer geworden seien und dass sich die Kooperation mit den Ministerien verbessert habe. Ein Beispiel hierfür sei die beiderseitige Zusammenarbeit bei der Abschaffung der Folter. Durch die Verabschiedung der neuen Verfassung habe sich die Menschenrechtslage in Tunesien erheblich verbessert, besonders im Hinblick auf die Meinungsfreiheit.

Weitere NGOs aus Sousse und Hammam Sousse

Der an der Universität in Sousse lehrende Mediävist, *Prof. Lagha Mohieddine*, berichtete in seiner Eigenschaft als Vorsitzender von La Ligue Tunesien des Droits des Hommes in Sousse (<http://www.ltdh.org>) über diese in Afrika älteste NGO für Menschenrechte, die bereits seit 1976 besteht. Sie ist regional in den einzelnen Gouvernements vertreten, ist aber auch international vernetzt, etwa bei der Kooperation mit Euromed. Basis für die Arbeit ist die Menschenrechtscharta der UNO sowie das tunesische Recht. Man setzte sich in der Vergangenheit häufig mit Verstößen gegen die freie Meinungsäußerung auseinander, wodurch das Verhältnis zum politischen Establishment nicht selten angespannt war. Zwischen 1992 und 2006 wurden Aktivisten der Ligue eingesperrt, ihre Arbeit nachhaltig behindert. Da die Erreichung der sozialen Gerechtigkeit ebenfalls zu den Zielen der Ligue gehöre, habe man auch aktiv die Proteste in Ghafsa unterstützt. Heute habe die Ligue, die in Sousse über 150 Mitglieder verfüge, eine koordinierende Funktion, und verfolge einen überparteilichen, universellen Ansatz.

In der Diskussion wurde danach gefragt, ob es noch Folter in Tunesien gebe, ob es anlässlich der bevorstehenden Parlamentswahlen zu politischen und finanziellen Manipulationen gekommen und ob die Ruhepflicht eingehalten worden sei. Die Fragen wurden in aller Kürze beantwortet, der Referent verwies aber darauf, dass die Ligue demnächst einen abschließenden Bericht über den Verlauf der Parlamentswahlen veröffentlichen werde.

Saida Bouchareb, Geschäftsführerin von „Karama Femme“ berichtete von ihrer in Sousse ansässigen NGO, die sich für die Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frauen in Tunesien einsetzt. Man führe ganz konkrete Projekte und Maßnahmen durch: etwa die Hilfe für (alleinstehende) Mütter von Schulkindern, wobei man in ländlichen, wenig erschlossenen Gebieten aktiv sei (kostenlose medizinische Untersuchungen, Beratung bei häuslicher Gewalt, Bemühungen Frauen zu politisieren und ihnen mehr Selbstbewusstsein zu verleihen). In der Diskussion hob die Referentin hervor, dass es im Zusammenhang mit den anstehenden Parlamentswahlen erfreuliche Entwicklungen gebe. In den Wahlbüros seien die Frauen überproportional vertreten, sie machen verstärkt von ihrem Wahlrecht Gebrauch und außerdem gebe es zum ersten Mal eine weibliche Kandidatin für den Posten des Staatspräsidentin: Kalthoum Kannou, die ehemalige Vorsitzende der tunesischen Richterammer.

Salam Gaim berichtete über die Aktivitäten von amnesty international (ai) in Sousse. Dabei stand vor allem die Einhaltung der Menschen- und Frauenrechte im Vordergrund, die in Art. 46 der tunesischen Verfassung garantiert werden. Ansonsten sei der für ai weltweit verbindliche Katalog auch für die Arbeit von ai in Sousse verbindlich: Einsatz für politisch Verfolgte und Folteropfer, Primat der Verfassung und eines unabhängigen Gerichtswesens, Einhaltung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Politisches Asyl und Schutz von Minderheiten, Soziale Gerechtigkeit im Rahmen der Möglichkeiten des Staatshaushalts, Abschaffung der Todesstrafe, die in Tunesien bisher nur ausgesetzt sei. Die einzelnen Sektionen von ai bemühen sich, der von ihnen formulierten Kritik und der Einhaltung der Menschenrechte durch Einflussnahme auf die einzelnen Parteien Geltung zu verschaffen.

Die Rechtsanwältin *Yousra Daaloul* (maitredaaloul@yahoo.fr) von der Richterammer in Sousse berichtete über die wichtige Rolle der Juristen während der Revolution und im Laufe des sich anschließenden Reformprozesses, besonders im Hinblick auf die Verfassungsdebatte. Schwerpunkte bei der Auseinandersetzung der von den Richtern unterstützten Zivilgesellschaft mit den politisch Mächtigen waren damals die Konflikte um die Abschaffung der Todesstrafe, die Garantie für ein unabhängiges Gerichtswesen, die Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Bereichen sowie die Schaffung eines demokratischen Bewusstseins. Viel sei erreicht worden, aber im Hinblick auf die politische Gleichberechtigung der Frauen (Quoren im Parlament, auf den Wahllisten sowie die Verteilung von Führungspositionen) müsse allerdings noch nachgebessert werden.

Noumi Abdedayem (abdedayem.noumi2@outlook.fr) von der tunesischen Sektion der Association Internationale aux Soutiens des Prisonniers Politiques berichtete über die Aktivitäten dieser 2002 im englischen Exil gegründeten Organisation, die sich der Verteidigung und Unterstützung politischer Gefangener in Tunesien verschrieben hat. In einem kurzen historischen Abriss ging der Referent auf die Praktiken während der Diktatur ein (Folterungen, Erzwungene Abtreibungen und Scheidungen, sexuelle Nötigung und Erpressungen aller Art), über die man in der Vergangenheit international informiert und protestiert habe. Inzwischen werden nicht nur die ca. 20.000 ehemaligen politischen Gefangenen Tunesiens beraten und ggf. betreut, sondern man kooperiere auch international, z.B. in Gasa, der Türkei, aber auch in Syrien und im Irak. Als Beauftragter für internationale Beziehungen nahm der Referent nicht nur an Kongressen in Marokko, der Schweiz und der Slowakei teil, sondern auch in Berlin, wo es Gelegenheit hatte, die Gedenkstätte Hohenschönhausen zu besichtigen.

Eigene Beobachtungen vor, anlässlich und nach den Parlamentswahlen vom 26.10.2014

Es bewarben sich insgesamt 45 Parteien für die Parlamentswahlen, darunter zahlreiche Splitterparteien ohne jegliche Aussichten auf Erfolg. Die bunten Logos auf dem überlangen Wahlzettel sollten wohl eine Wahlhilfe für die meist älteren Analphabeten oder nur wenig Lese- und Schreibkundigen darstellen. Auch bei den Präsidentenwahlen

für November haben zahlreiche Kandidaten ihren Hut in den Ring geworfen. Fragte man Tunesier/innen, Referenten/innen, Politiker/innen oder auch unsere tunesischen TN, nach den Inhalten der einzelnen Wahlprogramme, so bekam man nur sehr vage Antworten. Insgesamt schienen die Menschen recht politikverdrossen zu sein, sie trauten ihren Politikern nicht. Hier dürfte die Enttäuschung über das Politikversagen der bis vor kurzem in einer Trojka regierenden islamistischen Ennahdha eine Rolle gespielt haben. Immerhin war diese aber während der gravierenden politischen Krise Anfang des Jahres 2014 bereit, ihre Macht abzugeben – und das Wahlergebnis vom 26. Oktober, bei dem Nida Tunes als klarer Wahlsieger hervorging, zu akzeptieren. Dennoch war man häufig unzufrieden und zahlreiche Wahlberechtigte hatten sich im Juli 2014 auch nicht für die Parlamentswahlen registrieren lassen, was grundlegende Voraussetzung dafür ist, überhaupt wählen zu dürfen.

Vor den Wahlen waren in den von uns besuchten Städten die Militär- und Polizeieinheiten überall präsent, am Wahlsonntag ebenfalls vor allen Wahllokalen – meist Schulen – die einen martialischen Eindruck hinterließen. Dies war nicht verwunderlich, denn nur einen Tag nach unserer Ankunft hatte es einen schweren Terroranschlag gegeben, bei dem mehrere Menschen umkamen und der das ganze Land erschütterte.

Am Sonntagvormittag besuchte ich mehrere Wahllokale in Hammam Sousse, insgesamt war ich in drei Schulen und 12 Wahllokalen. Dabei fiel auf, dass die einzelnen Wahllokale nach Bezirken und dem Alter der Bürger/innen aufgeteilt waren. Die Leute standen vor manchen Wahllokalen Schlange, auffällig war die große Zahl älterer und alter Menschen, die ihr Wahlrecht offenbar sehr ernst nahmen. Auf den Schulhöfen, wo sich befreundete Familien und Bekannte trafen und intensiv kommunizierten, war Familienfeststimmung und ein gewisser Enthusiasmus zu verspüren. Den bewaffneten Vertretern der Staatsgewalt begegnete man mit großem Respekt. Eine ähnlich respektvolle Behandlung wurde auch uns als offiziell akkreditierten Wahlbeobachtern – versehen mit einem gut sichtbaren, offiziellen Ausweis – entgegengebracht. Wahlleiter und Wahlhelfer ließen uns gerne eintreten, boten uns einen Sitzplatz an und erteilten bereitwillig Auskünfte, etwas über den Stand der Wahlbeteiligung.

Das von mir beobachteten Wahlprozedere vollzog sich in den einzelnen Wahllokalen diszipliniert und in großem Ernst. Wahlkundige Erstwähler/innen – ob nun jung oder alt – wurden beraten und unterstützt, Behinderten wurde geholfen. Die Prüfung der Personalausweise und der Abgleich mit dem Wahlregister, die Kennzeichnung der Wähler durch das Eintauchen der linken Zeigefinger in ein Tintenfass, das Abstempeln der Wahlzettel an allen vier Ecken des Formulars, all das verlief korrekt und diszipliniert. Die Menschen hielten sich weitgehend an das Sprechverbot und schalteten auch ihre Handys aus. Sie nahmen die Wahlen ernst und waren sich bewusst, dass sie an einem historischen Vorgang Teil hatten, der über die nahe und weitere Zukunft ihres Landes entscheiden würde.

Nach den Wahlen erkannte man die Nichtwähler/innen daran, dass sie an ihrem linken Zeigefinger nicht den obligatorischen Farbfleck trugen, den man bei der Stimmabgabe als Zeichen für die Teilnahme an den Wahlen abbekommen hat – und der sich offenbar erst nach ein paar Tagen abwaschen ließ. So waren die unbefleckten Nichtwählern/innen am Montag nach der Wahl klar von den Wählern/innen zu unterscheiden. Wer waren nun die Stigmatisierten? Darüber führte ich am Montagabend eine heiße Diskussion mit zwei Wählern und zwei Nicht-Wählern mittleren Alters, in der ich deutlich zu machen versuchte, dass die niedrige Wahlbeteiligung (etwas über 60%) und die Wahlverweigerung die doch hoffentlich angestrebte demokratische Ordnung schwächen würden? Ich stieß nur zum Teil auf offene Ohren.

Die internationalen Reaktionen auf die Parlamentswahlen in Tunesien fielen überwiegend positiv aus;¹ es kam nur zu relativ wenig Unregelmäßigkeiten und Verfahrensfehlern, die allerdings akribisch aufgelistet wurden. Wahlfälschungen blieben offensichtlich ganz aus.² Insofern darf die tunesische Gesellschaft trotz aller Alltagsprobleme und eines nur langsam voranschreitenden Transformationsprozesses durchaus zufrieden sein. Es ist zu korrekten, gewaltfreien Wahlen gekommen, trotz einer niedrigen Wahlbeteiligung kann sich das Ergebnis sehen lassen. Ob es tatsächlich zu einer großen Koalition der beiden großen Wahlsieger kommen wird, sei dahingestellt.³

Deutsch-tunesischer Jugendaustausch 2015

16.-23.05.2015 in Sousse und Naftah

04.-10. 10. 2015 in Vlotho, Düsseldorf und Berlin

Der 1. Teil des Seminars fand in Tunesien wie geplant statt, wurde aber von einer schweren Darmgrippeerkrankung, von der fast alle deutschen TN mehr oder minder intensiv betroffen waren (akute Phase 20.-22. 05) überschattet. Durch ärztliche Intervention bei fünf schwerer Erkrankten verbesserte sich deren Befinden am Freitag erheblich, so dass der Rückfahrt nach Sousse und der Rückflug nach Düsseldorf nichts mehr im Wege stand. Allerdings dämpfte diese Erkrankung die ansonsten gute Stimmung in der Gruppe und störte den vorgesehenen Seminarablauf erheblich, da das in Tozeur und Naftah geplante Programm am Donnerstag (21.05.) nur mit der halben Gruppe durchgeführt werden konnte, während der Rest das Bett hüten musste. Die tunesischen TN sowie einige wenige TN aus Deutschland hatte der Virus verschont, so dass das Programm mit ihnen TN in reduzierter Zahl durchgeführt werden konnte.

¹ Le président du parlement européen: Le peuple tunisien s'est pleinement mobilisé pour ce nouveau rendez-vous démocratique. In: La presse de Tunisie, 29.10.2014, S.4; La ministre italienne des A.E.: La Tunisie a prouvé que le rêve du Printemps arabe peut se réaliser, ibd; Le Ministère allemand des A.E: Un grand pas sur la voie de l'enracinement de la démocratie, ibd

² K. Ferchichi: Des infractions qui pourraient faire tomber les listes, ibd, S.1 und 6

³ A. Dermach: Une coalition Nida-Ennahdha est-elle possible?. Ibd, S.1 und 4

Während im 1. Teil des Tunesien-Aufenthalts das gegenseitige Kennenlernen, das Formulieren von Erwartungen und Befürchtungen sowie die Verabschiedung einer gemeinsamen Charta im Vordergrund standen, begann die eigentliche inhaltliche Arbeit mit einem näheren Kennenlernen von Hammam Sousse, was mit Hilfe eines in gemischten Gruppen durchgeführten Stadtrallye erreicht wurde. Am Abend erfolgte dann im Rathaus von Hammam Sousse die Begegnung mit Repräsentanten/innen lokaler tunesischer NGOs die von ihrer menschenrechtlichen Aktivitäten – unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Frau – berichteten. Die Diskussion betraf vor allem

Fragen der noch nicht erfolgten Dezentralisierung des Landes sowie der praktischen, nicht gesetzlichen Umsetzung von Frauenrechten.



Am nächsten Morgen stand in Tunis eine Diskussion mit dem Direktor des Arabischen Instituts für Menschenrechte auf dem Programm. Diese Begegnung wurde von den TN bei der Seminauswertung als besonders interessant bewertet, was sicherlich damit verbunden war, dass wir einen in ausgezeichnetem Englisch gehaltenen strukturierten Vortrag zu hören bekamen, der von einer

engagierten Diskussion begleitet wurde. Im Zentrum des Vortrags standen die Abgrenzung der Begriffe Revolution vs. Volkserhebung, die Differenzierung des inflationär verwendeten Begriffs der (politischen) Partizipation sowie das Problem der Marginalisierung: die Forderung nach (ökonomischen) Rechten, vor allem auch für jüngere Menschen. Weitere Themen waren die Pädagogisierung von Menschenrechten an tunesischen Schulen im Rahmen der geplanten Schulreform sowie der bisher noch fehlende Aufbau politischer Institutionen und die sich verändernde Rolle der NGOs. Der Referent hielt fest, dass es notwendig sei, einen weit verbreiteten Defätismus zu überwinden und optimistischer in die Zukunft zu blicken.

Im Anschluss hieran wurde das tunesische Parlamentsgebäude besichtigt, auch der Gedenkort für die Opfer, die im März dieses Jahres einen terroristischen Anschlag zum Opfer gefallen waren. Anlässlich eines kurzen Besuchs des gewöhnlich boomenden Touristenorts Sidi Bou Said, der einen recht leeren Eindruck machte, wurde deutlich, dass sich das Land auch aufgrund eines lahmdenden Tourismus in einer tiefen Wirtschaftskrise befindet. Hierfür sprechen auch die in den letzten Monaten stark gestiegenen Preise für Lebensmittel und Energie.

Die am Dienstagmorgen erfolgende Abfahrt in Richtung Sahara (Gabes, Tozeur, Naftah) markierte den 2. Teil des Seminars, in dessen Mittelpunkt die wirtschaftliche und ökologische Situation des tunesischen Südens stand, der mit drei fundamentalen Problemen zu kämpfen hat: dem Wassermangel, der allgemeinen Armut und einer hohen (Jugend)arbeitslosigkeit. Dementsprechend wurden Projekte und Initiativen besucht, die zum Ziel haben, diesen Tendenzen entgegenzuwirken. In Gabes erkundeten wir einen niederländisch-tunesischen Betrieb, der ausschließlich Tomaten für den europäischen Markt produziert und hochtechnisiert ist. Das Wasser für die Bewässerung der empfindlichen Pflanzen wird aus einer Tiefe von 60-150 m hochgepumpt und gekühlt, um es für die Bewässerung verwenden zu können. Dabei wird streng darauf geachtet, keinen Tropfen Wasser zu vergeuden. Die Tomatenstöcke, die bis zu 6 m hoch werden, reifen in riesigen Gewächshäusern mit einem subtropischen Binnenklima. Die Arbeit der überwiegend weiblichen Arbeiter erweist sich dementsprechend als ausgesprochen anstrengend. Der Basislohn liegt bei umgerechnet 150 Euro/mtl. Verheiratete Frauen gibt es nur wenige, da diese nach der Heirat gewöhnlich für Familie und Haushalt zu sorgen haben und nicht mehr im Betrieb arbeiten dürfen/wollen. Die hohe Fluktuation unter den Arbeiterinnen bereitet dem Management dementsprechend Sorgen. Die niederländische Firma, die über 65 Prozent des Betriebskapitals hält, verfügt somit über Billiglohnkräfte und führt auch keine Steuern an den tunesischen Staat ab. Man ist dabei den Betrieb zu erweitern – und zwar in Kooperation mit einer serbischen Firma, die offenbar besonders preiswert ist. Die tunesischen Teamleiter loben den Betrieb als Entwicklungschance für die Region und die zumeist beschäftigungslosen Menschen. Er biete Qualifikationsmöglichkeiten und sichere etlichen Familien das Überleben.

In der sich anschließenden Diskussion, die auf der Weiterfahrt im Reisebus organisiert und durchgeführt wird, schälen sich unterschiedliche Standpunkte heraus: während die tunesischen TN das Projekt rundherum positiv bewerten, fragt man auf den deutschen Seite kritisch nach der Rolle der Frauen in diesem Betrieb (Gleichberechtigung/Ausbeutung), der Steuerfreiheit der Investoren etc. Die Diskussion weitet sich auf die Frage aus, welchem Wirtschaftsmodell Tunesien folgen sollte. Dabei dominiert bei den anwesenden Tunesiern die Vorstellung von einer liberalen Wirtschaftsordnung, bei der sich der Einzelne gemäß seinen Fähigkeiten durchsetzen soll. Über ein Sozialstaatsmodell hat man sich bisher wenig Gedanken gemacht, die Rolle der Gewerkschaften, die in Tunesien nur im öffentlichen Sektor recht stark sind, sieht man eher negativ. Vielmehr hebt man hervor, dass die Tunesier mehr und effektiver arbeiten müssten. Dabei wird das Problem struktureller Arbeitslosigkeit in der Diskussion schlichtweg negiert.

In einer weiteren Diskussion über die begrenzten Tiefenwasserreserven, die in Dörfern und Oasen für Bewässerungsprojekte in der Region um Naftah und Tozeur genutzt werden, entsteht ebenfalls der Eindruck, dass es für langfristige, nachhaltige Planungen nur wenig Raum gibt. Immerhin wird der Wasserverbrauch der einzelnen Gemeinden und somit auch der Verbraucher staatlich normiert. Entsprechende Gesetze und

Verordnungen sollen Verschwendung und Missbrauch verhindern. Angesichts der Endlichkeit der in drei Erdtiefen liegenden Wasserreservoirs (Kontinentales Niveau in 3.000 m. Tiefe, komplexes Niveau 400-800 m. Tiefe, Oberflächenwasser) und der Notwendigkeit, für die Wassergewinnung (Pumpen, Tiefbrunnen) entsprechend viel Elektroenergie einsetzen zu müssen, handelt es sich bei der Bewässerung des absolut ariden Wüstengebiets um Naftah und Tozeur auf lange Sicht betrachtet nur um ein eingeschränkt nachhaltiges Verfahren. Sind die Reservoirs einmal erschöpft, was wohl in ca. 100 Jahren der Fall sein wird, müssen neue Konzepte her, um das Leben in der Sahara zu erhalten. Vage wird über eine Kooperation mit Algerien und über die Zuführung von Meerwasser aus dem Golf von Gabes diskutiert. Angesichts des nur schwachen Verkehrs von Gabes nach Naftah (P 16) wird in der Diskussion auch nach dem Sinn des Baus einer Autobahn gefragt, die wohl parallel zur P 16 verlaufen wird. Offenbar erhofft man sich durch den Ausbau der Infrastruktur eine weitere Stärkung des Tourismus und eine effektivere Anbindung an den schwierigen Nachbarn Algerien. Dabei sind die Gelder der ausländischen Investoren angesichts der klammen Haushaltslage des Landes sehr willkommen. Sehr deutlich wird an dieser Stelle, wie stark die Regierung des Landes auf den Ausbau des Tourismus setzt. Angesichts der momentanen Touristenflaute, wohl eine Folge des Anschlags vom März 2013, bei dem etliche Europäer ums Leben gekommen sind, leiden die lokalen Dienstleistungsangebote massiv, wofür das auch in Naftah befindliche leerstehende Luxushotel ein gutes Beispiel liefert. Dementsprechend sind wir fast die einzigen Ausländer, die sich gut geschützt im Süden Tunesiens tummeln. Am Mittwochmorgen besichtigen wir einen weiteren landwirtschaftlichen Betrieb, der allerdings von Tunesiern geführt und durch staatliche Mittel gefördert wird. Der Leiter ist gelernter Pädagoge und ist außer im agrarischen Bereich auch noch im Jugendgästehaus von Naftah beschäftigt. Das Wasser stammt wie im Fall des niederländischen Betriebs auch aus Tiefbrunnen. Angebaut wird Obst und Gemüse aller Art (wir verkosten wohlschmeckende Honigmelonen), in den abgeernteten Gewächshäusern sind noch zahlreiche Erntehelfer unterwegs. Produziert wird ausschließlich für die lokalen/regionalen Märkte. Die Produkte werden allerdings nicht direkt vermarktet, sondern an Großhändler weiterverkauft. Insgesamt gibt es sechs feste Stellen und eine große Schar von Saisonarbeitern, die alle aus den umliegenden Orten stammen. Die bettelnden Kinder führen uns vor Augen, dass wir uns in einer ausgesprochen armen Wüstenregion befinden. Das vom Staat angestoßene und unterstützte Projekt sorgt wohl in bescheidenem Maße für saisonale Beschäftigung und Vermarktung lokaler Produkte.

Bevor wir in Naftah eintreffen und unsere Zimmer im dortigen Jugendgästehaus beziehen, besichtigen wir noch eine von Dattelpalmen dicht bestandene Oase, die von einer Art Genossenschaft (insg. ca. 40 Besitzer aus alteingesessenen Landwirtschaftsfamilien) bewirtschaftet wird. Dabei geht es nicht nur um die Sicherung des ansehnlichen, bereits seit Jahrhunderten bestehenden Wasserreservoirs, das von unterirdischen Quellen gespeist wird, sowie die Aufrechterhaltung eines ausgeklügelten Bewässerungssystems, das die Basispflanze Dattelpalme am Leben erhält, sondern auch um die gemeinschaftliche Pflege einer eindrucksvollen Parklandschaft mit entsprechenden

Dienstleistungsangeboten. Es wird uns sehr anschaulich vermittelt, was sich alles aus Datteln (Mehl, Konfitüren, Säfte, Liköre, Arzneien) und Dattelpalmen (Möbel, Dächer) herstellen lässt. Der sehr süße Dattelpalmensaft wird gegen Ende der Besichtigung verkostet. Ähnliches erleben wird zwei Tage später in dem großzügig ausgestatteten Palmenmuseum von Tozeur, wo uns die historische, aktuelle und religiös-mythische Bedeutung und Geschichte der Nutzung und Vermarktung dieses außergewöhnlichen Baumes und seiner Früchte näher gebracht wird. Übrigens von einem älteren Herren, der Ende der 1960er Jahre in Deutschland studiert hat und ein ausgezeichnetes Deutsch spricht. Ein echter Glücksfall, denn angesichts der zahlreichen historischen und botanischen Fachausdrücke können wir uns eine komplizierte Übersetzung ins Englische sparen. Es ist klar, dass man durch diese attraktiven Angebote versucht, die Zahl der in- und ausländischen Touristen entsprechend zu erhöhen. Diesem Zweck dienen auch die Jeep-Fahrten in die Wüste, die durch aufwändig-abenteuerliches Fahren und den Besuch bekannter Plätze (die Hügel am „Hals des Kamels“, der Drehorte von „Starwars“ und des „Englischen Patienten“ Event-Charakter haben und noch mehr Touristen in den Süden Tunesiens locken sollen. Aufgrund der Nachbarschaft zu Algerien und der prekären Sicherheitslage kein leichtes Unterfangen!

Aufgrund des Ausfalls eines Referenten erklärt sich der Leiter des Jugendgästehauses in Naftah bereit, über seine Arbeit zu informieren. Zunächst geht er auf die Defizite seiner Einrichtung ein: zu wenig Räume, Ausbleiben notwendiger Reparaturen, Mängel im Sanitärbereich etc. Unabhängig davon – so die berechtigte Kritik der deutschen TN – sind die hygienischen Zustände in Toiletten und Duschen, wo offensichtlich nicht geputzt wurde, mehr als grenzwertig.

Aus der Diskussion erhellt, dass die Einrichtung eine institutionelle Förderung erhält – und dadurch wenig Spielraum hat, selbst unternehmerisch (Reparaturen, Umbauten) tätig zu werden oder Sponsorengelder einzutreiben. Die von den Jugendsozialarbeitern in Kooperation mit regionalen Schulen angebotenen Programme für Kinder und Jugendliche sind zwar unentgeltlich, für Unterkunft und Verpflegung müssen die TN aber einen entsprechenden Obolus entrichten. Die schwerfällige zentralistische Bürokratie sowie fehlende Mittel im Staatshaushalt erschweren die Arbeit vor Ort erheblich. Dieser Eindruck bestätigt sich in einem langen Gespräch, das ich während eines Folkloreabends mit dem für diese Region zuständigen staatlichen Inspekteur für Jugendsozialarbeit führe. Er erläutert, dass die Gestaltungs- und Reformbereitschaft staatlicher Strukturen in diesem Bereich nur gering ist.

Vor unserer Rückkehr in den Norden Tunesiens besuchen wir am Mittwochabend das Chakwak-Museum in Tozeur, das in privatem Besitz ist und auch als Hotel genutzt wird. Das große Anwesen einer angesehenen Familie, das sich seit mehreren Generationen in Familienbesitz befindet spiegelt das Alltagsleben eines größeren arabischen Familienclans wider, wie es sich wohl Ende des 19. Jahrhunderts abspielte. In einem der sehr großen, aber recht niedrigen Räume werden uns anhand naiv gestalteter Wandmalereien aus dem 19. Jahrhundert die Besonderheiten arabischer

Hochzeiten aus dieser Gegend erklärt. Der Hausherr ist Museumsführer und Hotelbesitzer in einer Person und versteht sein Geschäft. Im Anschluss daran wird im Innenhof des Museums Tee gereicht und wir haben Gelegenheit, arabischer Folklore zu lauschen und mit unseren tunesischen Gastgebern/innen zu tanzen.

Da in der gleichen Nacht die Hälfte der Gruppe erkrankt, wird die für den Donnerstagnachmittag vorgesehene Gruppenarbeit während der Rückfahrt nach Tunis nachgeholt. Es werden drei Kernfragen zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Identität Tunesiens behandelt. Während der Diskussion wird sehr stark auf die Rolle der tunesischen Frau – Verschleierung, schulische und berufliche Qualifikation der Frauen sowie die schwache Position der häufig arbeitslosen (jungen) Männer – abgehoben. Die tunesischen TN, ob nun Frauen oder Männer, bezeichnen sich – trotz aller Modernität – als mittel bis stark religiös, traditionsverbunden und familienorientiert. So ist ein Zusammenleben ohne Ehe und ohne Einwilligung der Eltern – für sie unvorstellbar. In Sachen Schleier sind die Meinungen bei den jungen Frauen geteilt; anders bei Qualifikation und Beruf, die für alle Tunesier oberste Priorität haben. Lange wird über die religiöse und politische Bedeutung des Islams in Tunesien und Deutschland diskutiert. Dabei wird auch auf die Integrationsprobleme islamischer Zuwanderer – zumeist aus der Türkei – hingewiesen. Ein weiteres Thema bildet die Radikalisierung und Unterstützung des IS durch zahlreiche junge Tunesier, die nicht nur einen ideologischen, sondern ebenfalls einen materiellen Hintergrund hat. Wir tauschen uns auch kurz über die Islamistszene in Deutschland und Europa aus. Die tunesischen TN betonen immer wieder, dass sich Tunesien noch immer auf einem sehr langen Weg zu Demokratie und Wohlstand befinde, und dass diese Ziele wohl erst in ferner Zukunft erreicht würden.

Die Auswertung des Seminars erfolgt am Freitagnachmittag im Jugendgästehaus in Sousse. Die tunesischen Kollegen/innen haben eine mit Musik unterlegte Power-Point-Präsentation unseres 1. Seminaranteils vorbereitet, in der das Seminargeschehen – auch humorvoll – widerspiegelt wird. Die Präsentation wird allen TN nach Seminarabschluss zugänglich gemacht.

Positiv bewertet wird die Stadtrallye in Sousse, da sie intensive Kommunikation zwischen Deutschen und Tunesiern zur Voraussetzung hat, man von lokalen Experten/innen geführt wird, und auch viele persönliche Erzählungen und Vorort-Geschichten in die Recherche einfließen. Kritisch wird angemerkt, dass die beiden, während der Busfahrt organisierten Diskussionen teilweise problematisch waren (Konzentrationsprobleme, Hitze, Sitzordnung).

Durch die Exkursion in den Süden wurde die Teilung des Landes in entwickelte und unterentwickelte Gebiete offensichtlich. Einige TN betonten allerdings, dass die lange Anreise und Rückfahrt ermüdend waren.

Positiv hervorgehoben wurden die Besuche des Arabischen Instituts für Menschenrechte und des Parlaments, dagegen sei – so einige deutsche TN – der Besuch der Basare in Tunis und Kairuan entschieden zu kurz ausgefallen. Bemängelt wurde auch, dass es am Freitagnachmittag aufgrund des islamischen Feiertags nicht mehr möglich war, die heiligen Stätten dieses Orts zu besichtigen.

Das Programm im Süden Tunesiens wurde bis auf einen misslungenen Vortrag eines Kulturwissenschaftlers (zu kleinteilig und in schlechtem Englisch, sodass verstärkt übersetzt werden musste), der über die Rolle der Wassererhaltung in den Oasen um Tozeur und Naftah referierte, im Großen und Ganzen sehr gelobt. Überschattet wurde das Seminar allerdings von der eingangs erwähnten Erkrankung einer ganzen Reihe deutscher TN.



Vlotho, Düsseldorf, Berlin, 04.-10. Oktober 2015

Der zweite Teil des Austauschs, der vom 4. bis 10. Oktober 2015 im GESW in Vlotho, in Düsseldorf und Berlin stattfand, war von der kritischen Situation in Tunesien (Blutiger Anschlag in Sousse am 26. 06. 2015, dem über 30 westliche Touristen zum Opfer fielen) sowie der schwierigen wirtschaftlichen Situation des Landes (Ausbleiben westlicher Touristen) überschattet. Im Zusammenhang mit dem Anschlag vom März 2015 waren schon mehrere potenzielle deutsche TN abgesprungen, so dass nachgeworben werden musste. Leider nahmen auch einige deutsche TN, die in Sousse mit dabei waren, nicht am zweiten Teil des Seminars teil, so dass wir letztendlich nur auf sieben deutsche TN kamen, von denen zwei auch nur an einigen Seminartagen mitwirkten. Erschwerend kam hinzu, dass die tunesische Seite mit einer Gruppe anreiste, bei der nur drei TN auch am ersten Teil des Seminars teilgenommen hatten. Dies führte dazu, dass es in Deutschland zu einer quasi neuen Gruppenbildung kommen musste. Im Nachhinein lässt sich aber nach intensiver Seminarbeobachtung und -auswertung sagen, dass dieser nicht ganz einfache Integrationsprozess gelungen ist.

Aufgrund der aktuellen Probleme mit einer anhaltenden Zuwanderung von Flüchtlingen in Deutschland, Europa und der ganzen Welt wurde diese Frage zum zentralen Thema unseres Seminars. Und zwar auf der lokalen Ebene (im Rathaus von Vlotho) sowie auf der Landes- und der Bundesebene (Landtag in Düsseldorf, Bundestag in Berlin). Die

Gespräche mit den deutschen Politikern auf all diesen drei Ebenen drehten sich dementsprechend durchgängig um Migration und Integration, wobei auch die Probleme Tunesiens mit den sich im Lande aufhaltenden Libyern thematisiert wurden, die aufgrund ihrer Wirtschaftsstärke – als „wohlhabende Minderheit“ – das Land quasi dominieren. Die meisten tunesischen TN machten deutlich, dass sie für diese Sachlage, die sich aus der offenen Grenze zu Libyen ergibt, nur wenig Verständnis haben. Die libyschen Dauergäste werden als lästig empfunden, da es sich bei ihnen nicht um echte Flüchtlinge handele. Gleichzeitig sind tunesische Geschäftsleute und Hausbesitzer an den wohlhabenden Libyern interessiert, weil sie ihnen Wohnungen zu überhöhten Preisen vermieten können. Dies führt z.B. dazu, dass sich die meisten tunesischen



Studierenden keine Zimmer in Tunis und anderen Universitätsstädten leisten können. Der Unmut der angestammten tunesischen Bevölkerung scheint angesichts der desolaten Wirtschaftslage nachvollziehbar.

Im Umkehrschluss wurde in unseren Diskussionen deutlich, dass die in Sonntagsreden hochgelobte deutsche „Willkommenskultur“ bei sich verändernden Wirtschaftsdaten auch in ihr pures Gegenteil umschlagen kann. Die Anschläge auf Erstaufnahmeeinrichtungen und die

Unzufriedenheit so mancher „Bio-Deutscher“, die die Transformation Deutschlands in ein multiethnisches Einwanderungsland nicht tolerieren wollen und nur unter Protest hinnehmen (Pegida), machen dies sehr deutlich. Dass Deutschland sich nicht abschafft, sondern einem grundlegenden Veränderungsprozess unterliegt (über 20 Prozent der Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund) wird in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung nur mit großer Verspätung oder nur sehr unwillig wahrgenommen. Hinzu kommt, dass es angesichts dieser weitreichenden quantitativen Veränderungen nicht mehr allein um die gesellschaftliche Integration einzelner Gruppen, sondern um gesamtgesellschaftliche Inklusion geht. Diese Entwicklungen – den Übergang von sich verändernden quantitativen Verhältnissen zu einer neuen Qualität – nachzuvollziehen und für die Zukunft zu deuten, fällt nicht nur den tunesischen, sondern auch den deutschen TN nicht eben leicht. Angesichts der erhitzten Diskussion in Deutschland, der Verunsicherung zahlreicher deutscher Politiker/innen auf allen Politikebenen, die vom „deutschen Wahlvolk“ wieder gewählt werden wollen, sowie massiver Abgrenzungs- und Renationalisierungstendenzen in ganz Europa, kann es allerdings keine Garantie dafür geben, dass wir uns in Deutschland und Europa tatsächlich auf einem richtigen, Zukunft sichernden Pfad befinden. Zumal die EU von einer Krise in die nächste schlittert und gerade dabei ist, sich neu zu erfinden. Einzelstaatliche Interessen und

Egoismen sowie nicht gelöste wirtschaftliche und soziale Probleme stellen das gesamte, angeblich auf Werten basierende EU-Projekt grundsätzlicher in Frage als je zuvor. Insofern war interessant zu beobachten, dass sich so manche/r TN von den beteiligten deutschen Politikern klarere Antworten auf die drängenden Fragen und mehr Problemlösungskompetenz erhofft hatte. Und auch für die jungen Tunesier/innen war offenbar nur schwer nachzuvollziehen, dass sich das so reiche und gut organisierte Deutschland in der Flüchtlingsfrage so schwer tut. Auch sie müssen – wie wir alle – akzeptieren, dass es nicht nur die eine Realität gibt, und dass zivilgesellschaftliche inklusive „Willkommenskultur“, widersprüchliches behördliches Handeln und exkludierende, rassistische Pegida-Manifestationen gleichzeitig existieren und zum Teil erhebliche Schnittmengen bilden können. Insofern wurden während unseres Seminars sicherlich weiter bestehende Stereotype über Tunesien und die Araber sowie über Deutschland und die Europäer durchgängig in Frage gestellt und die Diskussionen fächerten sich erfreulich differenziert auf.

Hierzu lieferten die in Workshops erarbeiteten Thesen zu universalen politischen und sozialen Werten, zu nationalen und globalen Konfliktpotenzialen sowie zum Konzept der in Deutschland einst so erfolgreichen Sozialen Marktwirtschaft gute Ansätze, um über die Rahmenbedingungen gelungenerer Transformations- und Integrationsprozesse zu diskutieren. Dabei wurde allerdings auch deutlich, dass das historische Beispiel Deutschlands sowie einiger mittelosteuropäischer Länder, die nach 1989 ihre Diktaturen erfolgreich überwinden und effiziente marktwirtschaftliche Wirtschaftssysteme aufbauen konnten, nicht unbedingt als Muster für die Reformprozesse in Tunesien dienen kann. Sicherlich gibt es aber hier wie dort Ansätze in beiden Zivilgesellschaften, die zu einer Stabilisierung der ökonomischen, sozialen und rechtstaatlichen Situation führen könnten.

Insofern erwies sich die während unserer Diskussion im Bundestag in Berlin eingehende Information über die Verleihung des Friedensnobelpreises an vier zentrale tunesische Organisationen, die durch ihre umsichtige Kooperation den Ausbruch eines Bürgerkriegs verhindert hatten, als glückliche Fügung und wichtige symbolische Geste, die nicht nur unseren tunesischen TN, sondern auch der gesamten tunesischen Gesellschaft Mut machen sollte. Überdies erfuhr dadurch auch unser seit drei Jahren erfolgreich durchgeführtes deutsch-tunesische Jugendaustauschprojekt „Demokratie leben und gestalten“, bei dem die zentrale Rolle von NGOs für den Aufbau von Zivilgesellschaften im Fokus steht, eine entsprechende Würdigung. Wir dürfen uns – trotz aller externer Widrigkeiten, Widerstände und Rückschläge – in unserem Handeln bestärkt fühlen.

Die mündliche und schriftliche Auswertung unseres 2. Seminarteils lieferte die Bestätigung dieser These. Die angebotenen Themen, ihre methodische Umsetzung sowie die aktive interkulturelle Kooperation der Gruppenmitglieder wurden als sehr gut bewertet. Ebenso die Tatsache, dass man sich in der lingua franca Englisch gut verständigen konnte, was nicht ausschloss, dass in den Workshops auch gelegentlich

Deutsch, Französisch und Arabisch gesprochen wurde. Für die Mehrzahl der tunesischen TN, die zum ersten Mal in Europa/Deutschland waren, ergab sich offenbar ein enormer Wissens- und Erfahrungstransfer.



Nicht ganz so positiv bewertet wurden die Exkursionen nach Düsseldorf und Berlin. Hier wurde besonders von tunesischer Seite noch mehr Freizeit eingefordert, obschon der tunesischen Gruppe seitens des GESW die Gelegenheit geboten worden war, zwei Tage länger in Deutschland zu verbringen, was für Privatbesuche und Stadtbesichtigungen in Bielefeld, Hameln und Münster genutzt wurde. Dass Berlin vor allem für einige Tunesier teilweise zu einer Enttäuschung wurde, lag schlicht am Wetter, da die mit viel Aufwand vorbereitete Stadtrallye zwar

durchgeführt wurde, aber im wahrsten Sinne des Wortes fast ins Wasser fiel. Am Berliner Regen war an diesem Tag aber auch bei bester Planung nichts zu ändern!

Hubert Luszczynski¹

„Und wenn es uns als Zeitzeugen nicht mehr gibt...“ Von der Gedenkstätten- zur Erinnerungsdidaktik – ein Plädoyer zur Menschenrechtserziehung

Im Gedenken an die Opfer und in Erinnerung an die Gräueltaten bewegten am 70. Jahrestag der Befreiung der KZ-Häftlinge von Auschwitz – am 27. Januar 2015 – die Zuhörer am stärksten die Ansprachen von Überlebenden. Da standen betagte Menschen mit bebender Stimme am Mikrofon und berichteten über ihre Erlebnisse und die Spuren, die sie in ihrem Leben hinterlassen haben. Auch stellten sie ganz unterschiedliche Fragen an ihre Zuhörer. Besonders eine Frage war es, die ihnen am Herzen lag: „Was wird aus dem Gedenken an die Opfer und aus dem Erinnern an die Gräueltaten, wenn es uns als Zeitzeugen nicht mehr gibt? Wird man die Toten vergessen und die Erinnerung an sie nicht mehr pflegen? Haben sich dann das Gedenken und das Erinnern für immer erledigt?“ – Aktuelle Umfragen zu diesem Thema scheinen die Sorgen der Zeitzeugen zu bestätigen. Denn etwa 77 % der Deutschen wollen, dass man diese Geschichte ruhen lassen solle², und 55 % stimmen der Aussage zu: „70 Jahre nach Kriegsende sollten wir endlich einen Schlussstrich unter die Vergangenheit ziehen“.³

Wir wollen der Frage nachgehen, warum es sich lohnt, das Gedenken zu pflegen und es um ein bewusstes Erinnern zu erweitern, das vergangenes und gegenwärtiges Leben unter der Bedingung von Würde und Freiheit, Gleichheit und Solidarität in unsere Betrachtung einbezieht. Es geht uns um einen Weg von der Gedenkstätten- zur Erinnerungsdidaktik, der uns menschlich mit den Opfern verbindet und unseren Blick schärft für Entwicklungen, die neue Täter hervorbringen können: Es ist ein Plädoyer für eine authentische Erziehung zur Anerkennung der Menschenrechte.

Der totalitäre Staat: Seine Lager sind die zugespitzte politisch-ideologische Realität eines verbrecherischen Allmachtdenkens

Wenn sich noch so fremde ehemalige Gefangene von Konzentrations-, Internierungs- oder Kriegsgefangenenlagern an den Mikrofonen von Gedenkfeiern erinnern, ist unser Einfühlungsvermögen gefragt, um ihr Schicksal aufrichtig nachzuvollziehen und angemessen zu würdigen. Es geht dabei um das unbeschreibliche Leiden der Opfer – der Überlebenden ebenso wie das der Ermordeten oder Verstorbenen. Wenn wir nun den Kreis des Gedenkens um den des Erinnerns erweitern, überschreiten wir den Kreis der verstorbenen und überlebenden Opfer und gelangen zum Kreis der Täter; und vom Kreis der Täter zum Kreis der politisch Verantwortlichen, die im staatlichen Auftrag ihre

¹ Leitender Regierungsschuldirektor a.D., Schulrat für Gymnasien und Gesamtschulen und von 1990 bis 2013 landesweit; „Koordinator für interregionale Zusammenarbeit im Bildungsbereich mit den MOE-Staaten“ bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz in Koblenz; seit 2013: Freier Schulberater

² Vgl. Heinrich Wefing: Mitgefühl für die Opfer des Holocaust lässt sich nicht verordnen. Gedenken braucht Offenheit und Empathie. In: DIE ZEIT, 29.01.2015. <http://www.zeit.de/2015/05/holocaust-gedenken-auschwitz>, 29.01.2015

³ Ebenda

„Pflicht“ erfüllt und den verbrecherischen Befehlen gehorcht haben: Getreue der SS, der Wehrmacht, des Regierungsapparates oder der Partei. Wer die Bezüge zwischen den Opfern und den im staatlichen Auftrag Handelnden in den Blick nimmt, bringt das Geschehen in den Gefangenen- und Vernichtungslagern des so genannten „Dritten Reichs“ auf eine neue, uns verständliche Ebene, denn auch wir kennen staatlich Handelnde und gesellschaftlich Betroffene in unseren rechtsstaatlichen und freiheitlichen Demokratien, deren Verantwortlichkeit wir einschätzen können.

Demokratisch-rechtsstaatliche Ordnung macht Frieden in Freiheit möglich.

Es ist zu konstatieren, dass es diese Beziehungen schon immer in jedem Staat gibt, ganz gleich, ob die Regierungsform eine Demokratie oder Diktatur war. In freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratien dient das Handeln der staatlichen Beamten in Regierung und Justiz der Gewährleistung von Freiheit und Ordnung, von Frieden und innerer Sicherheit auf der Grundlage von Recht und Gesetz. Und doch kann es auch in rechtsstaatlichen Demokratien zur Verletzung von Menschenrechten kommen. Zu erinnern sei beispielsweise an die Gefangennahme von Menschen in Guantanamo ohne ein faires und international anerkanntes Gerichtsverfahren oder die Ausspähung der Internetkorrespondenz von Menschen durch staatliche Stellen – hier wie dort handelt es sich um Straftaten staatlicher Beamter, weil sie gegen das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit oder gegen das Briefgeheimnis als einem zentralen Freiheits- und Menschenrecht verstoßen haben. Für uns Nachgeborene des Holocausts ist das Geschehen in den Lagern vor allem deshalb von aktueller Bedeutung, weil es auch dort letztlich um die Beziehung zwischen dem Staat und seinen Menschen und Bürgern geht – und das heißt immer auch zwischen jedem einzelnen Menschen und den Beamten, die ihn, den Staat, in der gesetzgebenden, rechtssprechenden und ausführenden Gewalt vertreten. Dabei ist bis heute die zentrale Frage: Wie geht der Staat, wie gehen die in seinen Vollzugsorganen arbeitenden Menschen mit Bürgern um, die in seinem Machtbereich leben oder in ihn gelangen?

Politisertes Erinnern

Eine solche Form des Erinnerns bleibt nicht stehen beim Gedenken an das Leid der Opfer. Sie verbindet unsere aktuelle Situation als Menschen und Bürger in einem demokratischen Staat mit der historischen Situation als Mensch und Bürger in einem totalitären Staat, die in einer grausamen Zuspitzung in seinen menschenverachtenden und tödlichen Lagern ihren Höhepunkt fand. Erst wenn wir die relative Beschaulichkeit der gemeinsamen Trauer im Gedenken ausdehnen um die Kritik an den Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft im Erinnern an den gesamten historischen Kontext, kommen wir zu einer vergleichenden Betrachtungsweise. Auf einer solchen abstrakten Ebene der Beachtung der Menschenrechte damals und heute spüren wir als einzelne Bürger ihre Aktualität als moralischen Stachel auch gegenüber meinem Staat in meiner eigenen Gegenwart – als tägliche Aufforderung zur Wachsamkeit, zur kritischen Begleitung staatlichen Handelns in allen Bereichen und zum persönlichen oder gemeinschaftlichen politischen Engagement.

Diese vergleichende Fragestellung, die dem didaktischen Prinzip der „verkürzten Chronologie“ folgt, lässt sich von jungen und erwachsenen Menschen auf alle Bereiche des Lebens beziehen, in denen wir selbst oder auch Freunde oder Bekannte auf staatliche Leistungen angewiesen sind und deshalb in Beziehung treten zu staatlichen Beamten und damit auch zur Art und Weise ihrer Machtausübung. Wegen der Bedeutung des Themas für die politische Bildung von jungen Menschen, wenden wir uns hier dem Bereich der Schule zu.

Bürger und Staat am Beispiel der Schule

Hierbei lässt sich Folgendes feststellen: Mit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht als einem universellen und individuellen Menschenrecht auf Bildung verpflichtet der Staat alle jungen Menschen zum Besuch der Schule. Naturrechtlich gesprochen ist die allgemeine Schulpflicht ein staatlicher Akt der Einschränkung von persönlicher Freiheit junger Menschen und wird kompensiert durch das Versprechen des Staates, dass mit dem Besuch der Schule z. B. die individuellen Lebens- und Zukunftschancen verbessert werden. Unsere Schulsysteme wurden damit in der Begegnung zwischen Schülern und Lehrern als staatlichen Beamten schon sehr früh zu einem existenziellen Lebensbereich und zugleich zu einem Ort der ersten Erfahrung junger Menschen mit dem Staat und seinen Dienern. Dabei können sie Erfahrungen machen, die sie für ihr Leben prägen.

Und je länger junge Menschen zur Schule gehen, desto bewusster beobachten sie ihre Lehrer, beschreiben ihr Handeln als gerecht oder ungerecht, als ermutigend oder verängstigend, als bestärkend oder schwächend, als heilsam oder kränkend – kurz: als ein Handeln des Staates, das den Menschen- und Bürgerrechten gerecht wird oder als ein Handeln, das eben diese Rechte – mit oder ohne Sanktionen – verletzt. Das bedeutet: In der Begegnung mit guten und verständnisvollen, die Menschenrechte achtenden Lehrern wird dem jungen Menschen der Besuch der Schule viel Freude machen. Jeder junge Mensch wird sich in jedem Land der Europäischen Union trotz der dortigen staatlichen Verpflichtung zur Einhaltung der Menschen- und Bürgerrechte aber hin und wieder an Situationen in seiner Schulzeit erinnern, in denen er selbst Verletzungen als Menschenrechtsverletzungen erlebt hat, die ihm durch seine Lehrer zugefügt wurden. In funktionierenden Staaten mit einer für alle gleichermaßen verbindlichen rechtsstaatlichen Ordnung bleibt dies nicht ohne Folgen. Denn hier haben auch junge Menschen das Recht, gegen solche Verstöße oder Straftaten staatlicher Beamten (z.B. sexuelle Übergriffe, Herabsetzungen vor der Klasse, Prügelstrafen, Mobbing oder anderer Formen psychischer Gewalt) vorzugehen und Anzeige zu erstatten.

Aufgabe einer rechtsstaatlichen Ordnung

Eine funktionierende rechtsstaatliche Ordnung schützt die Freiheit und die Würde eines jeden Menschen und bestraft jene Repräsentanten des Staates, die eben diese antasten oder sogar missachten. Da nun die Menschen- und Bürgerrechte unmittelbar geltendes Recht sind, formulieren sie als Grundlage des staatlichen Zusammenlebens die Chancen und die Grenzen eines individuellen Lebens in Würde und Freiheit. Dazu gehören die

Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit, die Lehrfreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Vereinigungsfreiheit, das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, das Eigentum oder das Asylrecht. Sie lassen die rechtmäßige Verfolgung und Bestrafung eines jeden zu, der gegen diese Menschen- und Bürgerrechten verstößt. Dahinter steht ein Menschenbild, das das oberste deutsche Gericht, das Bundesverfassungsgericht, einmal so formulierte:

„Dem (deutschen) Grundgesetz liegen Prinzipien der Staatsgestaltung zugrunde, die sich nur aus der geschichtlichen Erfahrung und der geistig-sittlichen Auseinandersetzung mit dem vorausgegangenen System des Nationalsozialismus erklären lassen. Gegenüber der Allmacht des totalitären Staates, der schrankenlose Herrschaft über alle Bereiche des sozialen Lebens für sich beanspruchte und dem bei der Verfolgung seiner Staatsziele die Rücksicht auch auf das Leben des einzelnen nichts bedeutete, hat das Grundgesetz eine wertgebundene Ordnung aufgerichtet, die den einzelnen Menschen und seine Würde in den Mittelpunkt aller seiner Regelungen stellt. Dem liegt die Vorstellung zugrunde, dass der Mensch in der Schöpfungsordnung einen eigenen selbständigen Wert besitzt.“⁴

Vom urteilenden Erinnern zum demokratischen Bewusstsein

Wenn wir mit diesen Kerngedanken des Bundesverfassungsgerichts über das Menschenbild des Grundgesetzes den Blick auf Ereignisse in der Vergangenheit richten, entdecken wir auch ihre aktuelle Bedeutung für die Beurteilung des historischen Geschehens in Gedenk- und Erinnerungsstätten unserer Tage; auch die DDR-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen gehört dazu. Eine solche normative oder kategorial-menschenrechtliche Betrachtungsweise überwindet eine rein affirmative oder hermeneutische und begegnet damit unreflektierten Versuchen der Nachahmung des historischen Geschehens. Denn sie könnten – ganz im Geiste der Janusköpfigkeit einer jeden reinen Aufklärung – sogar als Anregungen für die Entwicklung eines eigenen totalitären Denkens, Redens und Handelns all jenen bieten, die in ihr nicht die totalitäre Gefahr, sondern einen alternativen politisch-ideologischen – und meistens auch populistischen – Ansatz für die schnelle Lösung aktueller politischer Probleme sehen. Und das bedeutet ein Denken, das, wie oben zitiert, die „schrankenlose Herrschaft über alle Bereiche des sozialen Lebens für sich beansprucht und dem bei der Verfolgung seiner Staatsziele die Rücksicht auf das einzelne Leben nichts bedeutet“. Dazu gehören auch heute Formen nationalistischen oder rassistischen Denkens, die die eigene Nation oder Zugehörigkeit zu einer Rasse oder Klasse über andere Nationen, Rassen oder Klassen stellen – auch mit dem Ziel der Herrschaft über sie oder sogar ihrer Vertreibung oder Vernichtung. Es ist dies eine Form von Geschichtsbetrachtung, die eine rein historisierende Betrachtungsweise überwindet, indem sie unter Heranziehung der Menschenrechte das historische mit dem aktuellen Urteil verbindet und ein Geschichtsbewusstsein fördert, das eine kritisch-rationale Form des

⁴ BVerfG, Urt. 25.2.75 in Verb. m. BVerfG 2, 1 (12) u. BVerfGE 39, 67 zit. in http://schroeder.rewi.hu-berlin.de/downloads/RG_Deter/Das%20Menschenbild%20des%20Grundgesetzes.pdf

Gegenwartsbewusstseins in historischer Perspektive zum Ziel hat. Angewendet auf Gedenk- und Erinnerungsstätten, wird ein solcher Ansatz zu einem wirksamen Element allgemeiner Menschenrechtserziehung. So ist sie in der Lage, die eingangs zitierten Sorgen der ehemaligen Häftlinge ernst zu nehmen, und fördert ein urteilendes Erinnern, das die Gegenwart einschließt und dem Vergessen entgegenwirkt.

Realisierung der Überlegungen mit Besuchern der Gedenkstätten
Zusammenfassend stehen folgende Überlegungen im Mittelpunkt:

- 1.1. Gedenkstätten beschreiben in historischer Dimension den institutionellen Umgang eines Staates mit seinen eigenen und mit fremden Bürgerinnen und Bürgern unter den Bedingungen des Entzugs oder der Verweigerung bürgerlicher Freiheiten und Rechte.
- 1.2. Die Situationen in Gefangenen-, Internierungs- und Konzentrationslagern werden unter dem Aspekt der politischen und rechtlich normierten zwischenstaatlichen Beziehungen und deren ideologischen oder rechtlichen Begründungen untersucht.
 - a. Die Verhaltensweisen zwischen Wächtern und Gefangenen sind zu beschreiben und auf ihre immanente Legalität und Legitimität hin – zunächst hermeneutisch – zu erschließen. Dazu zählen auch als erste ethisch-moralische oder rechtlich verwertbare Kategorien der zu dieser Zeit der Existenz des Lagers herrschende Geltungsstand der Genfer Konvention und deren Beachtung im jeweils nationalen Recht.
 - b. Wie und in welchem Umfang wurden die Wächter der Lager nach Auflösung zur Rechenschaft gezogen? Welche Gerichtsbarkeit (zivil, militärisch oder international) übernahm die Bestrafung? Nach welchen Grundsätzen wurde geurteilt? Wie wurden sie zu menschenverachtenden Wächtern?
 - c. Im Kern geht es um die Beachtung der Menschenrechte als unmittelbar geltende Rechte in den Staaten durch ihre Amtsträger.
- 1.3. Aufgrund der universalen Gültigkeit der Menschenrechte sind jene Menschenrechte in den Blick zu nehmen, die konstitutiv sind für das Verhalten von Mitgliedern staatlicher Institutionen gegenüber den Bürgern. Dabei stehen im Zentrum das Ausmaß der Achtung oder Missachtung der Menschenwürde und der sich daraus ableitenden Menschenrechte sowie deren Bedeutung für die nationale und internationale Rechtsprechung.
- 1.4. Der didaktisch-methodische Zugriff nimmt seinen Anfang in der Frage, ob und inwieweit sich Menschen erinnern an Situationen im eigenen Alltag oder an

Situationen, die andere Menschen unmittelbar oder mittelbar erlebt haben, von denen sie annehmen, dass sie entweder selbst oder andere in ihren Menschenrechten eingeschränkt wurden.

- a. Welche Rechtfertigung für diese Menschenrechtsverletzungen wurden/ werden genannt? Wie wurden ihre Legalität und Legitimität begründet? Welches Menschenbild kam darin zum Ausdruck?
- b. Welche Möglichkeiten wurden genutzt oder sind gegeben, Menschenrechtsverletzungen gerichtlich zu ahnden?

2. Umgang mit den Opfern und Tätern nach Verletzung der Menschenrechte (Schutz und Verständnis für die Opfer/ Ausgrenzung/ Soziale Distanz; Täter: ordentliche oder außerordentliche Gerichtsverfahren, Strafmaß/ Resozialisierungsmaßnahmen)

3. Übertragung des aktuellen Verständnisses der Rolle der Menschenrechte als innerstaatliche, internationale und universale Rechte auf die Situation in den historischen Lagern bei hoher Empathie für die Opfer.

3.1 Ideologiekritische Analyse von historischen und aktuellen politischen Positionen unter kategorialer Heranziehung der Menschenrechte.

3.2 Politisches Handeln auf ihre Legitimation im Hinblick auf die Beachtung der Menschenrechte überprüfen und beurteilen.

3.3 Bereit und dazu in der Lage sein, mit Menschenrechtsverletzungen im Alltag (Schule, Hochschule, Behörde) durch Amtsträger des Staates umzugehen und sie angemessen – im Rahmen geltenden Rechts – abzuwehren.

3.4 Zum politischen Handeln im Sinne der Menschenrechte sensibilisieren sowie nachhaltig und solidarisch dafür eintreten.

Appell zur Erinnerung

Am 27. Januar 2015, dem Tag der Befreiung von Auschwitz, beendete ganz im Sinne unserer Ausführungen Bundespräsident Joachim Gauck im Deutschen Bundestag seine Gedenkrede so: *„Solange ich lebe, werde ich darunter leiden, dass die deutsche Nation mit ihrer so achtenswerten Kultur zu den ungeheuerlichsten Menschheitsverbrechen fähig war. Selbst eine noch so überzeugende Deutung des schrecklichen Kulturbruchs wäre nicht imstande, mein Herz und meinen Verstand zur Ruhe zu bringen. Denn da ist ein Bruch eingewebt in die Textur unserer nationalen Identität, der im Bewusstsein quälend lebendig bleibt. Wer "in der Wahrheit leben" will, wird dies niemals leugnen. Und doch können wir nach den dunklen Nächten der Diktatur, nach aller Schuld und später Scham und Reue ein taghelles Credo formulieren.*

Wir taten es, als wir dem Recht seine Gültigkeit und seine Würde zurückgaben. Wir taten es, als wir Empathie mit den Opfern entwickelten. Und wir tun es heute, wenn wir uns jeder Art von Ausgrenzung und Gewalt entgegenstellen und jenen, die vor Verfolgung, Krieg und Terror zu uns flüchten, eine sichere Heimstatt bieten.

Die moralische Pflicht, die auf uns liegt, erfüllt sich nicht nur im Erinnern. In uns existiert auch eine tiefe und unauslöschliche Gewissheit: Aus diesem Erinnern ergibt sich ein Auftrag.

Er sagt uns: Schützt und bewahrt die Mitmenschlichkeit. Schützt und bewahrt die Rechte eines jeden Menschen.“⁵

Wir brauchen daher weiterhin Gedenk- und Erinnerungsstätten als Gedenk – und Erinnerungsorte. Sie werden bedeutsamer und wertvoller, wenn sie die Begegnung der jungen Menschen mit der Vergangenheit und ihrer Gegenwart ermöglichen. Dann werden sie im besten Sinne zu Stein gewordene historische Monumente (Mahnmale), die junge Menschen dazu anleiten, aus Überzeugung für die Einhaltung der Menschenrechte in einer rechtsstaatlichen demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung einzutreten. Und darauf sollte es uns in Europa mit Blick auf unsere gemeinsame Zukunft in Würde und Freiheit ankommen.

⁵ <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2015/01/150127-Bundestag-Gedenken.html>

Theo Mechtenberg

Überlegungen zum ukrainischen Nationalismus

Nationalismus ist nicht gleich Nationalismus. Er ergibt sich jeweils aus der Geschichte eines Volkes und ihrer Deutung. Emanzipatorisch ist der Nationalismus einer Nation, die von anderen Völkern unterdrückt, beherrscht, gedemütigt und ausgebeutet wird und die um ihre Freiheit und Unabhängigkeit ringt. Allerdings steht auch er, wie die Geschichte lehrt, in der Gefahr, selbst repressiv zu werden, indem er sich der gleichen Mittel bedient, gegen deren Anwendung er sich zur Wehr setzt. Expansiv ist ein Nationalismus, in dessen Geist ein Volk im Bewusstsein eigener Macht und Größe darauf aus ist, andere Völker in seine Gewalt zu bringen. Schließlich gibt es den ethnisch bedingten Nationalismus, der die Zugehörigkeit zur Nation von den Blutsbanden abhängig macht und ethnische Minderheiten ihrer Rechte beraubt. In seiner radikalen, rassistischen Form zielt er, wie im Nationalsozialismus geschehen, auf die Vernichtung all derer, die als „fremdrassisch“ definiert werden. Als besonders bedrohlich erweist sich ein Nationalismus, wenn ihm ideologische Deutungsmuster zugrunde gelegt werden, seien sie rassistischer, imperialistischer, kommunistischer oder fundamentalreligiöser Natur. Dabei tritt der hier grob katalogisierte Nationalismus selten in reiner Form auf, sondern verbindet verschiedene seiner Elemente zu einer Mischform. Doch der Nationalismus eines Volkes ist nicht für alle Zeiten festgeschrieben. Geschichtliche Umbrüche bewirken eine Abkehr vom bisherigen nationalen Verständnis und verlangen eine Neudefinition. Dies zumal, wenn – wie im Falle der zwölf Jahre währenden NS-Herrschaft – der Nationalismus in die Katastrophe führte. Durch diese Erfahrung bedingt ist im deutschen Sprachgebrauch der Terminus „Nationalismus“ besonders belastet. Daher tut man sich in der öffentlichen Diskussion schwer mit einem differenzierten Verständnis in der Beurteilung des nationalen Verständnisses anderer Völker. So etwa bezüglich der Ukraine, indem man hierzulande der russischen Propaganda nur allzu leicht Glauben schenkt, die die aus der Majdan-Bewegung hervorgegangene politische Elite mit ukrainischen Nationalisten gleichsetzt, die im Zweiten Weltkrieg mit den deutschen Truppen kollaborierten und sich des Völkermords an der polnischen und jüdischen Zivilbevölkerung schuldig gemacht haben. Aber gibt es wirklich diese Kontinuität, und wenn ja, von welcher Relevanz ist sie für die gegenwärtigen Geschehnisse? Grund genug, sich mit dem ukrainischen Nationalismus näher zu befassen.

Die Entstehung des ukrainischen Nationalismus

Die Anfänge des ukrainischen Nationalismus reichen, ähnlich wie die der Polen und Tschechen, bis ins 19. Jahrhundert zurück. Als Manifest des ukrainischen Nationalismus geriet 1903 ein Flugblatt in Umlauf, das in der Form von „10 Geboten“ die nationalistischen Ziele kurz umfasst. Unter der Devise „Ukraine den Ukrainern“ wird zur „Vertreibung aller Fremden und Unterdrücker“ aufgerufen. Verbreitet wurde dieses Manifest vor allem in dem unter österreichischer Herrschaft stehenden, nicht nur von Ukrainern, sondern auch von Polen und Juden besiedelten Galizien. Diese gelten denn auch als „Feinde“, die man „hassen“ und „boykottieren“ soll.

Die Chance, den Traum von einer unabhängigen, eigenständigen Ukraine Wirklichkeit werden zu lassen, bot sich im Ersten Weltkrieg. Damals riefen ukrainische Nationalisten dazu auf, an der Seite Österreichs gegen Russland in den Krieg zu ziehen. Sie verbanden damit die Hoffnung, durch diesen Loyalitätsbeweis Galizien für sich zu gewinnen. Doch die Polen verfolgten das gleiche Ziel, und nicht die Ukrainer, sondern sie erreichten in Wien die Zusicherung von Autonomierechten, womit in Galizien der ukrainisch-polnische Konflikt grundgelegt wurde.

Als mit dem Ende des Ersten Weltkriegs der Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn zerfiel, das deutsche Kaiserreich kapitulierte und Russland durch Revolution und Bürgerkrieg geschwächt war, nutzte Polen, das unter diesen Mächten über hundert Jahre aufgeteilt war, die Situation und erreichte seine Eigenstaatlichkeit. Parallel dazu unternahmen auch die Ukrainer 1918/1919 einen Versuch nationaler Befreiung. Bezeichnend für die gegenwärtige Situation ist, dass er damals in zwei Schritten erfolgte, indem getrennt voneinander sowohl in der unter polnischem Einfluss stehenden West- wie in der seit Jahrhunderten russisch beherrschten Ostukraine eigene „Volksrepubliken“ gebildet wurden, die sich am 22. Januar 1919 zu einem gemeinsamen Staatswesen verbanden. Doch diese Staatsgründung war nur von kurzer Dauer. Das neuerstandene Polen besetzte kurzerhand die Westukraine, und die Sowjetmacht nahm die Ostukraine in Besitz. Für die ukrainischen Nationalisten bedeutete dies einen jahrzehntelangen Untergrundkampf an zwei Fronten. Dazu formierte sich ab 1924 die „Organisation Ukrainischer Nationalisten“ (OUN) mit der „Ukrainischen Aufständischen Armee“ (UPA) als deren militärischen Arm. Ihr politischer wie militärischer Anführer war Stepan Bandera (1909 – 1956). Sein Schicksal spiegelt die ganze Dramatik des ukrainischen Freiheitskampfes: 1935 wurde er wegen Beteiligung an einem Attentat an einem polnischen Politiker zum Tode verurteilt, später zu lebenslanger Haft begnadigt. Nach dem deutschen Überfall auf Polen kam er wieder frei. Als glühender Nationalist hatte Bandera keine Skrupel, sich nun die Erfüllung seiner nationalen Träume von Hitlers mörderischem Krieg zu erhoffen. So erklärte er bereits am 30. Juni 1941, acht Tage nach Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion und aufgrund des zügigen Vormarsches der deutschen Truppen, in Lemberg die Ukraine für unabhängig. Fünf Tage später war dieser Traum bereits ausgeträumt. Bandera und seine Getreuen fanden sich im KZ Sachsenhausen wieder. Im Herbst 1944 wurde er entlassen, lehnte aber die ihm angebotene Zusammenarbeit mit dem NS-System ab. Er nahm nunmehr in der Westukraine mit der UPA den Kampf sowohl gegen die deutsche Wehrmacht als auch gegen die Rote Armee auf. 1946 flüchtete er über Österreich nach München und wurde dort 1956 von einem KGB-Agenten ermordet.

Wesen und Zielsetzung des ukrainischen Nationalismus

Träger des ukrainischen Nationalismus war eine relativ schmale Schicht von Schriftstellern, Journalisten und politischen Akteuren. Der bekannteste unter ihnen war Dmytro Doncow (1883 – 1973). Er trat für eine Westbindung der Ukraine ein und sah ursprünglich ihre Mission, ähnlich wie Polen, darin, einen Schutzwall gegen den russisch-sowjetischen Imperialismus zu bilden. Entsprechend sprach er sich für eine

polnisch-ukrainische Interessengemeinschaft aus und zeigte sich bereit, dafür sogar auf das von den ukrainischen Nationalisten beanspruchte, zu Polen gehörende Galizien zu verzichten. Allerdings verwarf der Kongress der Organisation ukrainischer Nationalisten diese Version, an der aber die in Polen legal agierende ukrainische national-demokratische Partei (UNDO) festhielt. Sie geriet dadurch in Gegensatz zur OUN, die in den 1920er und 1930er Jahren zahlreiche Terrorakte gegen ihre führenden Vertreter verübte.

Auch Doncow löste sich von seiner ursprünglichen Konzeption. In den 1930er Jahren orientierte er sich zunehmend am Aufkommen des deutschen Nationalsozialismus. In der „nationalen Revolution“, im Führerprinzip sowie in der Ein-Parteien-Herrschaft der NSDAP sah er das Vorbild für den nationalen Befreiungskampf seiner Heimat. Er erhoffte sich eine Unabhängigkeit der Ukraine mit deutscher Hilfe und bahnte damit den Weg für die spätere Kollaboration mit dem NS-System.

Eine letzte Transformation seiner Konzeption vollzog Doncow, als sich diese Hoffnung als Illusion herausstellte und sich die ukrainischen Nationalisten in der Endphase des Zweiten Weltkriegs zu einem Partisanenkampf auch gegen die deutschen Truppen entschlossen. Nun verlieh Doncow seiner Konzeption in der Hoffnung auf die westlichen Siegermächte demokratische Züge. Damit ist für die Konzeption des ukrainischen Nationalismus ein gewisser Pragmatismus kennzeichnend. Bei einer durchgängig antirussischen bzw. antisowjetischen Grundausrichtung erweist sich der ukrainische Nationalismus je nach Situationsanalyse und politischer Konstellation als wandelbar.

Den Grund dafür, dass zwar Polen und Tschechen die sich mit dem Ende des Ersten Weltkriegs bietende Chance zur Eigenstaatlichkeit nutzen konnten, nicht aber sie selbst, sahen die ukrainischen Nationalisten in einem Mangel an entschiedenem Handeln. Diese Entschiedenheit hatten die Polen mit ihren Aufständen sowie mit ihrem internationalen Insistieren auf die ungelöste „polnische Frage“ bewiesen. Aus dieser Einsicht zogen die ukrainischen Nationalisten die Konsequenz eines im Vergleich zu den Tschechen und Polen weit radikaleren Freiheitskampfes, der sich an keine Ethik gebunden fühlte. So heißt es etwa in der 1929 von Mychajło Kolodzenskyj veröffentlichten Broschüre:

„Am Beispiel der polnischen Aufständischen sehen wir, dass Menschen, die die Freiheit für ihre Nation erringen wollten, zum Erreichen dieses Ziels in der Nutzung der Mittel nicht wählerisch waren. Warum sollten nicht auch wir die durch die Geschichte vorgezeichneten Wege beschreiten? Braucht es Blut, dann ein Meer an Blut, braucht es Terror, dann einen höllischen, braucht es die Vernichtung materieller Güter, dann lassen wir nichts übrig. [...] Wir schämen uns nicht der Morde, der Plünderungen, der Brandstiftungen. Im Kampf gibt es keine Ethik. Ethik im Krieg, das sind Überbleibsel einer von den Siegern den Besiegten aufgezwungenen Knechtschaft.“¹

¹ Władysław Serczyk: Historia Ukrainy. Wrocław 2001, S. 321

Ukrainische Nationalisten im Zweiten Weltkrieg – Bluttaten und Kollaboration

Es blieb nicht bei derlei radikalen Äußerungen, sie wurden auch in die Tat umgesetzt. Bereits in den 1930er Jahren verübten ukrainische Nationalisten in der zu Polen gehörenden Westukraine zahlreiche Sabotageakte sowie missglückte und geglückte Attentate auf hochrangige polnische Politiker und Vertreter der national-demokratischen Partei.

Mit dem Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 war zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion die Aufteilung Polens beschlossen worden. Umgesetzt wurde diese allen internationalen Regeln Hohn sprechende Vereinbarung mit dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 und dem Einmarsch der Roten Armee am 17. September in Ostpolen. Damit geriet die zu Polen gehörende Westukraine unter sowjetische Herrschaft. Ihr fielen Polen wie ukrainische Nationalisten zum Opfer. Sie wurden zu Tausenden ermordet oder deportiert. Diese Erfahrung verstärkte noch die ohnehin antirussische bzw. antisowjetische Ausrichtung des ukrainischen Nationalismus.

Mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 änderte sich erneut die Situation für die ukrainischen Nationalisten. Nun sahen sie für sich mit dem raschen Vormarsch der deutschen Truppen die Stunde gekommen, mit deutscher Hilfe endlich einen eigenen Staat bilden zu können. Doch ihre Ausrufung eines ukrainischen Staates scheiterte ebenso wie die Bildung und Vereinigung der beiden ukrainischen „Volksrepubliken“ unmittelbar mit dem Ende des Ersten Weltkriegs.

Trotz dieses misslungenen Versuchs verfolgten die ukrainischen Nationalisten weiterhin ihr Ziel einer freien und ethnisch reinen Ukraine. Unter den Augen der Deutschen kam es in der Westukraine zu regelrechten Massakern. Ihren ethnischen Säuberungsaktionen fielen in den Jahren 1942/1943 weit über 100.000 in Wolhynien lebende Polen zum Opfer, zumeist Alte, Frauen und Kinder.

Auch die Kollaboration mit den deutschen Besatzern diente diesem Ziel. So besetzten Ukrainer unter deutscher Kontrolle zahlreiche Verwaltungsämter. Den in der Roten Armee kämpfenden und in deutsche Kriegsgefangenschaft geratenen Ukrainern bot sich die Gelegenheit, sich als „Hilfswillige“ zur Verfügung zu stellen. Dieses Angebot wurde von vielen bereitwillig angenommen. Sie wurden in militärische Verbände integriert, nahmen an Judenerschießungen teil und kamen als KZ-Wächter zum Einsatz.

Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die zumeist aus den Reihen von OUN und UPA gebildeten Kampfverbände. Bereits Monate vor dem Überfall auf die Sowjetunion entstanden auf Initiative der deutschen Abwehr aus ukrainischen Kriegsgefangenen der polnischen Armee die Bataillone „Roland“ und „Nachtigall“. Während die deutsche Führung beabsichtigte, die Ukrainer für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, wollten diese auf diese Weise ihren Beitrag für eine unabhängige Ukraine leisten. An diesem inneren Widerspruch scheiterte das Unternehmen bereits in

der Anfangsphase des Krieges gegen die Sowjetunion. Beide Bataillone wurden als unzuverlässig wieder aufgelöst, die Ukrainer zum Teil interniert und der Rest für ein Jahr als „Schutzmannschaftsbataillon 201“ verpflichtet. Eingesetzt wurde die Einheit zur Partisanenbekämpfung, doch nicht in der Ukraine, sondern in Weißrussland. Nach Ablauf der Verpflichtungszeit waren die Ukrainer aufgrund des genannten Interessenwiderspruchs nicht mehr bereit, ihre Verpflichtung zu erneuern.

Anders dagegen die 14. Waffen-Grenadier-Division der SS, auch unter dem Namen „SS-Freiwilligen-Division Galizien“ bekannt. Sie entstand 1943 und umfasste sieben Regimenter mit einer maximalen Kampfstärke von 20.000 Mann. Eingesetzt wurde sie vor allem im Partisanenkampf, aber auch zur Liquidierung von Juden. An der Ostfront erlitt sie gegen Ende des Krieges hohe Verluste. Ein Rest rettete sich auf österreichischen Boden und geriet in britische Gefangenschaft.

Der Kampf der ukrainischen Nationalisten wurde auch nach Kriegsende fortgesetzt. Da ihnen bei Niederlegung ihrer Waffen der sichere Tod drohte, führten sie bis in die 1950er Jahre einen Partisanenkampf gegen die sowjetischen Besatzer. Ihr Leben und Sterben erscheint aus der Sicht der Sieger als faschistische Kollaboration, aus der Sicht der am Ende Besiegten als ein heldenhafter Freiheitskampf.

Die Kiewer Regierung – eine „faschistische Junta“?

Ein Kernelement russischer Propaganda im Ukraine Konflikt bildet vor diesem historischen Hintergrund das Argument, die Regierung unter Präsident Petro Poroschenko stehe in direkter Kontinuität mit den ukrainischen Nationalisten à la Bandera; bei ihr handele es sich um eine aus einem „faschistischen Putsch“ hervorgegangene „faschistische Junta“. Als Beweis werden die schwarz-roten Fahnen der Bandera-Nationalisten angeführt, die in der Tat neben dem blau-gelben Meer offizieller Nationalfarben gleichfalls auf dem Majdan zu sehen waren.

Es ist auch nicht zu leugnen, dass die durch Terrorakte und Gräueltaten belasteten ukrainischen Nationalisten der Zwischenkriegszeit und des Zweiten Weltkriegs die nationale Erinnerungskultur der Ukraine bestimmen. Straßen, Plätze und staatliche Institutionen tragen ihre Namen. Mehr noch: der aus der ersten Majdan-Bewegung hervorgegangene Präsident Wiktor Juschtschenko verlieh Stepan Bandera den Titel „Held der Ukraine“ – ein Akt, den sein russlandhöriger und durch die zweite Majdan-Bewegung gestürzter Nachfolger Wiktor Janukowitsch wieder rückgängig machte. Nun hat Präsident Petro Poroschenko den zeitgleich mit Russland am 23. Februar gefeierten „Tag des Vaterlandsverteidigers“ aufgehoben. Dieser geht historisch auf die Gründung der Roten Armee zurück und wurde in der Sowjetunion mit Paraden als Tag der Land- und Seestreitkräfte begangen. Als neuen „Tag des Vaterlandsverteidigers“ legte Präsident Poroschenko den 14. Oktober fest, der als Gründungsdatum der ukrainischen Aufstandsarmee gilt.

Mit dem Zerfall der Sowjetunion erlangte die Ukraine am 24. August 1991 ihre Unabhängigkeit. Doch damit steht sie mit dem belasteten Erbe ihres Nationalismus vor einer äußerst schwierigen Aufgabe nationaler Selbstfindung. Sie kann auf dieses Erbe nicht verzichten, aber seine dunkle Seite, wie gegenwärtig zu beobachten, auch nicht einfach abspalten und negieren, sondern sie muss sich mit ihr auseinandersetzen. Dazu gibt es bestenfalls Ansätze. So haben sich polnische und ukrainische Historiker um eine Aufarbeitung der belasteten polnisch-ukrainischen Geschichte bemüht und ihre Ergebnisse in mehreren Bänden vorgelegt. Doch zu einer gemeinsamen, übereinstimmenden Sicht der Dinge hat diese Arbeit nicht geführt, die denn auch vom polnischen Publizisten Bohdan Skaradziński recht kritisch bewertet wird: „Unsere Nachgeborenen werden daraus keine Lehre ziehen, wenn sich Polen und Ukrainer, wie gehabt, an die Brust schlagen – die Polen an die ukrainische, die Ukrainer an die polnische.“²

Allerdings steht dieses belastete Erbe des ukrainischen Nationalismus heute für eine abgeschlossene, über 70 Jahre zurückliegende Phase ukrainischer Geschichte. Mit der zweiten Majdan-Bewegung hat die Ära eines neuen ukrainischen Nationalismus begonnen. Dieser ist durch die Wahrung der Unabhängigkeit und Einheit der Nation bestimmt und erfordert in der gegenwärtigen kriegerischen Auseinandersetzung mit den „Separatisten“ in der Ostukraine und der russischen Intervention einen hohen persönlichen Einsatz der Bürger. Zudem zeigt dieses neue nationale Selbstverständnis nicht die Züge einer ethnisch reinen, sondern die einer ethnisch pluralen Ukraine. Denn auf dem Platz der Unabhängigkeit kämpften und starben nicht nur ethnische Ukrainer, sondern ebenso ukrainische Russen, Polen, Juden Tataren und Griechen. Sie legten den Grundstein für eine patriotische, staatsbürgerliche Nation, die europäischen Werten entspricht.

Bedürfte es noch eines Beweises, dass die Kiewer Regierung keine „faschistische Junta“ ist, dann wurde er durch die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen geliefert. Die beiden Präsidentschaftskandidaten aus dem nationalistischen Lager von Swoboda (Freiheit) und dem Rechten Sektor verbuchten lediglich 300 000 Stimmen auf sich. Und bei den Parlamentswahlen wurden beide Gruppierungen erneut marginalisiert: Swoboda kam auf 4, 71%, der noch am ehesten mit Banderas UPA in Zusammenhang zu bringende Rechte Sektor auf 1,80% der Wählerstimmen. Mit ihrer absoluten Mehrheit errangen dagegen die proeuropäischen Parteien einen überwältigenden Wahlerfolg. Es fragt sich nur, ob die Europäische Union dies in genügender Weise zu honorieren weiß. Doch selbst wenn angesichts dieser Fakten die russische Propaganda auf die Diffamierung der ukrainischen Regierung als „faschistische Junta“ verzichten sollte, so würde sie dennoch am Vorwurf des ukrainischen Nationalismus festhalten. Dazu reicht völlig aus, dass sich die Ukraine als ein von Russland losgelöster, unabhängiger und westlich orientierter Staat versteht, mit einer eigenständigen Kultur und Sprache.

² B. Skaradziński: Uwaga na Wschód. Stare dzieje i złe demony (Achtung Osten. Alte Geschichten und böse Geister), in *Więź* 4/2001, S. 124

Aufbruch zu einer neuen nationalen Identität

Der Weg zu einem neuen, die gesamte Ukraine umfassenden, westeuropäisch orientierten nationalen Selbstverständnis dürfte weit und schwierig sein sowie vorerst auf die Westukraine beschränkt bleiben. In der Ostukraine ist im Gegensatz dazu ein nationales Narrativ vorherrschend, das sich an Russland orientiert und sich auf den Sieg über Hitlerdeutschland beruft, an dem Millionen innerhalb der Roten Armee kämpfender Ukrainer ihren Anteil haben. Dieses Narrativ dient Russland und den „Separatisten“ nicht nur zur Legitimierung ihres Krieges, es steht auch in einem eklatanten Gegensatz zum nationalen Selbstverständnis der Westukrainer, macht, solange dieser Gegensatz besteht, einen einheitlichen ukrainischen Nationalismus unmöglich und zementiert die Spaltung des Landes.

Manches spricht dafür, dass in der gegenwärtigen Situation, durch die Kriegshandlungen in der Ostukraine bedingt, dennoch ein neues nationales Bewusstsein geboren wird – mit neuen Namen, neuen Orten, neuen Symbolen und neuen Liedern. Die Kämpfe auf den Barrikaden des Majdan mit über 100 Toten legten bereits den Grundstein für ein neues nationales Narrativ, das durch die Erfahrungen der Kämpfer in der Ostukraine fortgeschrieben wird. So etwa als drei Soldaten des Freiwilligenbataillons „Ajdar“ durch eine Mine den Tod fanden – der eine Christ, der andere Moslem und der Dritte Jude. Ihr Sterben – in Text und Ton festgehalten, von den Soldaten besungen – wurde zu einem Symbol für einen neuen Patriotismus, in dem ethnische Herkunft und religiöse Unterschiede keine Rolle mehr spielen.

Der Prozess einer nationalen Neufindung hat erst begonnen. Zu welchem Ende er führt, ist schwer vorauszusagen. Wird er sein Ziel einer geeinten Nation in einem unabhängigen, westeuropäisch integrierten Staat erreichen? Oder wird er zu einer Spaltung der Ukraine führen, wobei – in Analogie zur deutschen Wiedervereinigung – lediglich die Hoffnung bleibt, die verlorene Einheit könne in naher oder ferner Zukunft wieder hergestellt werden? Oder wird gar auch dieser zweite Anlauf nach dem ersten Versuch der Majdan-Bewegung von 2010 scheitern und die Ukraine am Ende wieder unter russischen Einfluss geraten? Das Gelingen dieses Prozesses hängt nicht allein von den Ukrainern ab, sondern auch von der Entschiedenheit der Europäischen Union, ihrer Politiker und Institutionen, die Ukraine auf ihrem schwierigen Weg zu begleiten und tatkräftig zu unterstützen.

Berichte

Michel Walter

Durch den Iran per Bus und Bahn

Unser ehemaliger Mitarbeiter Michael Walter war bereits in seinen GESW-Jahren für zahlreiche Studienfahrten mitverantwortlich. Diesem Feld außerschulischer politischer Jugendbildung widmete sich der erfahrene Globetrotter weiterhin in verschiedenen neuen Tätigkeiten¹. Für sein entsprechendes Engagement erhielt der Politologe und Historiker auch den Lehrpreis der Universität Freiburg. Sein jüngstes Projekt führte ihn mit einer Gruppe junger Menschen vom Schwarzwald in den Iran. Hier sein Bericht, angereichert um einige authentische Reiseblögeinträge der Teilnehmenden und praktische Hinweise für mögliche Nachahmer².

„Welcome to my country!“

Bericht über ein ungewöhnliches Jugendbildungsprojekt

Sophia hat sich nur kurz abgewandt, um Eintrittskarten für die Imam-Moschee in Esfahan zu kaufen. Als sie sich wieder umdreht, lacht sie laut los: In der Zwischenzeit hat sich um ihre Mitreisenden eine Menschentraube gebildet. Mit Handykameras und Videoaufnahmen halten junge Iraner die noch immer seltene Begegnung mit gleichaltrigen Europäern fest, tauschen Facebook-Freundschaften aus und versichern immer wieder: „Welcome to my country!“.

Die kleine Szene steht exemplarisch für unzählige ähnliche Begegnungen während einer 24-tägigen Reise, die eine Gruppe Jugendlicher und junger Erwachsener im Alter von 18 bis 21 Jahren, unterstützt von zwei reiseerfahrenen Begleitern, von Freiburg über Ungarn, Rumänien, Bulgarien, durch die gesamte Türkei bis in und durch den Iran führte.

Die Idee: Das „Grenzen-los“-Projekt unter Schirmherrschaft der Freiburger Außenstelle der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg richtete sich primär an G8-Abiturient/innen, die keine Lust mehr auf „Hotel Mama“ hatten, aber auch nicht gleich mit dem Studium oder einer Ausbildung beginnen wollten. Angesprochen wurden außerdem junge Erwachsene, die bereits eine Ausbildung oder ein Studium begonnen

¹ Berichte und Artikel zu seinen Iran-Studienfahrten finden sich unter: <http://sowiport.gesis.org/search/id/iz-solis-90560833>; <http://www.junge-aktion.de/index.php?id=302&type=98>; <http://fudder.de/artikel/2007/10/17/impressionen-aus-isfahan/>; <http://fudder.de/artikel/2009/03/27/orient-trifft-okzident-die-staedtefreundschaft-freiburg-isfahan/>; http://www.freunde.uni-freiburg.de/downloads/exk_iran.pdf; http://www.gesw.de/wp-content/uploads/2010/09/ao_1_2_2010.pdf; http://www.walter-schubert.de/template/bericht_iranreise.pdf

² Weitere Berichte zu diesem Projekt: <http://www.swr.de/swr4/bw/region-aktuell/suedbaden/gaeste-im-fruehmagazin-per-bus-und-bahn-in-den-iran/-/id=258298/did=16082288/nid=258298/1qace8h/index.html>; Svenja Woitt, „Das Land ist viel liberaler als gedacht“, in: Der Sonntag vom 13.9.2014, S. 4. http://img.der-sonntag.de/dso-epaper/pdf/DS_frs_13.09.2015.pdf

hatten und nun gerne mit Gleichgesinnten zu einem ungewöhnlichen Reiseabenteuer aufbrechen wollten.

Indirekt entstand die Idee auch aus zunehmend negativen Erfahrungen, die darin begründet sind, dass für viele jugendliche Teilnehmer/innen konventioneller Klassen- oder Kursfahrten inzwischen nicht mehr inhaltliche Interessen im Vordergrund stehen, sondern Partys, Alkohol und andere Drogen³. So zumindest lautet mein persönliches Fazit nach 30 Jahren Studienfahrten, zuletzt für ein teures Internat im Schwarzwald, das – ein interessanter Fall von Realitätsverlust – mit einer „intakten Schulgemeinschaft“ für sich wirbt. Nach intensiver (unbezahlter) Vorbereitung tags mit angetrunken oder bekifft wirkenden Jugendlichen die Gedenkstätte Auschwitz zu besuchen, ohne ihnen den Zutritt verweigern zu dürfen und nachts auf die zu recht aufgebrachte Hostel-Leitung reagieren, beschwichtigen und für Respekt sorgen zu müssen, kann nicht der Sinn von Klassenfahrten sein. Sich dann noch nach der Fahrt mit Beschwerden wegen angeblich vernachlässigter Aufsichtspflicht von Seiten ignoranter Eltern und einer gegenüber der eigenen Klientel konfliktscheuen Schulleitung auseinandersetzen zu müssen, ist einfach nur ärgerlich. Mehr als ärgerlich, nämlich rechtlich, politisch und pädagogisch bedenklich ist das Ganze, weil entsprechend „motiviert“ Gruppen oftmals von öffentlichen Zuschüssen profitieren.

Die Konsequenz sollte indes nicht lauten, keine Fahrten mehr anzubieten und damit auch die wirklich Interessierten zu bestrafen, sondern den Bildungsgedanken in einem sehr umfassenden sozialen und kognitiven Verständnis wieder offensiv in den Vordergrund zu rücken. Kein schulischer Unterricht kann ähnlich vielfältige Einsichten, Erfahrungen und Kompetenzen vermitteln wie eine gelungene Studienreise, die den Teilnehmenden keine Konsumangebote mit einem Alibi-Pflichtprogramm unterbreitet, sondern ihnen Arbeit zumutet und Verantwortung sowie Respekt vor den Bildungspartnern abverlangt. Dies beinhaltet auch die Möglichkeit und das Recht zu scheitern, zu korrigieren und die Aufgaben neu anzugehen, ohne dass pädagogische Instanzen dies in gut gemeinter Entmündigung übernehmen. Statt wie üblich während der Schulzeit mit einer geschlossenen Klasse nach Berlin, Prag, Amsterdam oder London zu fahren, richtete sich das LpB-Projekt an Jugendliche und junge Erwachsene aus allen Bundesländern, die sich individuell und selbstverantwortlich für die Teilnahme entschieden, und zwar während ihrer Ferien bzw. Freizeit. Wie sich zeigte, war die „Grenzen-los“-Gruppe mit acht Teilnehmenden letztlich zwar deutlich kleiner als üblich, die Motivation der Reisenden indes ungleich höher, der Austausch intensiver und Probleme durch Regelverstöße nicht vorhanden. Angesichts der Tatsache, dass sich einige Jugendliche erst bei der Abreise kennenlernten, war die durchweg wertschätzende und loyale Atmosphäre nicht unbedingt zu erwarten, aber umso erfreulicher.

³ Vgl. Susanne Meyer/ Björn Grimm/ Niklas Krämer u.a., Erfolgreich lügen und betrügen. Modell für Nachwuchspolitiker. Prag 2014

Probleme im Vorfeld: Ursprünglich war sogar geplant, eine achtzig-tägige Weltreise bis Australien anzubieten⁴. Dies ließ sich letztlich (noch) nicht realisieren. Gründe dafür lagen vor allem darin, dass die Mehrheit der dank hochklassiger Verteiler der Landeszentrale zunächst sehr zahlreichen potentiell Interessierten die notwendige Vorarbeit unterschätzte und sich nicht frühzeitig verbindlich anmelden mochte. Eine Teilnehmerin sprang sogar noch vier Tage vor der Abreise völlig überraschend ab. Die in allen Lebensbereichen zunehmende Unlust, sich verbindlich festzulegen und Zusagen dann auch einzuhalten, belastet bekanntlich nicht nur Angebote der außerschulischen Jugendbildung. Weitere unnötige Verzögerungen, Preiserhöhungen und sehr viel zusätzliche Arbeit resultierten aus einer suboptimalen Kommunikationskultur. Um nur ein Beispiel zu nennen: Wenn unglaubliche 17 Erinnerungs-E-mails verschickt werden müssen, bis alle Interessierten auch nur ihre Adresse gemeldet haben, verwundert es nicht, dass im Laufe eines halben Jahres über 1.000 unbezahlte Arbeitsstunden in die Vorbereitung investiert waren. Geldüberweisungen erfolgten verzögert und in einigen Fällen nur nach mehreren Rückfragen, so dass die Reiseleitung erhebliche Summen aus eigener Tasche vorstrecken musste. Nur am Rande: Es erwies sich als überraschend schwierig, ein eigenes Konto für das Projekt zu eröffnen. Während die Sparda Freiburg dies trotz des Hinweises auf die LpB rundweg ablehnte, weil die Gefahr einer „Geldwäsche“ bestünde und ein schlechteres „Schufa-Rating“ drohe, unterstützte die Volksbank Breisgau Süd das Anliegen wohlwollend.

Eine konkretere Planung, bis hin zur Beantragung diverser Visa oder die Buchung eines kostengünstigen Rückflugs war lange Zeit nicht möglich. Erst nachdem unzuverlässige Kandidat/innen in einem Akt konsequenter „Flurbereinigung“ von der Teilnehmer/innen-Liste gestrichen wurden, lief es besser. Ein konzeptioneller, aber auch praktischer Kompromiss kam letztlich denjenigen entgegen, die aus zeitlichen oder finanziellen Gründen nur in Teilabschnitten mitreisen wollten oder konnten. Daher wurde die Reise schließlich in vier Etappen unterschiedlicher Länge unterteilt, die nacheinander angeboten wurden bzw. werden. Konkrete Routenideen (die den jeweiligen Teilnehmer/innen-Wünschen angepasst werden) waren bzw. sind:

I. Vom Okzident zum Orient: Freiburg-Budapest-Bukarest-Istanbul-Ankara-Täbriz-Teheran (Inlandsflug nach)-Shiraz-Yazd-Esfahan-Kashan-Qom-Teheran (Rückflug bzw. Weiterflug nach Indien),

II. Indien: Mumbai-Jaipur-Delhi-Agra-Varanasi-Kolkata (Rückflug oder Weiterflug nach Bangkok oder über Land durch Bangladesch und Birma).

III. Südostasien: Bangkok-Siem Riep-Angkor-Pnom Penh-Ho Chi Minh-Stadt-Hue-Hanoi-Vientiane-Bangkok-Kuala Lumpur (Rückflug oder Weiterflug nach Australien),

⁴ Vgl. www.walter-schubert.de

IV. Down Under: Sydney-Canberra-Melbourne-Adelaide-Brisbane-Alice Springs-Sydney-(Rückflug, evtl. mit Zwischenstopp in Singapur)-Deutschland.

Die Route 2015: Der Start zur ersten Etappe war am 31. Juli 2015. Ende August kamen alle Teilnehmenden müde, aber gesund und voller neuer Eindrücke zunächst zurück in ihre Heimatorte. Dazwischen lagen dreieinhalb Wochen und rund 10.000 km mit öffentlichen Verkehrsmitteln von Freiburg aus durch Südosteuropa in die Türkei. Aus Sicherheitsgründen mussten wir dort auf eine ursprünglich geplante mehrtägige Bahnfahrt verzichten (s.u.) und wählten stattdessen eine sicherere Variante weiter nördlich, um in den Iran zu gelangen. Die letzten zwei Wochen reisten wir durch den Iran (Täbriz-Shiraz-Yazd-Esfahan-Kashan-Qom-Teheran), um schließlich via Istanbul zurückzufliegen.

Kosten: Um eine authentische und möglichst kostengünstige Fahrt zu realisieren, reisten wir zwar mit bescheidenen Ansprüchen, aber nicht am Limit, um gesundheitliche oder gar Sicherheitsprobleme zu vermeiden. Die meisten der Länder, die wir bereisten, sind für uns selbst bei mittlerem Komfort relativ preiswert, aber ab und zu eine Nacht im Schlafsaal zu verbringen ist eben günstiger als im Einzelzimmer mit Satelliten-TV. Dies wird auf den weiteren Etappen in Ländern mit höherem Preisniveau noch wichtiger werden.

Am Ende der ersten Tour blieben wir dank guter Planung, kleineren Zusatzeinkünften und diszipliniertem Verhalten der Teilnehmenden mit sämtlichen Kosten (Unterkünfte, Fahrten einschließlich Rückflug, Verpflegung, Programmkosten, Visa und Versicherung) knapp unter unserer Zielmarke von 1999 Euro pro Person für die 24tägige Reise.

Herausforderungen: Ein grundsätzliches Interesse an anderen Kulturen, an Politik und Geschichte konnte bei denjenigen vorausgesetzt werden, die sich meldeten. Das Projekt sollte den naturgemäß noch wenig lebenserfahrenen Reisenden darüber hinaus die Möglichkeit bieten, sich vor dem nächsten Lebensabschnitt mit ungewohnten Situationen auseinanderzusetzen und neue Einsichten und Fähigkeiten zu erwerben. Anders formuliert: Nicht nur staatliche Grenzen außerhalb des Schengen-Raums sollten überwunden, sondern auch persönliche Stärken und Schwäche erfahren werden. Die Teilnehmenden ließen sich dabei ganz bewusst auf Strapazen ein. Ein Wunsch, der von der jüngsten Teilnehmerin im Vorfeld explizit so formuliert wurde: „Ich möchte meine Grenzen kennenlernen“.

Flexibilität, Geduld, Toleranz und ein offensiver Umgang mit Herausforderungen wurden täglich auf die Probe gestellt. Damit sind nicht nur die streckenweise sehr großen Entfernungen gemeint, die in anstrengenden, teils tagelangen Bus- oder Bahnfahrten bewältigt wurden. Fremdes authentisch zu *er-fahren* war hier wortwörtlich Teil des Plans, insofern mit Ausnahme eines notwendigen kurzen Inlandflugs (Täbriz-Shiraz) und des Rückflugs mit öffentlichen Verkehrsmitteln und auch sonst möglichst

einfach und sparsam gereist wurde. Die Gruppe musste in abgelegenen Bergdörfern wie in Millionenstädten organisieren, wie sie von Ort zu Ort kam, die Lebensmittelversorgung durch ausgedehnte Einkaufstouren in zunächst chaotisch wirkenden Basaren sicherstellen, zunehmend selbstbewusster um Preise feilschen, bisweilen vor großem Publikum und Kameras diplomatisch die Außenpolitik der Bundesregierung erläutern oder schlicht „den Westen“ repräsentieren. Für andere lag ein enormer persönlicher Erfolg bereits darin, die eigene Schüchternheit zu überwinden und auf völlig fremde Menschen zuzugehen, um nach dem Weg zu fragen, und dies auch noch in unsicherem Schulenglisch.

Dafür belohnte man sich mit unvergesslichen Erfahrungen und der Begegnung mit außergewöhnlichen Orten wie dem Imam-Platz in Esfahan oder Persepolis.

„Der heutige Tag begann wieder sehr früh, da wir nach Persepolis wollten. Wir fuhren zum Busbahnhof in Shiraz und dort weiter mit einem sehr alten und klapprigen Minibus. Nach nochmaligem Umsteigen erreichten wir Persepolis. Die riesige Palastanlage lag am Ende einer Allee und erinnerte zunächst nicht an Wüste. Lediglich die stechende Sonne und Kamele am Straßenrand zeigten uns, dass wir doch richtig waren. Von einem Grabmal aus, welches ins Gebirge gehauen worden war, hatte man eine fantastische Aussicht über die Reste der 2000 Jahre alten Palastanlage. Anschließend kehrten wir nach Shiraz zurück und besichtigten das Grabmal von Hafez sowie den Ali Ibn Hamza Shrine. Nach einer längeren Erholungspause besuchten wir noch den Aga Karim Khan und schlenderten über den Basar.“



Auf den späteren Abschnitten werden – so der Plan – z.B. Angkor in Kambodscha, das Taj Mahal in Indien und der Uluru in Australien hinzukommen. Die Jugendlichen erleben Wüste, Meer und Regenwald, Millionenstädte und Dörfer ohne Internet-Zugang, lernen intensiv alle großen Religionen und ungewohntes, bisweilen gewöhnungsbedürftiges Essen kennen – und täglich neue Menschen, die wertvollste Erfahrung überhaupt:

„Nach einer viel zu kurzen Nacht und längeren Verhandlungen bekamen wir doch noch einen Bus. K. fand einen neuen Freund, nämlich den Busbegleiter, mit dem er sich lange unterhielt, obwohl sie beide keine gemeinsame Sprache beherrschten.“ – „Junge Iranerinnen wollten Fotos mit uns machen und schwärmten kichernd davon.“ – „Der nette Taxifahrer konnte kein Englisch, dafür aber Gedichte von Hafez, einem persischen

Dichter.“ – „Nun sind alle zurück, bis auf A. und M., die abends noch zum Tee-Trinken in den Golestan-Park eingeladen wurden“.

Weitere Kontakte zu außergewöhnlichen Gesprächspartnern fanden wir durch teils frühzeitig vereinbarte, teils spontane Begegnungen in Universitäten, Moscheen, Redaktionen, Botschaften u.ä. (s.u.).

Vom Schwarzwald zum Bosphorus

Die Planung des ersten Reiseabschnitts musste sich dem zeitlichen Ziel unterordnen, rechtzeitig den Trans Asia-Express in Ankara zu erreichen. Dazu später mehr. Daher verzichteten wir in den ersten Nächten auf feste Unterkünfte und schliefen stattdessen zunächst in Übernachtzügen bzw. Fernbussen. Dies brachte uns schnell voran, entlastete die Reisekasse und machte den Jugendlichen sogar Spaß. Einer der Teilnehmer meinte im Nachhinein, es habe zu seinen persönlichen Highlights gezählt, von der Ruheliege aus leidlich entspannt die fremde Karpaten-Landschaft zu betrachten. Größter Nachteil waren schlafarme Nächte, besonders durch die langwierige Kontrolle an der EU-Außengrenze zwischen Bulgarien und der Türkei. Als ungewohntes Erlebnis von Angehörigen einer Generation, die zum Teil noch nie Grenzkontrollen erlebt hatte, war dies eine wertvolle Erfahrung. Sie warf ein neues Licht auf zentrale Errungenschaften der europäischen Nachkriegseinigung. Wesentlich unangenehmer als fehlende Duschgelegenheiten über mehrere Tage war es für die Jugendlichen, keinen Internetzugang zu haben. Wer dies vorschnell belächelt, möge bedenken, dass es für uns zu den sinnvollsten Möglichkeiten der neuen Medien gehörte, ein interaktives Reisetagebuch führen zu können. Mit dessen Hilfe konnten Angehörige und Freunde zumindest unregelmäßig von zu Hause aus beruhigt den Reiseverlauf verfolgen und interessiert kommentieren.

Da das Spannungsverhältnis von Freiheit und Unterdrückung, Demokratie und Diktatur ein Leitmotiv für die gesamte Studienreise bot, bildete die Auseinandersetzung mit den totalitären Systemen des 20. Jahrhunderts in Südosteuropa den inhaltlichen Schwerpunkt des kurzen ersten Abschnitts. So besuchten wir in Budapest die Gedenkausstellung für die Opfer von Faschismus und Kommunismus im beeindruckend-düsteren „Haus des Terrors“ in der ehemaligen Geheimdienstzentrale. Befremdet zeigte sich die Gruppe anschließend vom operettenhaften Gehabe um die „heilige“ Stephanskrone im Kuppelsaal des riesigen ungarischen Parlamentes. Was den Jugendlichen an diesem Tag Anfang August entging, war, dass sich vor dem Budapester Bahnhof bereits erste Flüchtlingsgruppen sammelten. In den folgenden Wochen sollte hier ein informelles Massenlager entstehen und 26 Jahre nach dem Paneuropäischen Picknick an der ungarischen Außengrenze ein neuer, vermutlich wirkungsloser, Stacheldrahtzaun geschlossen werden⁵. Nach entsprechenden Hinweisen war allen bewusst, dass wir unverdient privilegiert in umgekehrter Richtung auf einer Strecke reisten, die für viele

⁵ <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/fluechtlingskrise-ungarn-schottet-sich-mit-stacheldraht-ab-13775521.html>

Menschen einen gefährlichen, oft tödlichen Weg in der Hoffnung auf ein besseres Leben darstellte.

„In Bukarest blieb leider nur wenig Zeit, die wir für einen Besuch des monströsen Palastes nutzten, den der damalige Diktator Nicolae Ceausescu erbauen ließ – doppelter Wahnsinn!“

Von Istanbul nach Doğubeyazit

Der zweite Reiseabschnitt von Istanbul bis zur iranischen Grenze bot zur Erholung zunächst ein eher touristisches Programm in den türkischen Metropolen Istanbul und Ankara, einschließlich der nach den tagelangen Bahn- und Busfahrten verdienten bequemen Unterkünfte. Für die Gruppenatmosphäre erwies es sich als besonders positiv, dass wir uns für zwei Nächte am Bosphorus in einer kleinen Privatwohnung einquartierten. Dort konnten wir unsere erste richtige warme Mahlzeit gemeinsam kochen und Wäsche waschen.

Die Weiterfahrt ab Ankara wurde überschattet vom militärischen Vorgehen der türkischen Staatsführung gegen die PKK und deren terroristische Anschläge auf Sicherheitsorgane und Infrastruktureinrichtungen. Eine Vorahnung erhielten wir bereits am neuen Pendik-Bahnhof in, besser: bei Istanbul, wo einem Teilnehmer nach intensiver Gepäckkontrolle ein Messer abgenommen wurde. Die größten logistischen Herausforderungen der Reise kamen wenig später auf die Gruppe zu, als der ursprünglich gebuchte Trans Asia-Express unerwartet ausfiel. Der Zug fährt normalerweise einmal wöchentlich mittwochs von Ankara nach Teheran und braucht bis zum Ziel drei Tage, einschließlich einer Schifffahrt über den Van-See. Da die Buchung sich als sehr zeitaufwändig erwiesen hatte, die relativ geringen Kosten einen wesentlichen Baustein der finanziellen Kalkulation bildeten und die Vorfreude auf die ungewöhnliche Bahnfahrt groß gewesen war, mischten sich Enttäuschung mit Sorge und Ratlosigkeit. Zu diesem Zeitpunkt wussten wir noch nicht, dass es einen Bombenanschlag auf den Zug gegeben hatte⁶, der sich wohl gegen iranische Touristen richtete. Nach weiteren Angriffen unbekannter Täter auf iranische Fahrzeuge, die auch ein Todesopfer forderten, schloss der Iran wenig später sogar den wichtigsten Grenzübergang zur Türkei und gab eine Reisewarnung für das Nachbarland aus⁷. Nach all den wenig kenntnisreichen Warnungen vor dem angeblich so gefährlichen Iran, die wir im Vorfeld erhalten hatten, löste diese Information bei den Jugendlichen spontan bitteres Gelächter aus. Alle hatten im Vorfeld der Reise ähnlich tragikomische Erfahrungen gemacht wie jene iranische Reiseagentur, die als ersten guten Grund, das Land zu bereisen, in deutscher Sprache informiert: *„Der IRAN wird sehr oft mit dem Irak verwechselt. Der IRAN ist aber seit Jahrtausenden ein eigener unabhängiger und selbständiger Staat, auch bekannt unter dem Namen Persien. Der Iran hat mit Saddam*

⁶ <http://news.railturkey.org/2015/08/01/terror-attacks-to-trains-in-turkey/>

⁷ http://www.tehrantimes.com/index_View.asp?code=248677

*Hussein und den beiden Golfkriegen nichts zu tun.*⁸ Selbst vor den Mordbanden des „IS“ bzw. Da'ish oder Daesh (Akronym von Dain Arabic as ad-Dawlah al-Islāmiyah fī 'l-'Irāq wa-sh-Shām“, womit Muslime den Verbrechern die Anerkennung eines „Islamischen Staates“ verweigern) ist man im Iran wahrscheinlich sicherer als in Frankreich oder Großbritannien, und dies obwohl die Kopfabschneider des selbsternannten „Kalifen“ die Schiiten mindestens so sehr hassen wie Gläubige anderer Religionen⁹. Damit soll nicht negiert werden, dass zur Wirklichkeit im Iran auch Menschenrechtsverletzungen und eine undurchschaubare Außenpolitik gehören, worauf der Verfasser in seinen Vorträgen und Seminaren stets auch mit Blick auf diejenigen unmissverständlich hinweist, die sich für ihr Land eine andere politische Zukunft wünschen.

Bereits bei der Reiseplanung waren **Sicherheitsfragen** für uns sehr wichtig. Wir hielten uns beim Auswärtigen Amt¹⁰ und Landeskennern über aktuelle Entwicklungen auf dem Laufenden, verfolgten die Nachrichtenlage, trugen uns in die Notfallliste der Botschaften¹¹ in Ankara und Teheran ein, informierten uns über das richtige Verhalten bei Erdbeben und über Vorsichtsmaßnahmen gegen mögliche Krankheiten. Die meisten Teilnehmer hatten eine aktuelle Erste Hilfe-Ausbildung. Überdies konnte eine erfahrene Krankenschwester mit Medikamenten und medizinischer Notfall-Ausrüstung bei Magenverstimmungen und kleineren Prellungen helfen oder auch mal Entwarnung bei besorgten Rückfragen geben. Wertsachen blieben zuhause; jeder materielle Verlust sollte gegebenenfalls problemlos verschmerzt werden können. Grundsätzlich allerdings galt und gilt: Gefahren lassen sich durch eigenes vernünftiges Verhalten reduzieren, aber dennoch nicht völlig ausschließen, nicht daheim und auch nicht unterwegs. Dies betrifft vor allem den Straßenverkehr, der nicht deutschen Gewohnheiten entspricht und auf der gesamten Route östlich von Wien im internationalen Vergleich unverhältnismäßig viele Opfer fordert. Allein im Iran sterben bei gleicher Bevölkerungszahl wie in der Bundesrepublik jährlich fast 30.000 Menschen im Straßenverkehr. Sicherheitshalber schloss die Leitung für alle Teilnehmer/innen eine gute Reiserücktritts-, Reiseabbruchs- und eine Auslandsreiseversicherung ab. Regressansprüche wurden allerdings bereits in der Ausschreibung explizit ausgeschlossen. Die Risiken der Reise trugen die Teilnehmenden letztlich selbst. Sie taten dies weitgehend umsichtig und verantwortungsbewusst. Jeder hatte insbesondere verstanden, dass Verstöße gegen das absolute Alkohol- und Drogenverbot in der Islamischen Republik nicht nur die Gruppe in große Gefahr gebracht hätten, sondern auch die Menschen, mit denen wir Kontakt hatten. Unser oberstes Ziel war es, alle Teilnehmer/innen gesund und zufrieden nach Hause zu bringen.

⁸ <http://www.gashttour.de/irannd.htm>

⁹ <http://www.n-tv.de/politik/IS-attackiert-Saudi-Arabien-article15156831.html>

¹⁰ http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Laenderinformationen/02-Hinweise/App_Text.html

¹¹ <https://service.diplo.de/elefandextern/home/registration!form.action>

Dieses Ziel schien nun durch die plötzliche Streichung unseres Zuges „on security reasons“ gefährdet. Nach dem Zugausfall rasch einen sicheren und bezahlbaren Alternativplan zu entwerfen, erwies sich als eine der wenigen Hürden, die die Jüngeren (noch) nicht ohne Hilfe überwinden konnten. Wie ein Teilnehmer später bekannte, wäre er in diesem Moment „am liebsten nach Hause gefahren“. Dass sich aber alle vertrauensvoll für eine von den Älteren vorgeschlagene neue Route gewinnen ließen, spricht nicht nur für eine realistische Selbsteinschätzung, sondern auch für eine verantwortungsbewusste Gruppenatmosphäre. Mit diversen Bussen wichen wir nach Norden aus, fuhren entlang der sicheren Schwarzmeerküste von Samsun bis Trabzon, um uns via Erzurum entlang der georgischen und armenischen Grenze wieder der ursprünglich geplanten Route anzunähern. Dass die Situation rund um Doğubeyazit angespannt war, zeigte sich, als zwei türkische Fahrer sich wegen ihrer ortsuntypischen Autokennzeichen nach hektischem Telefonieren weigerten, in die Kurdengebiete zu fahren. Sie halfen uns aber tatkräftig, mit einem kurdischen Busunternehmen weiter und letztlich problemlos zur Grenze zu kommen. Durch Rückfragen bei Fahrern, die in Gegenrichtung aus der Region kamen, hatten wir uns selbst mehrfach vergewissert, dass die Strecke sicher zu befahren war.

Es liegt auf der Hand, dass die Jugendlichen in dieser angespannten Phase viele Fragen zur politischen Situation in der Türkei hatten, zum Kurdenkonflikt, zur PKK und zur Rolle Erdoğan, den ein türkischer Gesprächspartner vor dem Amtssitz des Präsidenten in Istanbul mit der unmissverständlichen Geste des Halsabschneidens sonst wohin wünschte. Unmittelbare Kampfhandlungen bedrohten uns nicht, allerdings gab es in einigen Orten, die wir durchfuhren, zuvor oder danach tödliche Anschläge auf türkische Polizisten und Militärangehörige. Außerdem soll es in der Nähe des Berges Ararat, den wir aus der Ferne sahen, Gefechte mit Todesopfern gegeben haben. Ende August brüstete sich das türkische Militär damit, bereits 771 PKK-Angehörige getötet zu haben¹². Anfang September erhöhte Präsident Erdoğan sogar auf 2000 getötete „Terroristen“¹³. Wenn Ankara damit nicht nur zynisch wahltaktische Ziele verfolgt, sondern tatsächlich glaubt, das Land mit Bombenabwürfen zu befrieden, sollten die Verantwortlichen sich mit unseren zufälligen Gesprächspartnern in der Osttürkei unterhalten: „Hier sympathisieren jetzt alle mit der PKK“, war zu hören. Dies beinhaltet nicht zwangsläufig die Unterstützung des bewaffneten Kampfes, von der sich im Übrigen auch die parlamentarische Vertretung der Kurden distanziert¹⁴.

Eine Teilnehmerin brachte ihre Gefühlslage schließlich auf den Punkt: „Sobald wir im Iran waren, fühlte ich mich in Sicherheit.“ „Mit dem Gepäck auf den Schultern ging's zum Hauptbahnhof Ankara. Dort Schreck und Ernüchterung. Der Zug fällt aus! Ein neuer Plan musste her. Der Weg führte nach einem Studium der Landkarte zum

¹² Vgl. <http://derstandard.at/2000021072072/Ueber-770-Kurdenkaempfer-bei-tuerkischer-Offensive-getoetet>

¹³ <http://www.dailysabah.com/politics/2015/09/07/president-erdogan-condemns-pkks-terrorist-attack-says-turkey-will-take-a-more-determined-stance>

¹⁴ <http://www.tagesspiegel.de/politik/tuerkei-risse-zwischen-pkk-und-kurdenpartei-hdp/12173398.html>

Busbahnhof. Dort feilschten wir um Tickets, um an der sicheren Schwarzmeerküste weiter nach Osten zu gelangen. [...]

Wir legten heute insgesamt eine Strecke von 550 Kilometern im Bus zurück und überquerten dabei vier hohe Bergpässe. [...] Es war sehr stressig, weil wir schnell zur Grenze mussten, denn wir befürchteten, dass die Grenzen früh schließen werden, weil der Freitag schließlich der iranische Sonntag ist.

Oft mussten wir improvisieren, um Geld feilschen und spontan auf Gegebenheiten reagieren. Eine davon war zum Beispiel, dass die Fahrer ab einer bestimmten Stadt nicht mehr weiter fahren wollten, weil sie Angst vor der PKK hatten. Hierbei lernten wir wirklich viel darüber, wie man schnell und gut wichtige Entscheidungen zu treffen hat. Auf der Fahrt sahen wir auch viele Militär- und Polizeibeamte, die uns nochmal die angespannte Lage im Kurdengebiet veranschaulichten. Der Grenzübertritt selbst verlief dann überraschend schnell, weil wir nette Beamte erwischte haben. Auf der anderen Seite angekommen, wurden wir von einem riesigen doppelten Regenbogen empfangen. Gutes Zeichen!“

Durch den Iran

Bereits in den ersten Tagen in Täbriz wurde den Reisenden schnell klar, warum der Iran als „Land der Gastfreundschaft“ bezeichnet wird¹⁵. „An diesem Tag hat jeder von uns gemerkt, dass die Iraner sehr gastfreundlich sind. Ein Mann hat uns zum Beispiel dabei geholfen, Essen für unser Mittagessen zu finden, als er sah, wie wir vergeblich überall rumfragten. Hat uns dann bei der Hand genommen und ist mit uns durch die ganze Stadt gelaufen, bis wir alles hatten und hat zusätzlich noch alles für uns bezahlt. Wir konnten nicht genug „Danke“ sagen! Wir wurden auch oft auf der Straße nett begrüßt, fotografiert und sogar für einen TV-Sender interviewt.“

Diese Erfahrungen mit einer geradezu beschämenden Gastfreundschaft wiederholten sich tagtäglich, was wahrscheinlich den nachhaltigsten Eindruck der gesamten Reise hinterließ. Es herrschte Einigkeit in der Gruppe, dass man zukünftig selbst verstärkt darauf achten wolle, Fremden bewusst freundlicher zu begegnen und ihnen ebenfalls Hilfe anzubieten.

Abgesehen davon bereisten wir das Land zu einem besonders interessanten Zeitpunkt. Nach dem vorläufigen Kompromiss zwischen dem Iran und den P5+1-Staaten im langwierigen Atomkonflikt herrschte eine erkennbare Aufbruchsstimmung¹⁶. Die große Hoffnung auf ein baldiges Ende der Sanktionen, unter denen die Bevölkerung seit vielen Jahren leidet, auf eine Verbesserung der Lebenssituation, auf ein Ende der Isolierung und auf neue Kontakte zum Westen – es schien, fast, als begrüßten uns viele Menschen

¹⁵ Ein Reisebericht von Cordt Nowak und Alice Schlieker mit diesem Titel findet sich unter http://www.walterschubert.de/template/bericht_iranreise.pdf

¹⁶ Vgl. dazu den unverzichtbaren Iran-Report von Bahman Nirumand für die Heinrich-Böll-Stiftung, hier Ausgabe 8/20015: <https://www.boell.de/de/2015/08/05/iran-report-082015>

dankbar als Sendboten eines neuen „Persischen Frühlings“. Aus Deutschland zu kommen, erwies sich als zusätzlicher Pluspunkt, da man nicht nur an lange freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern und an populäre Fußballspieler beider Länder („Mahdavia - Hamburg, very good!“)¹⁷ erinnern konnte. Politisch interessierte Iraner hatten auch sehr aufmerksam registriert, dass die Bundesregierung eine als fair und konstruktiv bewertete Rolle bei den Atomverhandlungen eingenommen hatte. Selbst im Vergleich zu Eindrücken, die man im Vorjahr gewinnen konnte, wirkte das Land wesentlich optimistischer. Überall waren Bautätigkeiten und Renovierungsarbeiten wahrzunehmen, die endlich auch das vorislamische Erbe würdigen, ein flächendeckendes Selbstbewusstsein im Umgang mit den Kleidungs Vorschriften und beinahe im Minutentakt ein freundliches „Welcome to my country“, verbunden mit der Bitte um gemeinsame Selfie- oder Gruppenfotos.

Analytische Tiefe gewannen diese Momentaufnahmen durch diverse Gesprächstermine mit professionellen Akteuren, Beobachtern und Kommentatoren des politischen und gesellschaftlichen Geschehens. Drei Beispiele aus Esfahan, Qom und Teheran aus der Sicht der Jugendlichen: „Nachmittags waren wir bei A., einem iranischen Journalisten, und seiner Familie eingeladen. Wir trafen uns in seiner Wohnung und sprachen über Politik, Religion, Gesetze etc. im Iran, sowie über Europa, die EU und Deutschland. Nach diesem spannenden Gespräch in angenehmer Atmosphäre beschlossen wir, gemeinsam einen naheliegenden Berg zu besteigen, um das Lichtermeer Esfahans zu bestaunen. A. bestand darauf, uns den sehr weiten Weg zurück ins Hotel zu fahren, sodass wir auf dem Weg dorthin über alles Mögliche, vor allem aber über Politik sprechen konnten.“

„Morgens fuhren wir mit dem Bus in die heilige Stadt Qom, dem zweitwichtigsten Zentrum der Schiiten im Iran. Dort trafen wir uns mit A., der uns zur renommierten theologischen Universität Al-Mustafa International University führte. Zu unserer Überraschung warteten hier bereits der Vizepräsident der Fakultät, ein Ayatollah, sowie ein Professor, die ausführlich unsere Fragen zur Uni und zum Islam beantworteten. Dies war eine große Ehre für uns. Und nicht genug, wir bekamen Geschenke und eine private Stadtführung von der Universität organisiert. Am Heiligen Schrein trafen wir einen hohen Geistlichen, der sich ebenfalls viel Zeit für uns nahm und geduldig vor allem die Themen Gerechtigkeit und Frieden erläuterte. Beim Abendessen diskutierten wir noch mit A. und verabschiedeten ihn dann, da er nach Teheran weiter musste. So endete ein langer, aber außergewöhnlich interessanter und informativer Tag.“

¹⁷ <http://www.abendblatt.de/sport/fussball/hsv/article205316727/Publikumsliebling-Mahdavia-kehrt-zum-HSV-zurueck.html>

„Früh ging es los nach Teheran. A. trafen wir am Busterminal; dort fiel uns schon auf, wie voll und chaotisch Teheran ist. Mit seiner Hilfe fanden wir die Metro und anschließend auch das Hotel. Von dort aus gingen wir zur Deutschen Botschaft, wo wir Kameras und Handys abgeben mussten. Die Frauen durften hier endlich einmal ihr Kopftuch ablegen. Ein Mitarbeiter begrüßte uns freundlich, bot uns Kaffee an, und wir setzten uns an einen großen Konferenztisch. Er ist seit zwei Jahren an der Botschaft in



Teheran und wir konnten ihm Fragen zur momentanen politischen Situation im Iran stellen, zur Arbeit eines Diplomaten und wie es ist, im Iran zu leben. Diese Fragen beantwortete er ausführlich, wobei er auch sehr interessiert an unseren Eindrücken war. Danach verabschiedete sich unser Freund. Kein Wunder: Er schreibt gerade an zwei Doktorarbeiten gleichzeitig! Wir fuhren mit einer völlig überfüllten Metro weiter zum außerhalb liegenden Schrein von Ayatollah Khomeini. Ein riesiges Gebäude für eine Person. Den in der Nähe liegenden Märtyrer-Friedhof besuchten wir ebenfalls. Dort liegen

viele Soldaten des acht Jahre wütenden Iran-Irak-Kriegs begraben und viele Familienangehörige kommen hierher, um zu trauern. Nachdenklich fuhren wir wieder ins Stadtzentrum.“

Eine etwas andere Wahrnehmung vermittelte abschließend ein Besuch der Imam Sadiq Universität in Teheran¹⁸. Die Einladung an diese Kaderschmiede der zukünftigen politischen Elite war kurzfristig und überraschend erfolgt. Wir hatten mit einem informellen Gespräch in einem kleinen Kreis interessierter Studenten gerechnet, fanden uns dann aber zu unserem nicht geringen Entsetzen (wenige Stunden vor dem Rückflug peinlich unpassend gekleidet und auch sonst völlig unvorbereitet) auf dem Podium eines vollen Hörsaals wieder, wo wir von hochrangigen Vertretern der Universität vor laufender Kamera teilweise provozierend befragt, Stellung zu politischen und religiösen Fragen beziehen sollten. Spätestens hier wurde noch einmal deutlich, dass es Kommunikationsbedarf und Aufklärungsarbeit in beide Richtungen bedarf, um Ignoranz, Missverständnisse und Vorurteile in einem partnerschaftlichen Dialog zu überwinden¹⁹. Am guten Willen der jungen Menschen auf beiden Seiten mangelt es bestimmt nicht.

Fazit: Woran messen sich Erfolg oder Misserfolg eines Bildungsprojektes? Am Wissenszuwachs der Teilnehmenden? An Einstellungsveränderungen, wie sie die

¹⁸ www.isu.ac.ir

¹⁹ Über iranische Perspektiven informieren in englischer Sprache z.B. <http://www.tasnimnews.com/english> und <http://www.presstv.ir/>.

allfälligen Evaluationsbögen abfragen? An sozialen, kognitiven oder sonstigen Kompetenzzuwächsen?

Erstens: Zweifellos haben alle Teilnehmer/innen dieser Reise in spannender Kulisse einiges über historische Gegebenheiten gelernt. Über das antike Perserreich, Alexander den „Großen“ bzw. den „Schrecklichen“, wie er aus persischer Perspektive bewertet wird, über Abbasiden, Sassaniden und Osmanen, über den Völkermord an den Armeniern, der nun endlich auch in Deutschland so genannt wird, über wiederholte Anläufe der Perser, sich imperialistischer Großmachtspolitik und eigener Diktaturen zu entledigen, über die jüngere Geschichte mit den schrecklichen Verbrechen infolge des irakischen Angriffs auf den Iran und über zu viele Menschen, die im Namen einer neuen, angeblich göttlich legitimierten Gesellschaftsordnung ermordet wurden. Sie können nun politische Zusammenhänge wie die Reislamisierung der Türkei oder das Prinzip des Welāyat-e Faghīh erläutern, was selbst den meisten Hochschulabsolventen fremd sein dürfte. Was das Besondere am schiitischen Islam ist, erfuhren sie hautnah inmitten der trauernden Pilger am Shah-e-cheragh-Schrein, ein atemberaubendes Erlebnis, das sie ihren Religionslehrer/innen voraus haben²⁰. Und niemand, der/die dabei war, wird sich zukünftig schwer tun, bei der Zeitungslektüre die bereisten Regionen geographisch korrekt zu verorten²¹. Ein sicherlich gutes und erhofftes Ergebnis, aber ist das entscheidend?

Zweitens: Viel bewegender war es, zu hören und zu spüren, wie sich im Reiseverlauf der Stellenwert vermeintlicher Selbstverständlichkeiten veränderte: Wer wochenlang nur ausgetrocknete Flussbetten sieht, im Hotelzimmer vor dem Leitungswasser gewarnt wird und im Teheraner Smog die brennenden Augen spürt, wird sein/ ihr ökologisches Bewusstsein vermutlich schärfen. Demokratische Errungenschaften wie Menschen- und Bürgerrechte mit all ihren Wahl-, Meinungs-, Versammlungs-, Presse- und sonstigen Freiheiten, Arbeitnehmerrechte, Gleichheit von Mann und Frau, sexuelle Selbstbestimmung u.v.m. erhielten im Austausch mit Menschen, die genau dafür eintreten, auf einmal eine neue Wertschätzung.

Drittens: Für die Heranwachsenden war es ein wichtiger Prozess, sich in diesem Projekt mutig auf ein Abenteuer mit zum Teil völlig unbekanntem Mitreisenden einzulassen, Verantwortung zu übernehmen, in schwierigen Momenten über sich hinauszuwachsen, offen und stets freundlich auf Fremde zuzugehen und auch deshalb eine nie geahnte Gastfreundschaft kennenzulernen, die sie hoffentlich ein Leben lang gegen Vorurteile²² und Fremdenfeindlichkeit immunisieren sollte.

²⁰ „Der Schrein wird nicht ohne Grund „King of Light“ genannt. Hier erlebten wir tiefe Einblicke in den Islam, da wir zufällig an einem Trauertag die Moschee besichtigten und somit viele emotionale Muslime zu Gesicht bekamen. Atemberaubend...“

²¹ Bei Armenien und Chile üben wir noch.

²² „Zuletzt waren wir noch in einem Museum, in dem wir einiges über wichtige Dichter und Philosophen lernten. Im Nachhinein wusste jeder, dass die Vergangenheit des Iran von vielen hochgebildeten Persönlichkeiten geprägt wurde, die bisweilen fortschrittlicher als die Europäer waren. Wir lernten also, dass das Stereotyp, dass im Nahen Osten zurückgebliebene Hinterwäldler lebten, sehr falsch ist.“

Was nun? Hätte ich nach der ersten Idee geahnt, wie viel Arbeit auf mich zukommen würde, wäre das Projekt rasch begraben worden. Hätte ich jedoch im Vorfeld gewusst, wie begeisternd sich jeder einzelne Tag der Reise entwickeln würde, hätte ich mich auf das Wagnis bereits viel früher eingelassen. Soll es eine Fortsetzung geben? Wenn sich Interessierte finden – am liebsten so bald wie möglich.

Dank: Jeder Versuch, in einen abschließenden Dank alle Menschen und Institutionen einzubeziehen, ohne deren Unterstützung dieses Projekt nicht hätte realisiert werden können, muss zwangsläufig schon aus Platzgründen scheitern. Allein diejenigen Firmen und Einzelpersonen aufzuzählen, die uns kleinere Sachspenden (Kugelschreiber, Kinderspielzeug u.ä.) als Gastgeschenke zur Verfügung stellten, würde den Rahmen sprengen. Entscheidend für den Erfolg war zu Beginn, dass sich Dr. Michael Wehner, Leiter der Außenstelle Freiburg der Landeszentrale für politische Bildung, für die Idee begeistern ließ und mit seinem freundlichen Team geduldig logistische Unterstützung gewährte. Dr. Gerhard Schüsselbauer vom GESW und Gabriela Pirvu vom Nationalkolleg „Vasile Lucaciu“ in Baia Mare seien stellvertretend für alle genannt, die uns bei der Organisation des ersten Reiseabschnitts in Ungarn und Rumänien halfen. Der wichtigste Partner für jeden einzelnen Tag im Iran war zweifellos einmal mehr Ahmad Keshavarzi, dem wir für sein unermüdliches und selbstloses Engagement für die Verständigung zwischen unseren Völkern mindestens den Friedensnobelpreis verleihen würden. Ohne ihn hätten wir unser Ziel nicht erreicht.

Südostasien 2016 - das Reiseabenteuer geht weiter!

Am Anfang stand eine verrückte Idee (www.walter-schubert.de): Wir umrunden die Erde, wenn nicht auf einer Tour, dann in Etappen. Mit dem Rucksack, öffentlichen Verkehrsmitteln und vor allem mit engagierten jungen Leuten. Die erste Etappe führte im Sommer 2015 in 24 Tagen von Freiburg aus mit Bus und Bahn durch Österreich, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und die Türkei bis durch den Iran – anstrengend, fordernd, aber ein unvergessliches Erlebnis. Für die zweite Tour suchen wir nun ein neues Team. Zwölf Jungs, Mädchen, andere Lebensformen – Hauptsache zuverlässig, motiviert, nicht zimperlich und interessiert an fremden Kulturen, Politik und Geschichte. Die Reisenden lassen sich auf einige Strapazen ein. Dafür belohnen sie sich mit einer unvergesslichen Erfahrung und der Begegnung mit außergewöhnlichen Orten wie Angkor in Kambodscha oder der Halong-Bucht in Vietnam. Vor allem aber tragen alle selbst zum Erfolg der Reise bei, mit ihren Fähigkeiten, Ideen - und einem Lächeln, wenn der Gruppenkoller droht.

Reiseleiter ist Dr. Michael Walter, Lehrer, Universitätsdozent, Politologe und Historiker, erfahrener Globetrotter und seit 30 Jahren ein verantwortungsbewusster Organisator von preisgewürdigten Studienfahrten zu ungewöhnlichen Zielen. Aktuell geplanter Reiseverlauf: Wir reisen in den Pfingstferien 2016 von Bangkok aus durch Kambodscha und Vietnam, sind also knapp 14 Tage unterwegs. Kosten: Eine genauere Kalkulation hängt u.a. von der Gruppengröße und von der konkreten Route ab.

Verbindliche Anmeldung wg. günstigerer Flugtickets möglichst bald, spätestens bis zum 1. November 2015, online unter: www.lpb-freiburg.de

Sicherheitsfragen sind uns sehr wichtig, Gefahren lassen sich dennoch nicht völlig ausschließen. Die Risiken der Reise tragen die Teilnehmenden selbst. Regressansprüche können nicht geltend gemacht werden; es besteht auch für minderjährige Teilnehmer/innen keine Aufsichtspflicht, Versicherungs- oder Krankheitsschutz. Fragen gerne an: michael@walter-schubert.de

Dokumentation

*Mikołaj Mirowski*¹

Russland in der Falle des ewigen Geheimnisses²

Die russische Klassik besagt, dass „Wahrheit“ sich nur durch metaphysische, theologische Inhalte ausdrücken lässt und ihre Erkenntnis einen transrationalen, irrationalen Charakter besitzt. „Russland lässt sich mit dem Verstand nicht erfassen“ – wie oft haben wir das gehört?

Ist die russische Geschichte faktisch zerrissen, intuitiv, und besteht sie aus Paradoxien? In Russland haben wir es immerfort mit einem Gefühl der Andersartigkeit, der Besonderheit gegenüber dem restlichen Europa zu tun. Dieses in Mentalität und Kultur wurzelnde Gefühl zeigt sich auch heute im Bewusstsein einer besonderen Sendung, die Russland angeblich zu erfüllen hat, sowie in einer religiös-geistigen Art, die eigene Geschichte zu durchleben bei gleichzeitig negativer Einschätzung westlicher Kultur, Religion, sozialer Beziehungen und westlichen Lebensstils. Die Russen wollen nicht nur der westlichen Kultur nicht nacheifern, sondern sie negieren geradezu ihre Errungenschaften. Sie konstruieren ihre Identität im Kontrast zu ihr.

Großmacht wie Luft zum Atmen

Auch wenn es nach einem Paradoxon aussieht, so erfuhr doch diese russische Überzeugung in der kommunistischen Epoche noch eine Verstärkung, und nach dem Untergang der UdSSR sowie in der kurzen Jelzin-Phase der „Depression“ kehrte sie mit gleicher Stärke zurück. Das Gefühl der Mission verband sich mit Größe, die in einem typisch russischen Imperialismus ausartet. Die 300 Jahre vergangener Großmacht wurden für die Russen gleichsam zu einem Element sie umgebender Luft, zu einem Teil eines mentalen Blutkreislaufes.

Der durchschnittliche Bewohner von Moskau, Kasan oder Woronesch wird selten von ökonomischen und sozialen Schwierigkeiten berichten, die – bereits lange vor der jetzigen Krise – in seinem Land ins Auge fallen (z. B. negatives demographisches Wachstum, Alkoholismus, Armut, allgemeine Korruption und Rechtlosigkeit). Dagegen wird er vor allem davon sprechen, wie effektiv Russland mit den Chinesen, Europa oder den USA rivalisieren soll – und was zu tun ist, um nicht die Kontrolle über die Ukraine zu verlieren.

¹ Der Autor ist Historiker und befasst sich mit der Geschichte Osteuropas sowie mit dem Problem des historischen Gedächtnisses. Er ist Verfasser des Buches „Lew Trotzki's permanente Revolution“ (2013)

² Mikołaj Mirowski: Rosja w pułapce wiecznej tajemnicy. In: Tygodnik Powszechny, 18.01.2015, S. 46-49

Doch der Imperialismus als Wunsch nach Dominanz genügt allein nicht – und verbindet sich mit dem russischen Messianismus des 19. Jahrhunderts. „Das Königreich des Geistes – schrieb Nikolai Berdjajew (anfangs Anhänger der Bolschewiken, später Emigrant auf französischem Boden und orthodoxer Philosoph) – nahm immer die Gestalt des Cäsarenreiches an. Der Messianismus wurde auf das Cäsarenreich übertragen, während er auf das Königreich des Geistes, auf das Reich Gottes ausgerichtet sein soll.“

Die Verbindung von Großmachtanspruch mit dem ständig in der russischen Mentalität vorhandenen Messianismus sowie mit dem Gefühl der „Andersartigkeit“ schaffen eine starke und überzeitliche Dosis, die die russische Gesellschaft gegenüber historischen Neubewertungen verschiedener Art immunisiert – angefangen von der Anerkennung und ehrlichen Satisfaktion für die Verbrechen von Katyń über eine endgültige Beerdigung des stalinistischen Erbes bis hin zum politischen Verzicht auf den Begriff des „nahen Auslands“.

Schwierigkeit mit der Intelligenzia

Das ist leider nicht verwunderlich. Das russische Verlangen nach „Andersartigkeit“ bildet das fundamentale Prinzip russischer Geschichtsphilosophie, die aus geistigen, ethnographischen und geographischen Faktoren ihre Nahrung bezieht. Die Bedeutung dieses letzten Faktors beschreibt der orthodoxe Geistliche Joann Kologrivov: „Gewaltige monotone Ebenen, grenzenlose Ferne, wo sich unermessliche Unendlichkeit und Übernatürlichkeit gleichsam zu einem Teil alltäglichen Erlebens fügen, bestimmen das Bild dieser Seele und ihrer geistigen Elemente. [...] Sie selbst kennt keine Grenzen. Das Gefühl exakt definierter Form, der sich Lateiner und Griechen so rühmen, ist ihr fremd. In der russischen Seele wüten, ähnlich wie über den heimischen Steppen, Gewitter und toben Stürme.“

Russland verbleibt im philosophischen Verbund mit dem geographischen Raum, ist dank dem unvorhersehbar. Daher kann es nicht in westlichen, also rationalen Kategorien verstanden werden. Boris Vyscheslavcev (Philosoph und Historiker, seit 1922 Emigrant) schrieb: „Das russische Element empfinden wir in jedem Russen als den für Fremde unbegreifbaren und unüberschreitbaren Kern der Seele russischer Natur. Man muss zugeben, dass selbst für uns dieses Element nicht gänzlich erfassbar erscheint. Mit dem Verstand ist Russland nicht zu begreifen...“ Rational betrachtet war diejenige soziale Gruppe, die die östliche Sphinx aus imperialer Höhe auf die Erde zurückführen konnte – und sollte –, die russische Intelligenzia (oder ist es immer noch?).

Im 19. Jahrhundert wurde die Intelligenzia – ob durch Slavophile oder „Narodniki“ – in Gegensatz gebracht zu der angeblich wahren russischen Nation (d. h. vor allem zum Bauerntum). Man etikettierte sie verächtlich als obschestvo (Clique). Man beschuldigte – und beschuldigt weiterhin – die Intelligenzia aller von außen in die russische Kultur implantierten „Sünden“ wie Liberalismus, kommunistische Revolutionierung oder katastrophaler Okzidentalismus.

Extremismus statt Kompromiss

Diese Vorwürfe finden Ausdruck in der Losung „zurück zum Boden“, d. h. Rückkehr zur „wahren“ russischen Weltanschauung. Die heutigen Anhänger dieser Idee meinen, dass der Triumph des Kommunismus in Russland das ideale Beispiel dafür bildet, wozu eine degenerierte Intelligenzia fähig sein kann. Diese Auffassung zeigt zugleich, wie gespalten und uneins diese Klasse war und ist. Wie Sergei Bulgakow (von vielen als der vielleicht bedeutendste orthodoxe Denker des 20. Jahrhunderts angesehen; gleichfalls Emigrant) schrieb: „Die Seele der russischen Intelligenzia ist ein Gewebe aus Gegensätzen, so wie das gesamte russische Leben in sich widersprüchliche Gefühle weckt.“

Was die Intelligenzia dennoch verband, war vor allem die fest verankerte Überzeugung einer gegenüber anderen Ländern radikal größeren Unabhängigkeit in der Beziehung zum Staat, zu den gesellschaftlichen Strukturen sowie zu den stets sie bestimmenden partikularen Interessen. Nicht zufällig verstand man nach Überzeugung der radikalen russischen Intelligenzia im Kompromiss einen „amoralischen Pakt mit dem Bösen“.

Die russische Intelligenzia definierte sich durch die ihr eigene Freiheit und Kompromisslosigkeit sowie durch ihre, wie sie meinte, nirgendwo sonst anzutreffende Offenheit für äußerst unterschiedliche und radikale theoretische Inspirationen. Daher gewann gerade hier der revolutionäre Marxismus die Oberhand, daher entwickelte sich in Russland auch der Anarchismus so fruchtbar, und der „individuelle Terror“ der Narodniki und linken Sozialrevolutionäre faszinierte weit mehr als andere sonstige reformerische Gedanken. Daher müsste, um der guten Sache willen, die russische Intelligenzia sich selbst kritisch hinterfragen, über einen Teil ihrer Tradition Rechenschaft ablegen – und sich erst dann neu definieren.

Marasmus und Maximalismus

Vor über 300 Jahren, an der Wende des 17. zum 18. Jahrhundert, minderten die Reformen Peter I. – bezeichnenderweise geplant als Übernahme westlicher Kultur und ihre Synthese mit der russischen Tradition – nicht die Kluft zwischen dem Westen und Russland, sondern vertieften sie.

„Wir gehören zu keiner der großen Gemeinschaften menschlicher Geschichte“ – schrieb im 19. Jahrhundert der Philosoph Piotr Tschadajev im ‚Philosophischen Brief‘ (der wohl kritischste und pessimistischste Text bezüglich der Geschichtlichkeit Russlands) – „wir gehören weder zum Westen noch zum Osten und besitzen weder die Tradition des einen noch des anderen. Wir stehen gleichsam außerhalb der Zeit, wir werden von der allgemeinen Erziehung und Bildung der Menschheit nicht erfasst.“

Das 19. Jahrhundert – das Jahrhundert des Modernismus und der Neuzeit – stieß auf russischer Seite mit dem zaristischen Absolutismus und der Bejahung der Selbstherrschaft zusammen, aber auch mit einem Gefühl der Schwäche und Minderwertigkeit. Das Bedürfnis nach einem dauerhaften Mythos der Größe nahm nicht

ab, sondern verstärkte sich, ebenso der Wahnwitz, was schließlich die Wahrnehmung Russlands als eines Landes bewirkte, in dem „alles möglich ist“.

Auch das *sacrum* passt als Kategorie gut auf unseren Nachbarn. Der einzigartige Einfluss des religiösen Faktors bedingte eine metaphysische Natur des Verständnisses des eigenen Schicksals – und eben dieses Element erlaubte es, aus der Geschichte Russlands etwas zu schlussfolgern, das man den nationalen Charakter nennen kann. Zugegeben, auch in der Geschichte anderer Gesellschaften kann man die Neigung finden, der eigenen Geschichte eine messianische Deutung zu verleihen. Schockierend ist allerdings der geistige Maximalismus der Russen, der sich in der Gewissheit vom Kommen des „Himmelreiches“ ausdrückt – und in dem dazu im Kontrast stehenden Handlungsmangel zur Verwirklichung dieses Traums.

Die Idee „alles oder nichts“, d. h. einerseits Marasmus und die Deutung der Wirklichkeit nach dem Prinzip „Gott ist hoch, der Zar weit weg“ sowie andererseits der oft ungestillte Trieb nach jeder revolutionären Konzeption – das sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Orthodoxie oder Zardoxie?

Es lohnt sich, in diesem Zusammenhang auf den in der ostkirchlichen Welt besonderen Charakter der russischen Orthodoxie aufmerksam zu machen. Besonders eindrücklich stellt sich dies im Staats- und Herrschaftskult als höchste Heiligkeit dar. Das Begriffspaar „Heilige Rus“ wurde als untrennbar verstanden; die Rus musste ihrer Natur nach heilig sein.

In diesem Kontext scheint die Feststellung von grundsätzlicher Bedeutung, dass wir es in Russland nicht mit Orthodoxie, sondern mit Zardoxie zu tun haben, wie Boris Uspenskij und Viktor Schyvov in dem Buch „Zar und Gott. Semiotische Aspekte der Sakralisierung der Monarchie in Russland“ bezeichnenderweise schreiben: „Die Sakralisierung (des Zaren) umfasst verschiedene Sphären – staatliche Ämter, historisches Bewusstsein, Liturgie, kirchliche Lehre [...], und schließlich gleichfalls die Geistigkeit. Darüber hinaus gewinnt die zaristische Selbstherrschaft den Status eines Glaubensdogmas. Der Kult des Zaren steht in einer Reihe mit dem Heiligenkult, [...] er ist eine notwendige Bedingung der Religiosität.“

Man kann natürlich einwenden, dass auch im westlichen Europa die Idee des Königs als von Gott Gesalbtem bekannt war. Dennoch gilt, dass mit Ende des Mittelalters und dem Beginn der Renaissance diese Kategorie auf natürliche Weise dem Vergessen anheimfiel. Dagegen erstreckte sich in Russland dieser Prozess dank der „Epoche des Winterschlafs“ – wegen der einige Jahrhunderte (vom 13. bis zum 15. Jahrhundert) währenden mongolischen Knechtschaft – über einen beträchtlichen Zeitraum. Es gibt Historiker, die der Ansicht sind, dass die Folgen des tatarischen Jochs weitreichend und für das weitere Schicksal Russlands geschichtsträchtig waren.

Vom „Dritten Rom“ zur „Dritten Internationale“

Ähnlich verhält es sich mit der berühmten Idee Moskaus als „Drittem Rom“ (nach Rom und Byzanz). Diese vom Mönch Philotheus aus dem 16. Jahrhundert stammende Formel – kurz nachdem Mitte des 15. Jahrhunderts die Türken das „Zweite Rom“ bezwangen – spiegelt die Überzeugung der Russen, dass sie das Christentum in reiner Form repräsentieren und als Nation von der Vorsehung zur Weltführung berufen seien. Derweil zielt diese Einstellung im Grunde auf Expansion; sie wird zum Zündstoff des Nationalismus, umgeben von einer gefährlichen metaphysischen Rhetorik. Demnach sollte die Aufgabe Moskaus darin bestehen, die Menschheit ins Paradies auf Erden zu führen. Einen Ort für ein „Viertes Rom“ gab es in dieser Konzeption natürlich nicht – nach dem „Dritten Rom“ kommt nur noch das Ende der Welt.

Diese Idee findet ihren Treibstoff im 19. Jahrhundert in den russischen messianischen Konzeptionen. Hierauf greifen auf ihre Weise die Denker zurück, für die sich die Eschatologie mit der Geschichtsphilosophie verbindet. An die Stelle des Staates Moskau tritt zunehmend die Nation Moskau. Auf diese Weise folgten die atheistischen Bolschewiken, bewusst oder unbewusst, – wie der Historiker Richard Pipes treffend meinte – „der Spur der russischen Geistlichen des 16. Jahrhunderts, die nach dem Fall Konstantinopels die Hauptstadt ihres Landes [...] zum allerletzten Rom ausriefen.“

In beiden Fällen ging es nicht nur um die Feststellung des Faktums, dass – analog – nach dem Fall von Byzanz (dem „Zweiten Rom“) Moskau zum Zentrum der Orthodoxie (zum „Dritten Rom“) und nach dem Fall der „Zweiten Internationale“ zum Zentrum der revolutionären Bewegung das bolschewistische Moskau die Hauptstadt der „Dritten Internationale“ wurde. Wichtig war hier auch der Ausschluss weiterer Sukzessionen: Einzig und allein Russland soll von da an das Zentrum revolutionärer Politik sein, indem es seine Existenz mit dem Ende menschlicher Geschichte verbindet, also mit dem Sieg des Kommunismus.

Zeit für ein „fünftes Imperium“

Glänzend verstand dies Stalin – im Gegensatz zu den „internationalen“ Bolschewiken mit Trotzki, Radek oder Kamjenjev an der Spitze, die diese Hauptstadt nach Berlin, London oder Paris verlegen wollten. Nichts falscher als dies, hätte Stalin sagen können, denn der Kommunismus kann sich nur verwirklichen, wenn er aus der russischen Sendung hervorgeht.

Die bolschewistische Revolution schuf somit – nur auf den ersten Blick paradox – die Möglichkeit einer Revitalisierung mancher Inhalte russischer nationaler und imperialer Kosmologie. Sie öffnete den Raum, in dem eine weitere Utopie des Versuchs aufblühte, über den Rahmen der eigenen Gemeinschaft hinaus zu gehen. In Gestalt der Sowjetunion wurde Russland erneut zur „Weltseele“, zum treibenden Motor, zur Avantgarde und führenden Kraft der Vereinigung der Völker und Nationen. Mit der Lösung des „Rätsels“ der Geschichte erfüllte es die seit Jahrhunderten dem Sinn russischer Idee eingegebene Form. Die Struktur der russischen Geistigkeit bewirkte,

dass die Umwälzung von 1917 nur eine sozialistische und dann eine totalitäre sein konnte.

Als Epilog der Idee des „Dritten Roms“ lässt sich sagen, dass auch gegenwärtig ihre verschiedenen Mutationen sichtbar sind. Alexander Prochanov – Chefredakteur der Moskauer Zeitung „Zavtra“ mit ihren den „Nationalbolschewiken“ nahen Ansichten – bemerkt, dass die Russen zwei einander widerstreitende Ideen leiten: die „rote“ und die „weiße“. Gemeint ist: Die Idee „der Bruderschaft und der sozialen Gerechtigkeit“ sowie die Idee „großer Bestimmung und russischen Glaubens“. Klar, auch ihres „geheimen Schicksals“.

Nach Prochanov ist heute die Zeit gekommen, das „fünfte Imperium“ zu schaffen, nach den vorhergegangenen vier: das der Kiewer Rus und Moskaus, aber auch das der Imperien der Romanovs und Stalins. Dann „werden die Patrioten von sozialer Wahrheit und nationaler Schönheit geeint“.

In der Falle der „ewigen Triade“

Im heutigen Russland unterliegen „Zukunft“ und „Vergangenheit“ einer starken Mythenbildung, die die Form eines utopischen, idealen Status annimmt. Dagegen wird das „Jetzt“ als Phänomen des Untergangs vergangener Pracht behandelt – oder als heimlicher Beginn kommender großer Zukunft. In einer nicht weit entfernten Perspektive erstrahlt am Horizont der „Moment“, an dem Russland aus der Lethargie erwacht und seine in Schlaf versunkene Macht unter Beweis stellt...

Daher bedienen sich die Russen im Unterschied zu anderen Gesellschaften des historischen Gedächtnisses auf spezifische Weise; selten dient es als Kern zur Bildung einer Gemeinschaftlichkeit, sondern häufiger ist es ein Wegweiser ins Unbekannte. Dies zeigt treffend die russische Triade: „Orthodoxie – Selbstherrschaft – Volkstum“, verstanden als schöpferisches Prinzip für Russlands Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Die ideologisierte „Perspektive“ russischer Kultur – insbesondere die nicht so lange zurückliegende sowjetische – soll nicht die Erfahrung, sondern die Haltung definieren. Sie soll zu Ideen, Enthusiasmus und Hingabe inspirieren. „Der Status einer Großmacht wurde uns als Erbe vermacht und nicht nur als Fundament unseres Bewusstseins und unserer Kultur, sondern als Code der Struktur des russischen Staates“ – diese Worte stammen von Boris Jelzin, dem ersten postsowjetischen Präsidenten Russlands, aber sie könnten ebenso gut von Wladimir Putin stammen.

Die Vision des gegenwärtigen Kremlherren scheint – wieder einmal – dieselbe Formel der Enthüllung des „russischen Geheimnisses“ und der Lösung des „russischen Rätsels“ zu sein. Sie aktualisiert eine Reihe von archetypischen russischen Überzeugungen – um nur auf den traditionellen Kult der Einheit und seiner angeblich erweckenden Kraft zu verweisen.

Wieder am Scheideweg

Wie der (der Opposition gegen Putin zugetane) Historiker Jurij Afanasjew inzwischen schrieb „steht Russland heute wieder vor der Wahl: Entweder das, was sich deutlich in der uns umgebenden Wirklichkeit abzeichnet – tatarisch-byzantinisches Regieren, traditionelle russische Geopolitik, sowjetischer Messianismus, alles verschlingende Korruption, Säuberung des russischen politischen Raums – oder...“

Putin sagt, dass Russland ein großes Land war und bleibt; er unterstreicht seine geopolitische, ökonomische Bedingtheit und kulturelle Bedeutung, die es geschichtlich gestaltet haben. Damit gibt er zu, dass die imperiale Denkweise der Russen über sich selbst gleichfalls heute nicht an Bedeutung verlieren darf. Andererseits bemerkte der bekannte Dissident Alexander Solschenizyn zu sowjetischer Zeit, dass Großmachtdenken „erniedrigt und ausbeutet“; er sprach sich für die Notwendigkeit aus, sich vom „geopolitischen Großmachtdenken, vom imperialen Rausch“ loszusagen. Ob Russland jedoch irgendwann diesen Weg einschlägt?

Marek Ostrowski³

Der müde Kontinent

Die Europäische Union hat plötzlich ihren Glanz verloren, ähnlich wie die Bürgerplattform in Polen. In Europa wird das Antieuropäisch-Sein zur Mode.

Gespannt wie im Theater erwarten wir das Ergebnis der Parlamentswahlen in Polen. Derweil erklimmen neue Akteure die Bühne der EU; sie beabsichtigen, vor dem gesamten EU-Schauspiel den Vorhang fallen zu lassen. Im Europäischen Parlament (EP) ist eine neue rechte Fraktion entstanden, keine Randerscheinung, denn deren Vorsitzende Marine Le Pen, Chefin des Front National, könnte in Kürze Präsidentin Frankreichs werden. Zu dieser Fraktion gehören auch zwei Polen vom Kongress der Neuen Rechten (Kongres Nowej Prawicy, KNP). Die europäischen Wähler lieben durchaus Emotionen – und dafür wird gesorgt: denn die Fraktion nennt sich Europa der Nationen und der Freiheit. Super. Wer wäre nicht für Nationen und Freiheit? Dieses ganze Sammelsurium von Euroskeptikern, darunter die Liga Nord und die niederländische Freiheitspartei von Geert Wilders, hat ein taktisches Bündnis geschlossen. Michał Maruski vom KNP erklärt dessen Wesen so: „Das, worin wir übereinstimmen, ist die Rückkehr zu klassischen Nationalstaaten, die ihre wirtschaftlichen oder sozialen Probleme selbst lösen.“ Selbst lösen? Ein denkbar schlechtes Rezept für Polen, das von der Union die Hälfte seiner öffentlichen Investitionen finanziert bekommt. Nicht umsonst schauen wir hoffnungsvoll auf die 300 Mrd. Euro aus dem neuen EU-Haushalt.

„Wie ist es möglich, dass 7 von 11 Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen in Polen offen antieuropäische Ansichten präsentierten, obschon 89 Prozent der Polen das europäische Projekt unterstützen?“ ereifert sich Angelika Chomicka, die seit über 20 Jahren in Belgien lebende Beraterin von Janusz Lewandowski. Man fragt sich auch, welche Ansichten über die EU unser neuer Bühnenstar Paweł Kukiz vorstellen wird, die bisherigen Äußerungen lassen nichts Gutes erwarten.

„Ich zweifele nicht daran“ – sagte Kukiz in einem Presseinterview –, dass der Plan, den er (Donald Tusk) in Polen umgesetzt hat, die Auslöschung Polens, seine Entmündigung bedeutet. Er zielt darauf ab, dass Polen nur aus Agrotouristik und billiger Arbeitskraft besteht.“ Die EU – wie gewöhnlich – schuld? Wenn wir dazu noch die Haltung der jungen Wählerschaft von Kukiz und Janusz Korwin-Mikke hinzufügen, so erhalten wir auf europäischer Bühne potenzielle Unterstützung für Politiker wie Nigel Farage aus Großbritannien. Sicherlich ist der europäische Mainstream aus Christdemokraten und Sozialisten erheblich größer, und das EP wird europäisch bleiben, aber die Losung von der Rückkehr zu den Nationalstaaten geht um in Europa.

³ Marek Ostrowski: Znużony kontynent. Unia nagle straciła urok, tak jak u nas Platforma. W Europie modna staje się antyeuropejskość. In: Polityka, 24.06.-30.06.2015, S. 48-50.

1. Der ehemalige Ministerpräsident Frankreichs, Lionel Jospin, der deutsche Außenminister aus der Generation der 68er, Joschka Fischer, oder der Ministerpräsident Belgiens, Guy Verhofstadt, hielten noch leidenschaftliche Ansprachen über die Vereinigten Staaten Europas. Heute wundert sich niemand mehr über einen Titel wie „Das Ende der Europäischen Union?“. Die Union, ähnlich wie die Bürgerplattform in Polen, verliert an Schwung. „Das Haus in Flammen“ – so alarmiert beschrieb George Washington den Zustand der amerikanischen Konföderation am Vortag des Verfassungskonvents von Philadelphia im Jahre 1787. Die Amerikaner ohne gemeinsame Regierung und echten Haushalt, die einzelnen Staaten aufeinander eifersüchtig und zerstritten. Schließlich gelang es aber recht bald eine Verfassung und einen starken Staat zu schaffen.

Donald Tusk, der Ratspräsident der EU, ist nicht George Washington. Er könnte leidenschaftliche Ansprachen halten, aber er ist kein General und er hat keine Armee. Auch wurde er nicht mit dieser Rolle besetzt. Die Regierungschefs erwarten von ihm keine Visionen. Er soll nicht vorschlagen, sondern koordinieren. Der Koordinator glänzt nicht, er arbeitet im Schatten Anderer. Die Union ist in einen Teufelskreis geraten. Die Bürger machen sie für die Krise verantwortlich, aber sie möchten sie nicht wirklich mit Macht ausstatten. Wobei nur ein solcher Schritt erlauben würde, die Krise zu meistern. Nicht nur die Wahlen in Polen zeigen, dass Emotionen und eine entsprechende Narration heute am wichtigsten sind. Die EU ruft keine besonderen Gefühle hervor: man kann sich doch nicht in den gemeinsamen Markt verlieben, sagte der einstige Vorsitzende der Europäischen Kommission, Jaques Delors. Die EU verfügt aber auch nicht über eine moderne Narration, die die Menschen davon überzeugen könnte, dass „mehr Europa“ eine günstigere Lösung darstellt als „jeder auf eigene Faust“.

Noch schlimmer ist, dass Politiker gerne zu Argumenten greifen, die aus der EU, wenn nicht einen Gegner, so doch einen seelenlosen Bürokraten machen. In Frankreich ist nicht nur bei der Anhängerschaft von Marine Le Pen die dümmliche Meinung verbreitet, dass Brüssel befiehlt, den Gürtel enger zu schnallen. Wenn es nicht die Zwänge der Sparpolitik sowie die Sanktionen bei zu großen Defiziten gäbe, könnte man essen, trinken und den Gürtel lockern. In Griechenland bestehe die Schuld der EU darin, dass es dank des Euro so billige Kredite gab. Würde es den Euro nicht geben, hätte sich niemand Kredite leisten können. Dann wären die Griechen nicht verschuldet und hätten heute nicht das Elend mit der Rückzahlung. Klar, die EU ist schuld.

„Mit der Union ist es wie mit dem öffentlichen Eigentum in Zeiten der Volksrepublik Polen. Jeder möchte so viel wie möglich davon nutzen, etwas für sich abzweigen, aber niemand weiß dies zu schätzen“ – sagt ein langjähriger Brüsseler Mitarbeiter. In Frankreich unterstützen nur ältere Bürger über 65 Jahre statistisch (56 Prozent) die EU. Die Mehrheit (69 Prozent) der beruflich Aktiven, im Alter von 35 bis 49 Jahren, sprechen sich für weniger Integration aus.

2. Nehmen wir das Problem der Einwanderung, das heute zu einer ernsthaften Bedrohung für das EU-Prinzip der Solidarität geworden ist. Die Kommission möchte die am stärksten belasteten Italiener und Griechen entlasten; sie schlägt vor, 40.000 Immigranten, die über das Mittelmeer kamen, in EU-Staaten unterzubringen, davon 2.600 in Polen. Das sind kaum 6,5 Prozent der Gesamtgruppe für unser Land, das die sechstgrößte in Europa ist. Nach der Innenministerkonferenz der Mitgliedstaaten ließ unser Innenminister, Piotr Stachaczyk verlauten: „Polen ist nicht damit einverstanden, dass ihm aufgezwungen wird, wieviel Einwanderer es aufzunehmen hat.“

Es geht um das Wort, das in die Welt ging: „aufzwingen“, „Die Kommission zwingt auf“. Wieso ist es uns eigentlich unangenehm, wenn David Cameron sagt, dass die Union Großbritannien nicht aufzwingen kann, welche Familienzuschläge es den dort arbeitenden Polen zu gewähren hat?

Eine bewährte Methode, Europa in Polen mies zu machen, ist die gemeinsame Währung. Die Übernahme des Euro in Polen ist – statt von nüchterner Nutzenkalkulation bestimmt zu sein – zu einem ideologischen Schlachtfeld geworden. Gleichzeitig entsteht vor unseren Augen eine andere, bessere EU aus Euro-Staaten und harter Währung. „Falls Polen nicht in diese Gruppe kommt, wird es politisch und wirtschaftlich marginalisiert, sinken die polnische Wirtschaftskraft und der Lebensstandard der Polen drastisch“ – mahnt die Koalition Proeuro und erinnert an den ökonomischen Nutzen, der in zwei Berichten der Polnischen Nationalbank dokumentiert wurde.

Aber auch das nützt nichts. Entgegen diesen Berichten erklärt der neu gewählte Staatspräsident Andrzej Duda öffentlich, dass aktuell und auf absehbare Zeit der Beitritt zur Eurozone ungünstig sei. Und zwar so lange, bis sich Polen auf dem wirtschaftlichen Niveau Westeuropas befände. Allerdings wird Polen Zeit unseres Lebens dieses Niveau nicht erreichen, denn beispielsweise gibt es in Paris 16 Metrotrassen, während man in Warschau die zweite Trasse erst 20 Jahre nach der ersten eröffnete. Bei diesem Tempo würden wir die 16. Trasse erst nach 300 Jahren haben. Sollen wir so lange auf den Euro warten?

Wenn man die Institutionen der EU mit einer großen Korporation vergleicht, dann sieht das so aus: Der Rat der EU – 2.800 Mitarbeitende, 542 Mio. Euro jährlich; Die Kommission – 33.000 Mitarbeitende, 145 Mrd. Euro EU-Haushalt; das Europäische Parlament – 6.000 Mitarbeitende, 1,8 Mrd. Euro. Insgesamt beschäftigt die Union halb so viele Mitarbeitende wie ein großer Erdölkonzern. Und sie ist entgegen der landläufigen Vorwürfe preiswert. Sie kostet den durchschnittlichen Unionsbürger ca. 80 Eurocents täglich, in den meisten Ländern ist dies weniger als eine Tasse Kasse, und außerdem werden sowieso 94 Prozent ihres Haushalts in den Mitgliedstaaten ausgegeben – und nicht in Brüssel. Jede große Korporation gibt zudem Millionen für Logos und PR aus. Die Union tut dies weit weniger, sehr vorsichtig und nicht besonders geschickt.

Es genügt sich die Seiten des Generaldirektors für soziale Kommunikation (DG Comm) anzuschauen. Dort steht, wie die Union funktioniert – und das ist ein komplizierter Mechanismus von Verträgen, Vereinbarungen, Konsultationen und Prozeduren. Aber für die Menschen ist die Frage: „Wie funktioniert sie?“ weniger wichtig als die Frage „Wozu?“ Wozu existiert die Union? Diese Frage sollte jede/r Schüler/in den 28 Mitgliedstaaten beantworten können. In Polen könnte man Mickiewicz aus seinen politischen Schriften zitierten: „Die Regierungen Europas...schufen den nationalen Egoismus und Dutzende sich anfeindende Nationen.“ Dieses Fragment stammt aus der Mitte des 19. Jahrhunderts, stellt aber weiterhin eine aktuelle Mahnung dar.

3. Der Union fehlt ein echtes demokratisches Mandat – das ist ein weiterer bekannter Vorwurf der Euroskeptiker. Aber ist er berechtigt? Ist das nicht dasselbe, wie die Klage darüber, dass Polen bei den im Normandie-Format geführten Gesprächen zum Ukraine-Konflikt nicht beteiligt wurde. Aber selbst wenn wir dort vertreten wären, was hätten wir einbringen können? Welche neuen und originellen Vorschläge?

Der vor acht Jahren geschlossene Lissaboner Vertrag verlieh den Bürgern Europas das Recht auf Gesetzesinitiativen. Erst sieben Jahre nach dem Vertrag billigte die Europäische Kommission die erste Bürgerinitiative. Sie schützt den Zugang zu Wasser (Right2Water). War das am wichtigsten? Ist das ein Beweis dafür, dass partizipative Demokratie nicht funktioniert? Oder eher, dass es so stark zerstreuten Initiativen schwer fällt, sich durchzusetzen? Das Ergebnis erinnert etwas an die polnischen Bürgerhaushalte. Die Bürger/innen haben direkten Einfluss auf die kommunalen Haushalte, aber nur bis zu einem Prozent ihres Volumens. Die Wahlbeteiligung zum EP nimmt seit 1979 ununterbrochen ab, bei den letztjährigen Wahlen war sie rekordverdächtig tief – 42,5 Prozent. In Polen nicht ganz 24 Prozent, und in der Slowakei, die noch mehr von den EU-Mitteln profitiert als wir – 13 Prozent! Das Parlament hat die Motivation der Wähler untersucht. Die häufigsten Antworten: Weil ich normalerweise zur Wahl gehe – 41 Prozent. Weil mich die europäischen Angelegenheiten interessieren – 6 Prozent. Weil die EU in meinem Alltag eine große Rolle spielt – 6 Prozent.

Wie könnte es auch anders sein? Thema des Gipfels, den Donald Tusk am Montag (22.06.2015) geleitet hat, war die Verhinderung der griechischen Zahlungsunfähigkeit. Aber dieses Problem, das entweder als Verbleib im Euro oder als Rückkehr zur Drachme gelöst werden wird, beeinträchtigt unseren Urlaub auf den dortigen Inseln nicht. Die Union beschäftigt sich mit Makroökonomie, was unser Alltagsleben zwar beeinflusst, allerdings nicht unmittelbar. Die Union erweckt den Eindruck, als würde sie sich nur für Banken, Unternehmen und Politiker interessieren, hingegen besteht das europäische Volk in seiner Mehrheit nicht aus diesen Gruppen.

4. Mit der Kritik an der EU sollte man allerdings nicht übertreiben. Die ernsthaften Bedrohungen, die sich für unsere Gesellschaften aus dem schleichenden russisch-

ukrainischen Krieg und der aggressiven Haltung des Kreml im Osten des Kontinents und aufgrund des sog. Islamischen Staats sowie der Unglücksraben, die vor dem Terror und der Armut im Süden flüchten, ergeben, haben zur Folge, dass sich die Europäer dank dieser dramatischen Entwicklungen bewusst machen, dass es schwer ist, sich abzugrenzen, die Tür vor diesen auswärtigen Unruhen zu schließen. Und obschon die Union durchaus nicht geliebt wird, so erwartet man doch Lösungen von ihr und adressiert seine Postulate an sie. Weil man verstanden hat, dass die Nationalstaaten zu klein und zu schwach sind, um den Gefahren ein Ende zu setzen. Ironischerweise gemahnen diese Probleme an ein Europa, das Sicherheit garantiert und für gemeinschaftliche Stärke steht.

Beispielsweise will Deutschland die Autobahnmaut einführen, weil es Geld benötigt. Die vorgeschlagenen, kurzfristigen Gebühren für Ausländer sind zwar zu hoch, aber wir benötigen die deutschen Autobahnen, um in den Westen zu gelangen. Ähnliche Fälle von gegenseitiger Abhängigkeit spielen sich immer häufiger im Alltag der Normalbürger ab. Die Notwendigkeit, sich zu einigen, dringt immer stärker ins Bewusstsein der Bürger vor. „Die Europäer sind durchaus nicht weniger europäisch. Die Empörung der Deutschen gegenüber den Griechen und umgekehrt der Griechen gegenüber den Deutschen macht die gegenseitige Abhängigkeit bewusst. Die Krise hat gezeigt, wie stark wir in Europa voneinander abhängen“ – meint Krzysztof Blusz, der neue Vorsitzende des Think Tanks DemosEuropa.

Wie oft schon waren wir beim Klang des Wortes „Demos“ gerührt. Aber wo verbirgt sich denn dieses europäische Volk? Wie kann man von einem gemeinsamen Europa sprechen, wenn sich nur so wenige zu ihrem Europäer-Sein bekennen, aus Sorge, dass ihnen mangelnder nationaler Patriotismus vorgeworfen werden könnte? In Polen schadet zusätzlich der Ton, in dem die Europäische Union von der Kirche dargestellt wird. Die Zahl derer nimmt zu, die Papst Franziskus misstrauisch als verdächtigen Linken beäugen. Wie werden wir die neue Enzyklika aufnehmen, die zu Umweltschutz und zur Reduktion des Kohleverbrauchs aufruft? Als antipolnisch? Der kirchliche Diskurs ist mehr als euroskeptisch: der sich vor unseren Augen vollziehende Niedergang der westeuropäischen Zivilisation, Säkularisierung, Sittenverfall, die Auflösung der Familie – all dem sollen wir Anstrengungen entgegenstellen, um unsere angeblich bessere Kultur und Tradition, Staatlichkeit und Religion zu retten.

Das lässt für den Zusammenhalt der Gemeinschaft nichts Gutes erahnen. Offene Grenzen, ähnliche Autokennzeichen, die gemeinsame Farbe der Pässe, blaue Flaggen mit goldenen Sternen, verhaltene europäische Paraden am 8. Mai – diesen Weg des Aufbaus gemeinsamer Symbole beschreiten wir in der Union nicht mehr. Aber der europäische Traum wird nicht untergehen, denn obschon der europäische Demos nicht durch den Willen zur Einheit belebt wird, so bleibt uns doch der Demos des gemeinsamen Schicksals.

Rezensionen

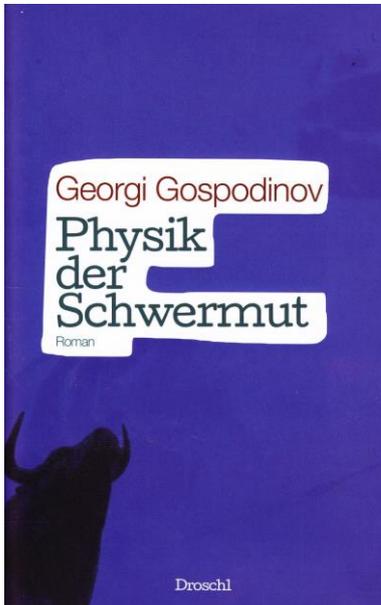
Georgi Gospodinov, *Physik der Schwermut* Literaturverlag Droschl Graz – Wien 2014, 336 S.

„Letzten Ende ist der Mensch, wenn wir immer noch Wert darauf legen, ihn als Maß aller Dinge aufzufassen, diesen Parametern des Flüchtigen näher – veränderlich, zum Sterben veranlagt, lebendig, aber vergänglich, unablässig vergehend.“

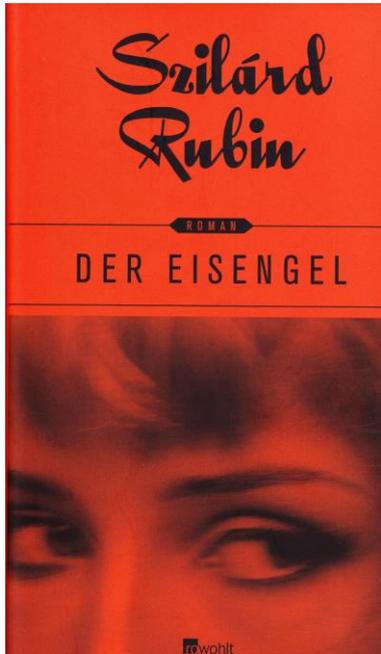
Georgi Gospodinovs poetisch-aphoristischer Roman *Physik der Schwermut* ist ein Buch der Verwandlungen, gleichsam ein Amalgam aus griechischen Mythologien, immer wiederkehrenden Fabelwesen, und der harten Realität von über vierzig Jahren kommunistischer Herrschaft und grandios fehlgeschlagenem, sozialistischen Menschenexperiment in seinem Heimatland Bulgarien. Der Minotaurus im Labyrinth wird für Gospodinov zum Sinnbild der Geschichte Bulgariens im 20. Jahrhundert. Er wohnt in Gestalt eines Kindes bzw. jungen Mannes in der elterlichen Souterrainwohnung. Die Abschottung wird zum

Symbol der Randlage seines Landes, am Rande Europas, weitestgehend isoliert von Demokratie und individueller Freiheit. Immer wieder kreist der schwermütig melancholische Grundton des Romans um die Frage, wer ist „Ich“ und wie viele Ichs existieren. Die verrinnende Zeit und dahinschwindenden Augenblicke im Leben lassen Anspielungen an den Surrealismus, aber auch an Goethe und Ovid erkennen. So wird der junge Minotaurus zum Wanderer zwischen den Generationen, „mit den Augen des Großvaters“ begegnet er Familienmitgliedern zu unterschiedlichsten Zeiten und versucht, die Zeit in Behältern einzufangen. Gospodinov kann „keine lineare Erzählung anbieten, weil kein Labyrinth und keine Geschichte linear ist.“ Deshalb muss er immer wieder zum „Minotaurus der Kindheit“ zurückkehren. Gibt es etwas zwischen „Kindheit und Tod. Und nichts dazwischen. Außer Dunkelheit und Schweigen“? Die Begegnungen sind selten intensiv, eher flüchtig. Es sind Erinnerungssplitter, die bleiben, eingewoben in dem großen Wurf. Dafür hat Gospodinov genau die richtige Romanform gewählt. Er bedient sich im reichen Laden der literarischen Genres, „vom Sokratischen Dialog bis zum Epos ... vom Märchen über den Traktat bis zur Liste.“ Selbst „Instruktionen für Schlachthöfe“ dürfen nicht fehlen. „Hier und da sind bekannte Gesichter zu sehen, einige Leute aus der Universität, ein Dichter. Die Gesichter sind angespannt, die Körper steif, linkisch, unsere Klamotten fast identisch, schlechte Schnitte, Konfektion. Ja, im Gegensatz zu den 60er Jahren, die wirklich sexy waren, farbig, sie wussten sich anzuziehen, endeten die 80er wie auch der ganze Kommunismus hässlich.“

Mit großem Einfühlungsvermögen durchsteuert Gospodinov, entgegen den physikalischen Gesetzen von Raum und Zeit, viele überraschende Wendungen, immer auf der Suche nach dem Fetzen Wahrheit und Wahrhaftigkeit, der in der Tristesse des sozialistischen Realismus aufzuspüren ist. So wird der Protagonist zum ruhelosen



Sucher, kehrt immer wieder „an den traurigsten Ort der Welt zurück“, seine „Melancholie überschwemmt langsam die Welt“. Die Selbstreflexion mündet in der Erkenntnis, dass irgendwie „jede Jahreszeit Herbst ist“ und man wirklich nach etwas ganz anderem suchen muss, um zu sich und zur eigentlichen Welt zu finden. Beinahe fühlt man sich an Kafkas Das Gesetz erinnert, man muss nur die letzte und auch einzige, für sich selbst bestimmte Tür aufstoßen und durchschreiten. *gs*



Szilárd Rubin, *Der Eisengel* Rowohlt Verlag Berlin 2014, 223 S.

„Man hat den Eindruck, als wäre Piroska weniger ein Mensch als ein lieblich plätschernder Bach gewesen, in dem leider beim Bootfahren fünf Schulkinder ertrunken sind.“

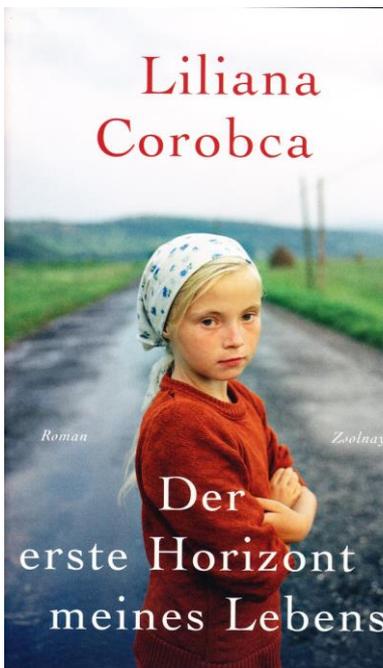
Szilárd Rubin wurde erst sehr spät die Anerkennung zuteil, die ihm in Wirklichkeit schon wesentlich früher zugestanden hätte. Die Wiederentdeckung seiner sprachlich äußerst präzisen, in lakonischem Ton gehaltenen Romane ist in den letzten Jahren in Mode gekommen. In der poststalinistischen Periode der 1960er Jahre passte der ideologiefreie Ton seiner Romane mit seinen sozialismuskritischen Anspielungen nicht in die Zeit und fand daher keine Beachtung. Selbst die ungarische Wikipedia-Website liefert nur ausgesprochen dürre Informationen zu Szilárd Rubin. Dabei handelt es sich um einen völlig zu Unrecht vergessenen Schriftsteller, der 1927 in Budapest geboren wurde und 2010 in Tapolca verstarb. Schon in seinem Roman *Kurze Geschichte von der ewigen Liebe* zeigt Rubin seine meisterhafte Sprachökonomie, die sich auch im Dokumentarroman *Der Eisengel* fortsetzt. Eine mysteriöse Mordserie und das Verschwinden von fünf Mädchen im ostungarischen Törökszentmiklós Anfang der 1950er Jahre stellen den kriminalistischen Hintergrund des Romans *Der Eisengel* dar. Der ungarische Originaltitel „Aprószentek“ ist dabei eine Anspielung auf den im Matthäusevangelium erwähnten Kindermord durch Herodes. Rubin verfolgt den Kriminalfall viele Jahre lang, recherchiert und ist offenbar hingezogen zu der schönen, eiskalten Mörderin. Ihn interessieren weniger die grausamen Verbrechen oder gar die Motive als die Anziehungskraft von Piroska Jancsó, der gutaussehenden zweifachen Mutter und fünffachen Mörderin. Handelt es sich hier gar um ein „Gleichnis“ oder ist „die ganze Geschichte offenbar ein aus Spiegelbildern bestehender Irrgarten“? *Der Eisengel* ist vordergründig als Dokumentarroman angelegt, darf aber als solcher nicht missverstanden werden. Nicht nur Anspielungen aus dem Neuen Testament spielen eine wichtige Rolle. Auch der Name der Kindermörderin Piroska (Rotkäppchen) bezieht sich auf das berühmte Märchen der Gebrüder Grimm – nur mit gänzlich umgekehrten Vorzeichen. „Einem Kind ist es gleich, ob ein Schaf oder Wolf vor ihm steht, es möchte beide streicheln ...“ Ist Piroska nur eine „Verbrecherin, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat“ oder eine Parabel auf das 20. Jahrhundert? Denn sie liegt zeitlich gleichsam am Schnittpunkt zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs, dem Holocaust und dem Untergang des NS-Regimes sowie dem Stalinschen Terror, der in Ungarn in der Ära von Mátyás Rákosi bis in die 1950er Jahre herrschte. Für Rubin ist zudem die Rolle der sowjetischen Besatzungsmacht und des KGB im Fall der Mordserie sowie der letztlichen Verurteilung und Hinrichtung der mutmaßlichen Mörderin Piroska Jancsó nie ganz geklärt worden. So gelingt es Rubin, einen atmosphärisch dichten Kurzroman zu schreiben, in dem das Dokumentarische für ihn gleichsam zu einer Obsession wird. „Die Wahrheit macht wirklich frei, aber nur von der Sünde und nicht von der Staatssicherheit.“ gs

László Krasznahorkai, *Die Welt voran* S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2015, 409 S.

Ich ließe alles hier, die Täler, die Hügel, die Pfade und die Eichelhäher aus dem Garten, ich ließe hier alles stehen und liegen, Himmel und Erde, Frühling und Herbst. ich ließe hier die Magie, das Rätsel, den Rausch der Weiten, Unerschöpflichkeiten und Ewigkeiten: denn ich ließe hier diese Erde und diese Sterne, denn ich nähme nichts von hier mit, denn ich habe in das hineingeblickt, was kommt, und ich brauche nichts von hier.

László Krasznahorkai galt schon immer als der eigenwilligste der ungarischen Gegenwartsautoren und ließ sich in kein literarisches Schema pressen. 2015 wurde ihm der renommierte Man Booker International Prize zuerkannt. Mönchisches Erscheinungsbild und mystisches Staunen paaren sich bei ihm mit einem ausufernden Detailwissen über Kunsthandwerk, Architektur und Malerei. Seine früheren Romane *Melancholie des Widerstands*, *Satanstango*, *Der Gefangene von Urga* und *Krieg und Krieg* werfen immer wieder die Frage auf nach der Unfähigkeit des in der Zwangsgemeinschaft lebenden Menschen zur Selbstbefreiung, der Selbstaufgabe verlorener Seelen und den mangelnden Willen, sich gegen die erdrückende Fremdbestimmung zu stemmen. Schon im Erzählband *Seiōbo auf Erden* begab sich Krasznahorkai auf die Suche nach dem Wahren, nach dem Heiligen im Leben – oder nach dem Spirituellen ohne zugleich nach Gott suchen oder ihn gar beweisen zu müssen. In den Erzählungen *Die Welt voran* entfaltet er nun nicht nur aufgrund seiner oft viele Seiten langen Sätze einen schier endlos anmutenden, jedoch sehr rhythmischen Erzählstrom. Die Erzählungen weisen eine große Gemeinsamkeit auf, die Suche nach dem Sinn im Sinnentleerten, nach dem Göttlichen ohne Gott, nach dem Aufstieg vom Nullpunkt aus und nach Transzendenz in der nihilistischen Immanenz. Eine ganz besondere Herausforderung stellen die Erzählungen für die Übersetzerin Heike Flemming dar, da Krasznahorkai eine Fülle von listenreichen Anspielungen, Neologismen und seltenen Fachbegriffen verwendet. László Krasznahorkai breitet in seinen Erzählungen eine Poesie des Werdens und Vergehens aus, aber auch ein Aushauchen des Lebens. Er schreibt vom Wesen der Dinge und vom Wesen des Nichts. Er begegnet griechischen Philosophen und auch Jurij Gagarin. Und er verliert sich schnell in der Wüste der abstrakten Leere. Exemplarisch dazu seine Exkursion ins historische Niemandsland Extremadura. Wovon man nicht sprechen kann, davon soll man auch nicht schreiben. Das möchte man ihm zurufen. Der Erzählband Krasznahorkais versucht verzweifelt, ein Gegengewicht gegen das „ganze hinfällige, sinnlose, öde und überflüssige Leben“ zu sein. Krasznahorkai möchte sich ein „Denkmal der Vergewöhnlichkeit“ setzen, will „Ruhe als Antwort auf eine unsagbar beklemmende, schmerzende, wahnsinnige Unruhe“, kostet „vom tödlich schmeckenden Honig“ der Erkenntnis und ist doch ein moderner Irrfahrer, der aber im Gegensatz zu Odysseus nicht recht vom Fleck kommt. Im Gegensatz zu seinen brillanten Romanen verlieren sich seine Erzählungen jedoch oftmals im Nirwana der nihilistischen Nabelschau, auch wenn sie ein Gegengewicht gegen alle vordergründig diesseitige Erzählkunst darstellen wollen. *gs*





Liliana Corobca, Der erste Horizont meines Lebens
Zsolnay Verlag, Wien 2015, 191 S.

„Stimmt es, dass dort, in den sehr reichen und entwickelten Ländern, die Kinder zu nichts zu gebrauchen sind? Stehen sie nicht ihren Eltern bei, kümmern sie sich nicht um ihre Geschwister, können sie kein Essen zubereiten oder Ziegen melken? Kleine Parasiten im Nacken der Eltern! Mit Vätern, Müttern, Kindermädchen, Erzieherinnen, und sie, pummelig und dümmlich, lassen sich waschen, ernähren, anziehen, schlafen legen, aufwecken und erziehen.“

Liliana Corobca kommt aus dem völlig unbekanntem Teil in Europa, einem Dorf im „schäbigen Schmuckkästchen“ (Noémi Kiss) in Südosteuropa. Moldawien finden die meisten Mittel-, West- und Nordeuropäer noch nicht einmal auf der Landkarte. Und auch googlemaps kennt wahrscheinlich nicht den Unterschied zwischen dem rumänischen Landesteil Moldawien/Moldau und der Republik Moldau (Moldawien, Moldova). Typisch ist für viele postkommunistische Länder, dass Abertausende von erwachsenen Bewohnern im Ausland arbeiten, in „haushaltsnahen“ Dienstleistungsbereichen oder als Bauarbeiter, in der Landwirtschaft oder in der Industrie als angelernte Arbeiter. Das Schicksal der zurückgebliebenen Kinder schildert Liliana Corobca sehr eindrucksvoll oszillierend zwischen Trübsal und kindlicher Ungezwungenheit, zwischen dem grenzenlosen Mut zu Entdeckungen und der krankmachenden Sehnsucht nach den Eltern. So speist sich die kindliche Erinnerung aus den kleinen, jedoch existenziellen Dingen des Lebens – menschliche Wärme, Gerüche, Klänge und Farben. Und doch kontrastiert Liliana Corobca dies gekonnt mit dem Verborgenen, dem Geheimen und Geheimnisvollen im Leben.

Ihre Protagonistin Cristina ist ein junges, zwölfjähriges Mädchen, hat zwei jüngere Brüder, aber keine Mutter und keinen Vater. Während die Mutter für tausend Euro italienische Gören versorgt, arbeitet der Vater im Bergbau in Russland. Sie wird notgedrungen zur Ersatzmutter ihrer viel jüngeren Brüder und versorgt Haus und Hof, geht zur Schule, liebt das Fach Chemie und träumt von Würde und der Hoffnung auf ein besseres Leben. Aber damit meint sie nicht das materielle Leben der verwöhnten Kids im Westen, sondern die Erfüllung der Sehnsüchte und des Wartens. Ihr Dorf ist ein „Ort der Unrast, ein zur Hälfte geschlossener Raum ... verborgen, verlassen und von allen vergessen“, und er ist auch ein „Ort der Ängste“. Es ist das „Warten, wie ein gewaltiger Blumenstrauß, größer als ich selbst“, aber auch „wie eine unterdrückte Krankheit, ein beharrlicher Virus“, der Cristina zur Flucht in Träumereien treibt. Liliana Corobca gelingt mit ihrem Kurzroman ein wahres Kleinod, eine erwachsene Kindergeschichte vom „Rand der Welt“, denn am „Horizont gehört alles dir“, man muss nur den „ersten Horizont des Lebens“ aufsuchen, wenn nicht, dann bleibt der Horizont nur irgendeine Linie, wie ein belangloser Wegrand, an dem man achtlos vorbeigeht. gs

Bora Ćosić, Die Tutoren
Schöffling und Co. Verlag, Frankfurt am Main 2015, 792 S.

Mensch: geschaffen, damit jeder von eigener Art sei und keinem andren ähne, außer dem Leibe nach, denn ansonsten wäre er ein Affe oder ein Nichts. Welt: alles, was es gibt und ohne das es nichts gäbe. Draußen ein Loch, drinnen die W., und in der Gutes und Böses, mehr Böses als Gutes, wo auch sonst, wenn nicht auf der Welt.

Wer sind die Tutoren? Unsere Vorfahren, die uns Sprache und (auch belanglose) Geschichten mitgeben? Unsere Erinnerungssplitter, die bis in die früheste Kindheit zurückreichen? Oder Einsager, die die Ichgrenze, die uns von der Welt trennt, überwinden und in unser Allerinnerstes eindringen, sodass wir überhaupt etwas von der äußeren Welt wahrnehmen? Für Bora Ćosić sind die Tutoren vor allem die Schaffenden der „Wider-Sprache“ oder „Nicht-Sprache“, also der Sprache der Bürokraten, der Gesetze, Verordnungen, Auflistungen und Rechnungen, der massenweisen Unerheblichkeiten im Leben, des allergrößten Teil unseres sprachlichen Lebens, der zwar überflüssig, aber auch „sehr unterhaltsam“ sein kann. Und genau daraus erschafft Ćosić ein wundersames Schriftwerk voller Anspielungen und Verwirrungen.

Bora Ćosić, geboren 1932 in Zagreb, ist ein serbischer und kroatischer Romanschriftsteller und Essayist, der schon seit vielen Jahren hauptsächlich in Berlin lebt und in den frühen 1990er Jahren aufgrund der Konflikte mit dem Milošević-Regime sein Heimatland verließ. Interessanterweise ist er einer der letzten verbliebenen Schriftsteller aus Ex-Jugoslawien, der seine Sprache serbokroatisch nennt und die Ausrichtung jedweder nationalen Literatur ablehnt. Sein bislang bekanntester Roman Die Rolle meiner Familie in der Weltrevolution erschien 1994 auf Deutsch und wurde auch für das Theater adaptiert. Die Periode nach dem Verlassen von Belgrad ist hauptsächlich durch das Schreiben von Essays bestimmt, unter denen auch das Tagebuch eines Heimatlosen (1993) ist. Bereits im Jahr 2002 wurde Ćosić mit dem Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung ausgezeichnet.

Bora Ćosićs Mammutwerk aus den 1970er Jahren ist ein gänzlich ungewöhnlicher Roman, gern in den Feuilletons verwendete Vergleiche mit James Joyce's Ulysses verbieten sich jedoch. Solche Werke sind wie in der Physik „singuläre Ereignisse“ in der Weltliteratur. Gleichwohl zieht Ćosić eine Menge an Registern aus dem literarischen Zauberkasten und entwirft ein postmodernes Panoptikum seiner südosteuropäischen Heimat der letzten zweihundert Jahre. Er würde eigentlich besser in die moderne Klassik passen, seine stilistischen Eskapaden spiegeln aber viel eher den Zeitgeist der europäischen Literatur nach dem Zweiten Weltkrieg wider. Und natürlich wird ein derart ungewöhnlicher Roman, der sowohl Elemente eines Lexikons als auch ein umfangreiches Theaterstück aufweist, schnell zum zerpfückten und bis ins kleinste Detail analysierten Objekt der Literaturwissenschaft. Die meisten

BORA ĆOSIĆ DIE
TUTOREN ROMAN



SCHÖFFLING & CO.

Literaturwissenschaftler haben allerdings bis heute nicht verstanden, dass man Bücher nicht liest, um schlauer zu werden (und diese zu Tode zu analysieren), sondern weil es Spaß macht. Hier kann man gern dem großartigen polnischen Schriftsteller Andrzej Szczypiorski folgen!

Die Tutoren bilden eine über 150 Jahre umfassende Familienchronik aus Slawonien und bieten eine Fülle von Mitwirkenden. So reihen sich scheinbar „unerhebliche Vorkommnisse“ sowie Überflüssiges an Tiefgründiges aus der Geschichte von Ćosićs Heimat. Das Besondere ist die Banalität der Alltags- und Gebrauchssprache. Der orthodoxe Priester Theodor (1828) eröffnet im 19. Jahrhundert den Reigen mit einem ganz eigenen Lexikon des Lebens, „jenes Ganze, welches nur der Tod zerschlagen kann; wie eine Schachtel, manche enthalten kostbare Teile, andre sind leer.“ Fortgesetzt wird die Chronik von Katharina (1871), der energischen Frau, die die k.u.k. Monarchie hochhält und während des Ersten Weltkriegs ermordet wird. „Für die Menschheit sowohl in Grunt, Slawonien, als auch in unserem schönen Kaiserreich und auf der ganzen Welt wird es besser sein, dass ein Berg steht, als wenn er imstande wäre, seinen Platz zu verlassen und herumzulaufen und alles vor wie hinter sich zu zertreten.“ Im dritten Teil Laura (1902) treibt es Ćosić fast auf die Spitze und entwirft ein Theaterstück à la Tschechow, nur um dann den Stilbruch vollends durchzuziehen bis hin zu seitenlangen Bestell- und Rechnungslisten. Lazar (1938) dringt dann tief ein in die Wirren des 20. Jahrhunderts, kontrastiert den „Gipfel der Vollkommenheit“ mit dem „Ende der Welt“, und „so verrinnt das Leben Blatt für Blatt.“ Der Autor (1997) beerdigt zum Abschluss des Werks endgültig den „klassischen Roman“, denn eigentlich „ist der glücklichste Schriftsteller der, der in einem Volk von Analphabeten lebt.“ So erschafft Ćosić aus den Trümmern seines Massakers ein von Brigitte Döbert hervorragend übersetztes singuläres Werk der europäischen Literatur. *gs*

Martin Beischl, Die Europapolitik kroatischer Parteien. Leitbilder, Prioritäten, Entwicklungsperspektiven.
Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2014, 331 S.

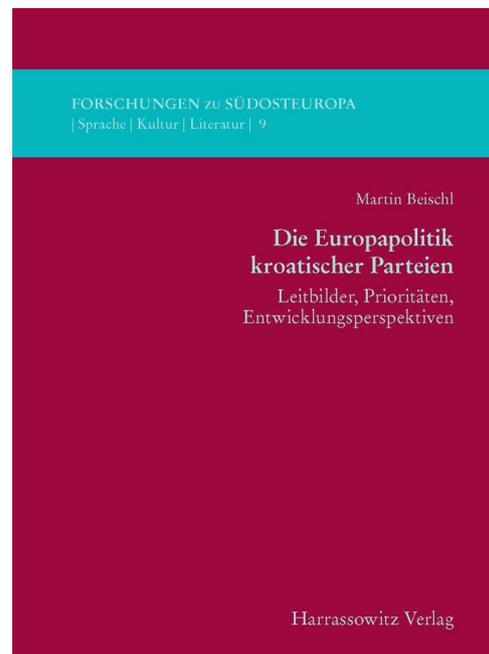
Der Autor setzt sich zum Ziel, in seiner Arbeit die Positionen der politischen Parteien in Kroatien in Bezug auf die gewünschte Entwicklungsrichtung der europäischen Integration herauszuarbeiten. Dabei verfolgt er einen sozialkonstruktivistischen Ansatz, bei dem man davon ausgeht, dass das internationale System sozial und durch Normen strukturiert wird. Methodisch betrachtet bedient sich Beischl der Inhaltsanalyse mit einem aus vier Ebenen bestehenden Kategorienschema, das auf die grundlegenden Legitimationsmöglichkeiten einer politischen Ordnung – Partizipation, Leistung, Identität – rekurriert. (S.24)

In die Untersuchung werden drei verschiedene Quellenarten einbezogen:

Parlamentsdebatten aus dem kroatischen Sabor, programmatische Dokumente der im Parlament vertretenen Parteien sowie Presstexte aus den beiden wichtigsten Tageszeitungen und Wochenzeitschriften. Insgesamt stellt der Autor vier Forschungshypothesen auf, in denen grundsätzlich davon ausgegangen wird, dass angesichts des detaillierten aquis communautaire im Rahmen des EU-Beitrittsprogramms den kroatischen Parteien nur ein geringer Spielraum bleibt, um eigene europapolitische Ideen zu entwickeln. Diese Hypothesen werden durch die Ergebnisse der Arbeit weitgehend verifiziert.

Nach der Darstellung des strukturellen Rahmens und der Akteure der kroatischen Europapolitik werden die maßgeblichen großen, aber auch kleinere, regional aktive Parteien charakterisiert. Insgesamt handelt es sich um 13 Parteien, die einer einheitlichen, ausdifferenzierten Systematik folgend auf ihr europapolitisches Leitbild (Struktur des europapolitischen Ideensystems, Elemente des europapolitischen Leitbilds, Grundverständnisse des europapolitischen Leitbilds, Sekundäre Aspekte und Ziel-Mittel-Relationen) untersucht werden. Im Einzelnen handelt es sich um die folgenden Parteien:

- Hrvatski Demokratski Sabor Slavonije i Baranje (HDSSB) Kroatische Demokratische Versammlung Slawoniens und der Baranja
- Hrvatska Demokratska Zajednica (HDZ) Kroatische Demokratische Gemeinschaft
- Hrvatska Građjanska Stranka (HGS) Kroatische Bürgerpartei
- Hrvatski Laburisti (HL) Kroatische Laburisten
- Hrvatska Narodna Stranka (HNS) Kroatische Volkspartei
- Hrvatska Socijalno-Liberalna Stranka (HSL) Kroatische Sozialliberale Partei



- Hrvatska Stranka Prava (HSP) Kroatische Partei des Rechts
- Hrvatska Stranka dr. Ante Starčević (HSP AS) Kroatische Partei des Rechts Dr. Ante Starcević
- Hrvatska Seljačka Stranka (HSS) Kroatische Bauernpartei
- Hrvatska Stranka Umirovljenika (HSU) Kroatische Rentnerpartei
- Istarski Demokratski Sabor (IDS) Istrische Demokratische Versammlung
- Socijaldemokratska Partija Hrvatska (SDP) Sozialdemokratische Partei Kroatiens
- Samostalna Demokratska Srpska Stranka (SDSS) Selbstständige Demokratische Serbische Partei

Jedes diesen Parteien gewidmete Kapitel wird von einem Zwischenfazit abgeschlossen, in dem die zuvor erhobenen Daten und Informationen aus der Inhaltsanalyse stringent zusammengefasst werden. Aus den zusammenfassenden Analysen lassen sich nach Beischl alsdann fünf grundlegende Leitbildmodelle ableiten:

A: Europäische Föderation der Nationalstaaten und Regionen

Diesem Modell werden die Parteien HNS, IDS und SDP zugeordnet, die die supranationale Zusammenarbeit zwischen Staaten und Regionen im Rahmen der europäischen Integration dezidiert positiv bewerten. Sie sind internationalistisch ausgerichtet und fordern einen kritischen Umgang mit der überwiegend negativ perzipierten kroatischen Geschichte.

B: Subsidiäre europäische Föderation der Nationalstaaten

Dieses Leitbild vertreten HDZ und HSS: In ihrem Verständnis sind die EU-Mitgliedsstaaten und nicht die Unionsbürger als Individuen Träger der EU-Rechtsnormen. Die souveränen Nationalstaaten werden als zentrale außenpolitische Akteure verstanden, der EU-Beitritt Kroatiens soll möglichst individuell erfolgen, ohne ein Junktim zu den Staaten des westlichen Balkans. Im Vergleich zu HNS, IDS und SDP wird eine wesentlich schwächere Integration in die EU-Strukturen befürwortet.

C: Protektionistische Föderation

Diesem Leitbild haben sich HL und HSU verschrieben. Beide Parteien sprechen sich für einen distributiven Wohlfahrtsstaat und eine äußerst restriktive Liberalisierung des kroatischen Marktes aus. Ziel ist die Wiederbelebung der ökonomischen Souveränität Kroatiens.

D: Kooperation souveräner Nationalstaaten

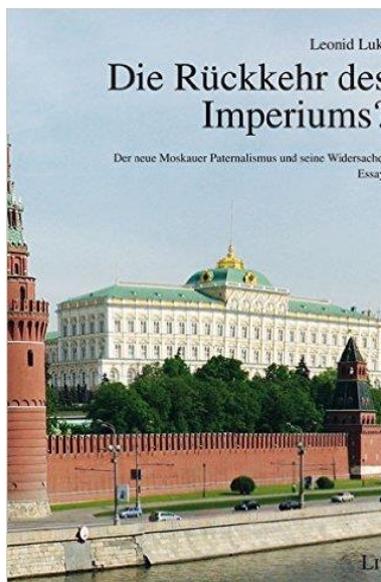
Dieses Modell vertritt lediglich eine Partei, die HDSSB, die unmittelbar geltende supranationale Rechtsnormen grundsätzlich ablehnt. Für eine engere Integration spricht man sich nur im Politikfeld der Wohlfahrt aus, zumal auch auf EU-Ebene Elemente eines distributiven Wohlfahrtsstaats angestrebt werden.

E: Autonomer Nationalstaat

Als integrationsfeindlich und den autonomen Nationalstaat befürwortend präsentiert sich die HSP: Rechtsnormen der EU werden nur als Rahmenregelungen akzeptiert, Menschenrechte werden expliziert aus der Zuständigkeit der EU ausgeklammert.

Auf die vom Autor in einem kurzen Abschnitt charakterisierten Sonderfälle kann nicht gesondert eingegangen werden. Es genügt festzustellen, dass die drei Parteien HSLS, HSPAS und SDSS jeweils eine Mittelposition zwischen zwei verschiedenen Modellen einnehmen.

Die Untersuchung von Beischl erweist sich als überaus detailliert und informativ, besonders im Hinblick auf Parteien, die einem interessierten deutschsprachigen Leser bis dahin weniger bekannt sein dürften. Der inhaltsanalytische Ansatz des Autors, der einem festen Untersuchungsraaster folgt, ist zielführend und im Hinblick auf die Ableitung der fünf grundlegenden Leitbildmodelle erkenntnisfördernd, erweist sich aber aufgrund der zwangsläufig auftretenden Redundanzen als wenig leserfreundlich. Unabhängig davon liefert das Buch wertvolle Daten, Informationen und Analysen, die es erlauben, die politische Landschaft und die europapolitischen Aspirationen und Desiderate des jüngsten EU-Mitgliedstaats besser einzuordnen und zu verstehen. zw



Leonid Luks, Die Rückkehr des Imperiums? Der neue Moskauer Paternalismus und seine Widersacher. Essays.

LIT Verlag. Berlin 2015, 133 S.

Der Eichstädter Osteuropahistoriker Leonid Luks legt hier eine Sammlung von Essays vor, die in ihrer Mehrzahl bereits in der Zeitschrift „The European“ veröffentlicht wurden. Luks betont in der Einleitung, dass es sich um Skizzen handle, die keine erschöpfenden Antworten auf die von ihm aufgeworfenen Fragen geben können. Die beiden Grundfragen, die als roter Faden sämtliche Beiträge durchziehen, lauten: Kehrt das sowjetische Imperium – eventuell in neuer Gestalt – auf die politische Bühne zurück? Und zweitens: Will die russische Gesellschaft ihre „antiimperiale Entscheidung“ (1991 Wahl Boris Jelzins zum ersten demokratisch legitimierten Staatsoberhaupt in der Geschichte Russlands) revidieren? Mit der Erosion der „zweiten“ russischen Demokratie (1991-2000) und einer möglichen Rückkehr des Imperiums beschäftigt sich der Autor demnach auch in den ersten Abschnitten seiner Darstellung. Dabei beruft er sich auf eine Reihe bekannter Koryphäen der Sowjetforschung und -deutung (Andrej Amalrik, Juliusz Mieroszewski, Isaac Deutscher), stützt sich aber auch in hohem Maße auf die Schriften des ansonsten weniger rezipierten russischen Exilhistorikers Georgij Fedotew, der sich immer wieder mit der für die russische und sowjetische Geschichte so charakteristischen Frage beschäftigte, ob es das geradezu obsessive Festhalten am russischen/sowjetischen Imperium war, das verhindert habe, dass sich in Russland eine demokratische Zivilgesellschaft westlicher Prägung herausbilden konnte. Luks greift zum Teil weit in die russländische Geschichte zurück, wenn er historische Vergleiche oder Analogien formuliert (Russland nach dem Krimkrieg und nach der Auflösung der Sowjetunion; Die Abkehr vom petrinenischen Vermächtnis... und die erneute Entfremdung von West und Ost), und markiert damit mehr oder minder plausible Kontinuitäten in der russländischen Geschichte. Auch enthalten die einzelnen Artikel zahlreiche ideengeschichtliche Erwägungen und Vergleiche, wobei der Autor sich zum Beispiel mit der nach der Oktoberrevolution, besonders im Exil, entstandenen Eurasier-Bewegung (Nikolaj Trubeckoj) oder den obskuren Endzeitvorstellungen des ultrakonservativen großrussischen Chauvinisten Aleksandr Dugin beschäftigt. Diese wenig realistischen, messianistischen Wunschvorstellungen grenzt er von der eher pragmatischen Konzeption einer Eurasischen Union unter Führung Wladimir Putins ab, die als „heilige Allianz“ sämtliche demokratische Bewegungen im postsowjetischen Raum bekämpfen soll. Dass gerade der ukrainische Euro-Maidan für die Putin-Equipe in diesem Kontext kontraproduktiv war und einen Schock darstellte, der die Legitimität der „gelenkten Demokratie“, und damit den sog. „Putinismus“ in Russland gefährden konnte, steht dabei auch für Luks außer Frage. Dass Putin auf diese „Provokation“ des Westens mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln – inklusive militärischer Intervention – reagiert (hat), dient(e) vor allem dem eigenen Machterhalt.

In mehreren Beiträgen diskutiert der Autor auch Themen, die in der Vergangenheit immer wieder aufgeworfen wurden und bis heute aktuell geblieben sind. Etwa die Frage, ob es einen fundamentalen Gegensatz zwischen russischen und westlichen Wertvorstellungen gibt? Oder, ob es in Russland eine echte Auseinandersetzung mit der eigenen totalitären Vergangenheit gegeben hat? Dabei kommt er zu dem allfälligen Schluss, dass die „Eurasier“ seit geraumer Zeit einen wesentlich größeren Einfluss auf die russländische Gesellschaft ausüben als die Westler, die besonders seit dem Ukraine Konflikt mit Hilfe des staatlichen Propagandaapparats in die Defensive gedrängt werden. Dass Russland sich dabei immer stärker selbst isoliert und in eine Sackgasse manövriert, steht für den Autor dabei außer Frage.

In weiteren Beiträgen wird die Frage aufgeworfen, ob Russland eine Freiheits- und Demokratieperspektive habe. Auch hier holt der Autor weit aus (v. Herberstein, Possevino, Marquis de Custine), bescheinigt aber diesen sowie zeitgenössischen Kommentatoren der *conditio russa*, die immer wieder den russischen Hang zur Despotie hervorhoben, ein klischeehaftes Bild der Russen, indem er auf deren Freiheitsliebe und die zahllosen Bauernaufstände, Revolten und die vier Revolutionen des 20. Jahrhunderts abhebt. Luks erklärt, warum das nach der Februarrevolution 1917 errichtete freiheitliche System bereits nach acht Monaten scheiterte und sich schließlich der Stalinismus etablieren konnte. Er legt ebenfalls dar, warum selbst nach der Abrechnung mit dem Stalinismus (1956) und dem durch die Perestrojka eingeleiteten Zerfall der UdSSR (1991) der Aufbau einer echten Zivilgesellschaft in der Russischen Föderation nur wenig Chancen hatte, und nur von relativ kleinen Oppositionsgruppen und Menschenrechtsaktivisten getragen wurde. Trotz all dieser vergeblichen Befreiungsversuche hält Luks eine Abkehr des Landes vom aktuell dominierenden imperialen Trend für möglich. In diesem Zusammenhang erinnert er an die überraschend deutlich ausgefallene Wahl Boris Jelzins zum russischen Staatsoberhaupt (12. Juni 1991). Bekanntlich stirbt die Hoffnung zuletzt und sicherlich ist dem Autor zuzustimmen, dass Klischees und Pauschalurteile, mit denen gerade die gegenwärtige russische Führung massiv operiert, indem sie im Inland kritische Stimmen ausschaltet und im Ausland eine aufwändige Putin-Propaganda betreibt, nicht weiter helfen. Angesichts dieser rigoros vorgetragenen antiwestlichen „Feindpropaganda“, die in der staatsmonopolistisch manipulierten russländischen Gesellschaft auf hohe Zustimmungsraten trifft, scheint der zivilgesellschaftliche Traum zunächst und wohl auch auf absehbare Zeit ausgeträumt zu sein. Die jetzige russische Führung tut hingegen alles, um die traumatischen Erfahrungen mit einem gescheiterten Imperium in einen neuen imperialen Traum umzumünzen. Dazu sind ihr offenbar alle Mittel recht, während der Aufschrei der (zusehends stärker unterdrückten) Gesellschaft ausbleibt – und das Volk schweigt. Zu diesem Zwischenfazit kommt Luks in seinen hier veröffentlichten historischen, leider etwas redundanten Skizzen nicht, vielmehr lässt er die eingangs aufgeworfenen Grundfragen weitgehend offen. Insofern ist der Erkenntnisgewinn nach Lektüre dieses Buches im Hinblick auf die aktuelle Position und Ausrichtung eines wie auch immer gearteten präsumptiven russischen Imperiums eher bescheiden. zw



Heinz A. Richter, Der Krieg im Südosten. Band 2. Makedonien 1915-1918. Harrassowitz Verlag 2014, 202 S.

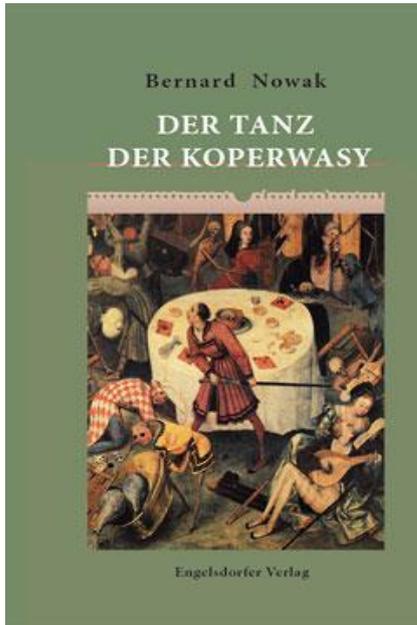
Im Mittelpunkt des zweiten Bandes des „Kriegs im Südosten“ stehen die militärischen und politischen Auseinandersetzungen um Makedonien. Um eine Region also, die von mehreren Balkanstaaten beansprucht – und auf Drängen der Westmächte, vor allem Frankreichs, zu einem nicht unbedeutenden Kriegsschauplatz wurde. Von ihm erhoffte man sich, dass er entsprechend starke Militärkapazitäten Deutschlands und seiner Verbündeten binden würde, um die im verlustreichen Stellungskrieg erstarrte Westfront zu entlasten. Mit Recht hebt Richter hervor, dass es zu diesem Thema weder in der deutschen noch in der englischen oder französischen Historiographie nennenswerte Arbeiten gibt, die sich bemüht hätten, diese komplexe, auch unter den Alliierten und in Griechenland kontrovers diskutierte und widersprüchliche Thematik angemessen darzustellen.

Dies sei im deutschen Kontext umso erstaunlicher, als der Zusammenbruch der bulgarischen Front im Oktober 1918 neben der sog. Dolchstoßlegende in den Memoiren Hindenburgs und Ludendorffs zu einer zweiten Legende umgemünzt wurde, um die wahren Ursachen für die Niederlage im Westen zu kaschieren.

War die Gallipoli-Operation, mit der sich der Autor im ersten Band seines Kriegs im Südosten intensiv auseinandergesetzt hat, mit einem wichtigen strategischen Ziel verknüpft (Eroberung der Meerengen der Dardanellen, um so den Seeweg nach Russland zu öffnen), so waren die Ziele der Alliierten im Falle Makedoniens bescheidener: hier wollte man lediglich den weitgehend isolierten Serben helfen. Deshalb war man von Beginn an bemüht, Griechenland – mit allen erdenklichen Mitteln – zu einem Kriegseintritt auf Seiten der Alliierten zu bewegen. Wie rücksichtslos man dabei vorging und wie wenig man sich dabei an Fakten und geltendes Recht hielt, macht die Darstellung Richters beeindruckend und schonungslos deutlich. Dabei geht die Studie auch der Frage nach, warum die militärischen Ziele der Alliierten nicht erreicht wurden, und warum die alliierten Armeen trotz dieser Misserfolge bis Kriegsende in Saloniki blieben, ohne sich intensiver militärisch zu engagieren. Bekanntlich besetzten die Alliierten 1915 mit ihrer Landung in Saloniki einen Teil des neutralen Griechenlands. Wie der griechische König Konstantin sowie sein politischer Widersacher Eleftherios Venizelos hierauf reagierten, und welche Motive hinter ihren so unterschiedlichen Politikansätzen standen, ist ein weiteres zentrales Thema dieser Untersuchung. Zumal es ab 1916 in Griechenland eine Zweiteilung, die Periode der nationalen Spaltung (Ethnikos Dichasmos) und bürgerkriegsähnliche Entwicklungen gab. Richter stellt sich in diesem Zusammenhang die Aufgabe zu überprüfen, inwiefern die von der griechischen, französischen und englischen Historiographie unterstellte und propagierte Deutschfreundlichkeit Konstantins tatsächlich zutrifft – und kommt zum Ergebnis, dass diese auch heute noch gern vertretene These in erster Linie auf die alliierte Propaganda zurückzuführen sei. In diesem Kontext beruft er sich besonders auf die Publikationen des englischen Kriegskorrespondenten George Frederick Abbott und

seines amerikanischen Kollegen Paxtor Hibben, die sich von Beginn an bemühten, möglichst objektiv über die Auseinandersetzungen zwischen dem sich für die Neutralität seines Landes einsetzenden griechischen König, seinem prowestlichen Kontrahenten Venizelos, der sich aufgrund seiner Vision eines Großgriechenlands (Megali Idea) für einen möglichst baldigen Kriegseintritt auf Seiten der Alliierten aussprach, sowie den westlichen Alliierten zu berichten. Demzufolge widmet sich Richter intensiv der Aufdeckung alliierter Propaganda, die aus Konstantin einen entschiedenen Freund der Deutschen machen wollte, sowie der Dekonstruktion allfälliger westlicher, deutscher und griechischer Mythenbildungen.

Die Studie besteht aus sieben Kapiteln, in denen der Autor zunächst die Vorgeschichte bis zum Kriegsausbruch rekonstruiert, um dann auf die militärischen Planungen, Vorstellungen, Wünsche und Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der alliierten Expedition nach Serbien (Oktober bis Dezember 1915) und die alliierte Besetzung Makedoniens (Januar bis August 1916) einzugehen. Weitere Kapitel sind der Spaltung des Landes mit den November-Ereignissen (Noemvriana), dem Sturz Konstantins (1917) sowie dem Zusammenbruch der Makedonienfront (1918) gewidmet. Als besonders lesenswert erweisen sich die beiden letzten Abschnitte des Buches, in denen sich der Autor mit den Legenden im Gefolge der bulgarischen Kapitulation und der Situation Makedoniens im 2. Weltkrieg beschäftigt. Diese faktenreiche, auf einer breiten Quellenbasis beruhende Darstellung, in der sich auch zahlreiche aussagekräftige Fotografien, Lageskizzen und Karikaturen finden, schließt zweifelsohne eine Forschungslücke und trägt zu einem besseren Verständnis des 1. Weltkriegs bei. zw



Bernard Nowak: Der Tanz der Koperwasy
Engelsdorfer Verlag. Leipzig 2015, 202 S., Übersetzung aus dem
Polnischen von Zbigniew Wilkiewicz.

Ein ostpreußisches Dorf, von den Deutschen vor der heranrückenden Front fluchtartig verlassen, wird von der polnischen Großfamilie Koperwasy in Besitz genommen. Sie ist so zahlreich, dass sogar dieser Ort mit seiner Umbenennung ihren Namen erhält. Die Familie bezieht das größte, ansehnliche Gehöft und bestattet als erstes ohne jedes Ritual ihre einstigen Bewohner, die Wuttkes, die als einzige deutsche Dorfbewohner geblieben und von den Russen ermordet worden waren. Unangefochtenes Familienoberhaupt ist die von ihrem Mann verlassenen Gienia, die ihre verzweigte Verwandtschaft durch ihr angekündigtes Sterben Jahr für Jahr von nah und fern zu sich ruft und – stets auf wunderbare Weise genesen – an dem in Voraussicht ihres Todes zubereiteten, mit reichlichen Speisen versehenen Leichenschmaus selbst teilnimmt.

Bei dieser jährlichen Zeremonie ist regelmäßig der mit den Koperwasy verwandte Ich-Erzähler zugegen. Damals noch ein Kind erfährt er zu diesen Anlässen, mehr durch Andeutungen als durch direkte Hinweise, die Schicksale und dunklen Geheimnisse der Familienangehörigen, zumal die seiner Tante Gienia. Teils aus Neugierde, teils aus Widerwillen zum Zeugen all dieser ihn belastenden Geschehnisse gemacht, erfährt er in all den Jahren sein Erwachsenwerden. Jahrzehnte später berichtet er, was er damals aus der Nähe gehört und gesehen hat. Dieser Erinnerungsprozess bildet den Inhalt des Romans.

Im Zentrum steht die eigentümliche Zwischenzeit, in der die Kriegsfurie bereits über das Dorf hinweggefegt ist, sich aber die neue „Ordnung“ noch nicht herausgebildet hat. Es ist eine Phase der Gesetzlosigkeit, die nicht nur die Aneignung fremden Eigentums ermöglicht, sondern in der die durch den Krieg ohnehin beschädigte Moral der Familie durch den von Gienia angestifteten und von zwei Familienangehörigen ausgeführten Mord an dem russischen Leutnant Grischa gänzlich außer Kraft gesetzt wird. Das Motiv ist nur vordergründig das stattliche Ross des Leutnants, in dessen Besitz man sich bringen möchte; in Wahrheit geht es um ein Eifersuchtsdrama, in das der Leutnant, Gienia und ihre Schwester Marta verwickelt sind.

Damit ist der Neubeginn nach dem Krieg durch Schuld belastet. Dieser gewichtige Aspekt des Romans gewinnt durch eine besondere Episode noch deutlichere Konturen: Marta, von Gienia durch eigensüchtige Interessen in die Ehe mit Kazik, Grischas Mörder, gedrängt, gebiert Zwillinge, die ersten nach dem Krieg geborenen Kinder. Mit Adam und Eva erhalten sie symbolträchtige, auf das Paradies verweisende Namen. „Es war ein wenig so, als hätte diese Geburt all das, was vorher geschehen war, zur Seite geschoben. Bekanntlich wird das Glück als Zwilling geboren, es schien also, dass man Grischa und die Familie Wuttke würde vergessen können, schließlich auch den Krieg, der gerade eben zu Ende gegangen war. Dass man endlich ein normales, menschliches

Leben würde beginnen können.“ (55) Doch die Zwillinge sterben den weißen Tod. Die Hoffnung auf einen paradiesischen Neubeginn erfüllt sich nicht.

Der Pfarrer nutzt die Beisetzung der beiden kleinen Särgen zu einer von der Trauergemeinde mit größter Verwunderung zur Kenntnis genommenen prophetisch-apokalyptischen Predigt. Er sieht Koperwasy „gewürzt mit der Fäulnis des Krieges, gepökelt in seinem tödlichen Gift.“ Er ruft den Leuten ein „Wehe euch, wehe“ zu, erkennt er doch „keine Rettung“ für sie und auch nicht „für die Welt.“ (60f) Und die neue, heraufziehende Zeit beschreibt er mit alttestamentlichen Bildern: „Du hast ein goldenes Haupt, aber deine Beine sind bereits tönern. [...] Und hier wird es dein Königreich nicht geben, nur Blut in den Fontänen und das Weinen der Steine...“ (61) Mit dieser Predigt hat sich der Pfarrer, wie er Jahre später wissen lässt, gehörig die Finger „verbrannt“, wird er doch ihretwegen vom Geheimdienst vorgeladen und erhält „eine mehrjährige Haftstrafe.“ (62)

Bei dem jährlichen Totentanz fehlte regelmäßig die von Gienia stark vermisste Marta. Sie hatte sich nach dem Tod der Zwillinge und der Verhaftung Kaziks in die sogenannten „wiedergewonnenen Gebiete“ abgesetzt, war dort auf einen aus dem Lager Lambsdorf entwichenen deutschen Soldaten getroffen, mit dem sie sich verband und mit dem sie „wie Pilger nach dem besseren Kanaan“ (56) bis in die USA geflohen war. Erst als sich für den Ich-Erzähler durch die Gespräche während des jährlichen Totentanzes die meisten Schicksale der Familienangehörigen, zumal die Schuldverstrickung Gienias, aufgeklärt hatten, erscheint auch Marta. Man rätselte, warum sich Gienia so sehr nach dem endlichen Besuch ihrer Schwester sehnte und mutmaßte, dass sie in ihrer Anwesenheit einen Ersatz für den abtrünnigen Ehemann sah, den es bis nach Australien verschlagen hatte und dessen Spur sich schließlich verliert. Doch der eigentliche Grund war ein anderer. Gienia erhofft sich von Marta die Absolution für ihre Schuld. Doch Marta verweigert ihr die „billige Gnade“, was durch einen theologisch tief sinnigen Dialog zwischen ihr und dem Pfarrer belegt wird. Erst musste sich ein letztes Schicksal, nämlich das ihres ersten Mannes Kazik, erfüllen, den Marta bei ihrem Besuch gemieden hatte und der sich kurz vor ihrer Abfahrt von dem Turm, auf dem er seinen Wachdienst versah, in die Tiefe stürzt, um – wie es schien – einer neuerlichen Verhaftung zu entgehen, diesmal unter der absurden Beschuldigung, durch nächtliche Lichtsignale an amerikanische Passagiermaschinen Spionage verübt zu haben. Nachdem Kaziks Sarg in die Erde gelassen worden war, geht Gienia „zu den alten Gräbern. [...] Dorthin, wo die Familie Wuttke lag und der Betonobelisk Grischas graute. Und als sie dort angekommen war, kniete sie nieder, legte den Strauß auf Grischas Platte nieder und bedeckte ihr Gesicht mit den Händen.“ (192)

Dieser Akt der Demut und innerer Bekehrung ermöglicht Marta die Versöhnung. „Etwas brach in ihr entzwei“ beim Abschiednehmen am Lager der Schwester. „Sie kniete sich vor das Bett und – ihre Augen fest schließend – berührte die pergamentene Stirn Gienias. Die Tante umarmte ihren Kopf. Einen langen Moment bewegten sie sich gar nicht.“ (196)

„Der Tanz der Koperwasy“ ist als Familienroman zugleich ein Stück Aufarbeitung polnischer Geschichte; zumal die der unmittelbaren Nachkriegszeit in den sogenannte „wiedergewonnenen Gebieten“. Was der Pfarrer in apokalyptischen Bildern beschworen hatte, skizziert Marta in nüchterner Prosa: „Hier sollte das Paradies sein. Das gelobte Land. Wo Milch und Honig fließen, so warben sie. Aber es war – mein Sohn – ein wahres Jammertal. Man kannte niemanden, jeder hatte vor jedem Angst. Ein paar Deutsche, Kaschuben... die Russen, ein schrecklicher Abschaum – wie die Sintflut. Na, und wir, auch nicht viel besser. Ein Mischmasch aus ganz Polen. Und diese neue Macht, die vom NKWD, mit Raub und Diebstahl. Kaum war eine Plage zu Ende, schon begann die nächste. Danach der Sicherheitsdienst und diese Sekretäre [...]. Es war kein gelobtes Land. Und es war auch kein Niemandsland, obschon man die Autochthonen hier mit Stumpf und Stiel ausrottete. Als wolle man das Terrain für uns reinigen.“ (141) Gienia selbst hatte sich dem Machtgesindel angedient, war in die Partei eingetreten, schwang Reden auf die neue „Ordnung“ und besaß, wie die Sekretäre, eine Pistole. Alles um ihre eigenen Interessen zu verfolgen. Aber die „wiedergewonnenen Gebiete“ dienten auch – wie im Falle Kaziks – dem Untertauchen. Sein Geheimnis wurde erst bei seiner Beerdigung gelüftet, als sein wahrer Name, ergänzt um sein Pseudonym „Krupa“, auf dem Sarg zu lesen war. Und als die Hornbläser „ein Partisanenlied, vielleicht von der Heimatarmee“ spielten. (188)

Gienias Schuldverstrickung als zentrales Motiv des Romans verweist zudem auf seine religiöse Schicht. Angesichts der Bedeutung von Religion und Kirche in Polen sind religiöse Bezüge in der Literatur nichts Ungewöhnliches. So finden sich denn auch in „Der Tanz der Koperwasy“ zahlreiche religiöse Hinweise. Und dies nicht nur in den beiden Predigten des Pfarrers und seines theologischen Disputs mit Marta. Wie sehr der Alltag der Koperwasy religiös geprägt ist, zeigt die Tatsache, dass Gienias „von andauernder Agonie so geprägte“ Kalender hinter dem der „elementaren Liturgie“ zurück trat. (40) Nie fiel er mit kirchlichen Festzeiten zusammen, nicht mit Weihnachten, nicht mit Ostern, „angesichts dessen ihre Prozeduren und deren – verglichen mit der echten Auferstehung – Vergeblichkeit zum Vorschein kamen und sogar für die Jüngsten erkennbar waren.“ (41) Auch sonst finden sich, wenngleich mehr beiläufig, religiös relevante Aussagen; so etwa zum Baum der „Erkenntnis. Von Gut und Böse.“ (92) oder Martas Vorwurf gegenüber ihrer Schwester, sie sei „ihr ganzes Leben lang [...] immer ums goldene Kalb“ gekreist (115), eine Äußerung, die im Übrigen – neben der Assoziation des Totentanzes – dem Titel gleichfalls eine besondere Deutung verleiht.

Doch die religiöse Ordnung, die für die Koperwasy bei all ihrem moralischen Versagen ihre Geltung behielt, wurde brüchig. Wie brüchig, das wird am Tage der Beerdigung der fast hundertjährigen Gienia offenkundig. Ihr Tod fällt in eine Zeit technischen Fortschritts und eines gewissen Wohlstands. Die Trauergäste fahren mit eigenem Wagen vor. In den Wohnungen flimmern die Fernseher, und Kameras sind keine Seltenheit mehr. So filmt denn einer der Urenkel das Trauergeschehen. Ohne Respekt vor dem Tod

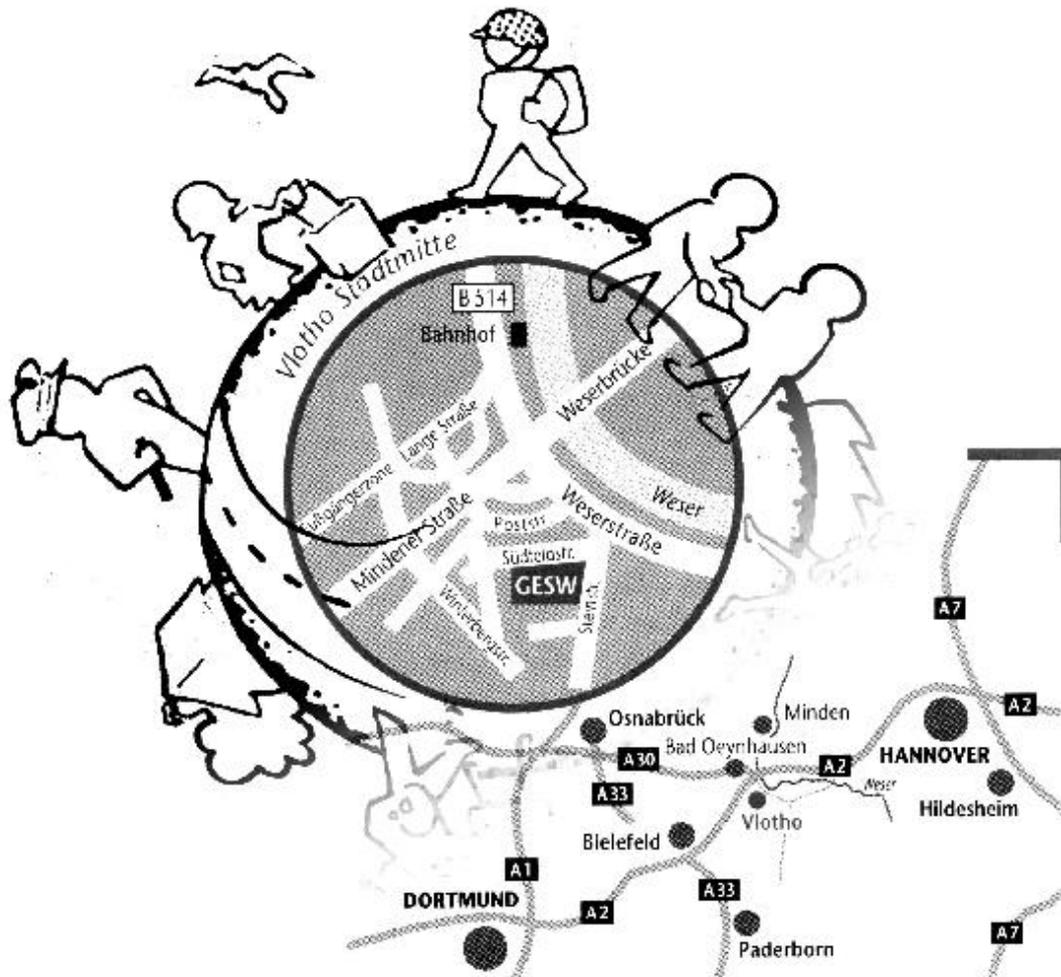
richtet er die Linse am offenen Sarg auf den „aufgeblähten Bauch“ der Toten, fängt mit „pornographischer Genauigkeit die schmerzverzerrten Gesichter und üppigen Tränen der Gäste“ ein und lässt beim Leichenschmaus den Film über den Fernseher laufen. Zur vorgerückten Stunde beachtet niemand mehr die Tante auf dem Bildschirm. Unter reichlichem Alkoholgenuss und lautem Lachen droht der Leichenschmaus in ein „Chaos“ zu versinken. Gienias Beerdigung entartet zur „Groteske“. Die Koperwasy ließen „den wichtigsten Moment im Leben Gienias zur Farce geraten.“ (155). Bis auf den Hinweis, dass der „Operateur“ den Gottesdienst nur „bruchstückhaft in den weniger wichtigen Momenten aufgenommen“ hat, finden sich in der sich über mehrere Seiten erstreckenden Beschreibung im deutlichen Gegensatz zur Beisetzung der Zwillinge und des Partisanen Kazik keinerlei religiöse Bezüge. Hier wird im Mikrokosmos der Koperwasy der drohende Verlust von Transzendenzerfahrung aufgrund fortschreitender Säkularisierung der polnischen Gesellschaft thematisiert.

Bernard Nowaks in Polen bereits 2003 unter dem Titel „Taniec Koperwasów“ veröffentlichte Roman fand ein ausgesprochen positives Echo und wurde preisgekrönt. Dass er, von Zbigniew Wilkiewicz vorzüglich übersetzt, nach über zehn Jahren nun auch auf Deutsch vorliegt, ist sehr zu begrüßen. Es bleibt zu hoffen, dass der sich wegen seiner Bildhaftigkeit für eine Verfilmung eignende Roman, wenngleich in einem kleinen Verlag erschienen, all die Leser findet, die gute polnische Literatur zu schätzen wissen.
Theo Mechtenberg



Bernard Nowak, Zbigniew Wilkiewicz und Dieter Kalka bei der Buchvorstellung im Oktober 2015 im Polnischen Institut in Leipzig.

GESW – Treffpunkt EUROPA



Gesamteuropäisches Studienwerk e.V. Vlotho
Südfeldstr. 2 – 4
32602 Vlotho

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 0 | Zentrale

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 44 | Seminarbüro

Telefax +49 (0) 5733 9138 – 47

www.gesw.de | info@gesw.de